

**ARBEITSHEFTE AUS DEM OTTO-STAMMER-ZENTRUM
NR. 4**

Richard Stöss

**Gewerkschaften und Rechtsextremismus
in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000**

Mit einem Anhang:

Gewerkschaften und Rechtsextremismus
in der Bundesrepublik 1998

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)
Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/index.htm>

Berlin, April 2001

ISBN 3-929 532-16-6

Inhalt

Ergebnis.....	3
Vorbemerkung	4
1. Problemstellung.....	5
2. Anmerkungen zum Untersuchungskonzept.....	17
a) Stichprobe und Befragungsgebiete	17
b) Gewerkschaftsmitglieder und Gewerkschaftshaushalte.....	17
c) Rechtsextremismus-Skala	20
d) Operationalisierungsprobleme	25
e) Untersuchungsgruppen: Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder bzw. Bevölkerung.....	29
3. Das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei Gewerkschaftsmitgliedern	30
4. Sozialstruktur und Rechtsextremismus	38
a) Bevölkerung	38
b) Gewerkschaftsmitglieder	44
5. Wertorientierungen, Einstellungen und Rechtsextremismus	57
a) Wertorientierungen der Bevölkerung und der Gewerkschaftsmitglieder	57
b) Allgemeine Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern	63
c) Beurteilung der Demokratie und Rechtsextremismus	65
d) Wirtschaftliche Zukunftserwartungen und Rechtsextremismus.....	70
e) Modernisierungsverlierer und Rechtsextremismus	77
f) Einheitsgewinner bzw. –verlierer und Rechtsextremismus	80
g) Sozialismus-Befürworter, DDR-Sympathisanten und Rechtsextremismus	83
h) Die Ausgangsthesen im Überblick	89
i) Ursachenanalyse	93
6. Wahlabsicht und Rechtsextremismus.....	103
7. Zusammenfassung und Bilanz	104
Anhang: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1998	115

Ergebnis

Seitdem neuere Analysen zum Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern gezeigt haben, dass sie mindestens genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie die Bevölkerung insgesamt, ist viel über Ursachen und Ausmaß des Rechtsextremismus in den Gewerkschaften gesagt und geschrieben, zumeist jedoch spekuliert worden.

Eine weit verbreitete Auffassung lautet beispielsweise, dass Gewerkschaften ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen und Rechtsextremismus unter ihren Mitgliedern folglich ebenso grassiert wie in der Bevölkerung insgesamt. Dass die Einstellungen und Wertorientierungen von Gewerkschaftsmitgliedern die gesellschaftliche Durchschnittsmentalität abbilden, widerspricht dem Selbstverständnis der Gewerkschaften, dem wissenschaftlichen Forschungsstand, den persönlichen Erfahrungen des Verfassers (einem langjährigen Gewerkschaftsmitglied) und dem gesunden Menschenverstand. Wenn sich aber Gewerkschaftsmitglieder von Nicht-Mitgliedern durch ihre gesellschaftlich-politischen Sichtweisen unterscheiden, stellt sich die Frage, warum sie ausgerechnet in Sachen Rechtsextremismus dem Bevölkerungstrend folgen sollten.

In diesem Heft wird die These vertreten, dass **Gewerkschaftsmitglieder durch ein spezielles Überzeugungssystem geprägt sind**. Einige Komponenten dieses Überzeugungssystems erweisen sich als besonders anschlussfähig für Rechtsextremismus, andere immunisieren dagegen und weitere entsprechen eher der allgemeinen Bevölkerungsmentalität. Der gegenwärtige Erkenntnisstand rechtfertigt es durchaus, von der **Existenz eines besonderen gewerkschaftlichen Rechtsextremismus** auszugehen. Einschränkend ist allerdings zu betonen, dass Gewerkschaften bislang nicht nur Stiefkind sondern Terra incognita der Rechtsextremismusforschung waren und daher noch großer Forschungsbedarf besteht.

Vorbemerkung

Dieses Papier referiert weitere Teilergebnisse einer Studie des Otto-Stammer-Zentrums am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung in der Region Berlin - Brandenburg.

Gewerkschaften stehen nicht im Zentrum der Studie, erst recht nicht die Arbeitswelt. Daher lassen sich wünschenswerte Differenzierungen nicht durchführen, und weitergehende Fragestellungen können nicht bearbeitet werden.

Wissenschaftliche Leiter: Prof. Dr. Oskar Niedermayer, PD Dr. Richard Stöss.

Finanzierung: Deutsche Paul Lazarsfeld-Gesellschaft.

Datenerhebung: forsa.

Befragungszeitraum: Mai/Juni 2000

Befragte: 1850 Befragte aus Berlin und Brandenburg ab 18 Jahre (Wahlberechtigte).

Davon:

Berlin-West	450
Berlin-Ost	457
Brandenburg EVR	475
Brandenburg ÄER	468

Gewichtung:

- a) Sozialstrukturgewicht zur Korrektur der Erwerbs- bzw. Berufsstruktur.
- b) Regionalgewicht zur Korrektur der Bevölkerungsverteilung für Analysen, die sich auf die Region insgesamt oder auf die Länder Berlin und Brandenburg beziehen.

Bislang veröffentlichte Arbeitspapiere:

Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Manfred Güllner: Rechtsextreme Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg. Ausgewählte Befragungsergebnisse für die Pressekonferenz der Deutschen Paul Lazarsfeld – Gesellschaft und des Otto-Stammer-Zentrums an der FU Berlin am 11. August 2000, im Internet abrufbar unter: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/index.htm> (Aktuelle Ergebnisse aus der Forschung).

Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Joachim Kreis/Manfred Güllner: Die Haltung der Bevölkerung in Berlin und Brandenburg zur Länderfusion. Ausgewählte Befragungsergebnisse für die Pressekonferenz der Deutschen Paul Lazarsfeld – Gesellschaft und des Otto-Stammer-Zentrums an der FU Berlin am 8. Dezember 2000, im Internet abrufbar unter: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/index.htm> (Aktuelle Ergebnisse aus der Forschung).

1. Problemstellung

Empirisch gesicherte Erkenntnisse über Verbreitung und Ursachen des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik stehen nicht zur Verfügung. Thesen über das Verhältnis von Gewerkschaften und Rechtsextremismus finden sich allenfalls in Wahlanalysen, zumeist aber im nicht-wissenschaftlichen Schrifttum.

Bis in die achtziger Jahre hinein herrschte die Auffassung vor, dass "Gewerkschaftszugehörigkeit immunisierend gegen Nationalsozialismus und Faschismus wirkte"¹. In einer Untersuchung über die Anhänger der NPD schrieb der damalige Infas-Chef Klaus Liepelt 1967:

"Unter den Anhängern der NPD sind Gewerkschaftsmitglieder selten. Nur bei einem Sechstel der potenziellen Rechtswähler bestehen Bindungen an eine Arbeitnehmerorganisation; der Anteil ist nur etwa halb so groß wie beim Bevölkerungsdurchschnitt. Daher haben sich bei den vergangenen Landtagswahlen außer den katholischen Gebieten auch jene Regionen gegenüber der NPD als besonders widerstandsfähig erwiesen, in denen alte Arbeitnehmertraditionen ungebrochen fortbestehen."²

Und die SINUS-Studie ermittelte 1979/80 (wie auch schon andere Einstellungsuntersuchungen zuvor) einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern am rechtsextremen Einstellungspotenzial: "Gewerkschaftsmitglieder zeigen sich dagegen weit eher resistent gegenüber rechtsextremen Einstellungen"³ als andere Untersuchungsgruppen (Landwirte, Selbständige, ungelernete Arbeiter in mittelständischen Betrieben etc.).

Wir wollen in diesem Zusammenhang von der **Immunisierungsthese** sprechen, wobei wir davon ausgehen, dass es sich nicht um eine absolute sondern um eine **relative Immunität** handelt(e): Gewerkschaftsmitglieder sind danach deutlich geringer anfällig für Rechtsextremismus bzw. Faschismus als die Bevölkerung insgesamt.

1 Hermann Lutz, Gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus am Beispiel der Gewerkschaft der Polizei, in: Kurt Bodewig/Rainer Hesels/Dieter Mahlberg (Hrsg.), Die schleichende Gefahr. Rechtsextremismus heute, Essen 1990, S. 290-300, Zit. S. 291 f.

2 Klaus Liepelt, Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jg. (1967), H. 1, S. 237-271, Zit. S. 245; s.a. S. 247.

3 5 Millionen Deutsche: "Wir sollten wieder einen Führer haben...". Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek b. Hamburg 1981, S. 90.

Erst mit den Wahlerfolgen der Ende 1983 gegründeten Republikaner änderte sich die Situation. Die Schönhuber-Partei erreichte im Januar 1989 bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von West-Berlin 7,5 Prozent der Stimmen und zog mit 11 Vertretern in das Parlament ein. Und im Juni desselben Jahres brachten es die Republikaner bei der Europawahl auf 2 Millionen Wähler (7,1%) und 6 Mandate. Übereinstimmend gelangten alle Wahlanalysen zu dem Ergebnis, dass der Anteil der Arbeitnehmer an den REP-Anhängern überdurchschnittlich hoch war. Dabei handelte es sich vor allem um einfache, gering qualifizierte Arbeiter und Angestellte, aber auch um Facharbeiter. Selbst Gewerkschaftsmitglieder waren entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten. Dieter Roth von der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim konstatierte damals: "Keineswegs sind die Gewerkschaften ein Bollwerk gegen eine Entwicklung am rechten Parteienrand, weder bei den Arbeitern noch bei den Angestellten."⁴ Als überraschend wurde überdies empfunden, dass die Republikaner gerade auch in großstädtischen Regionen und in industriellen Ballungsgebieten erfolgreich waren und hier teilweise tiefe Einbrüche in traditionelle SPD-Hochburgen erzielten⁵.

Hatte der Rechtsextremismus in den fünfziger und sechziger Jahren allenfalls Zugang zu den unorganisierten Randbereichen der Arbeiterschaft, so war er in den achtziger Jahren zum Entsetzen von SPD und Gewerkschaften in ihr Zentrum eingedrungen. Eilig wurden Studien in Auftrag gegeben, Beschlüsse gefasst und Handlungsempfehlungen veröffentlicht. Im Vorwort zu einer von der IG Metall initiierten Untersuchung⁶ schrieb der damalige DGB-Vorsitzende Ernst Breit:

"Der DGB hat zwar immer auf ein nennenswertes rechtsextremes und ausländerfeindliches Potenzial aufmerksam gemacht..., trotzdem können auch wir nicht von uns behaupten, wir seien auf die neue Situation vorbereitet. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft nicht gegen den rechtsradikalen Bazillus immunisiert."

In einer von SINUS im Auftrag der SPD durchgeführten Befragung von REP-Anhängern hieß es über ehemalige SPD-Wähler:

4 Dieter Roth, Sind die Republikaner die fünfte Partei?, in Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41-42 v. 6. Oktober 1989, S. 10-20, Zit. S. 14.

5 Vgl. dazu Richard Stöss, Die Republikaner. Woher sie kommen – Was sie wollen – Wer sie wählt – Was zu tun ist, 2. überarb. u. erw. Aufl., Köln 1990, S. 102.

6 Stöss (Anm. 5).

Kaum einer der von uns befragten ehemaligen SPD-Wähler hatte jedoch ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild... Bei diesen Befragten fanden wir jedoch eine ... sozial-kulturell motivierte Fremdenfeindlichkeit. Wir haben dieses ideologische Grundmuster als 'Wohlstands-Chauvinismus' bezeichnet: Anspruch auf die Früchte des Wohlstands sollen ausschließlich - oder in erster Linie - die Deutschen in der Bundesrepublik haben. Asylbewerber schließt man davon in der Regel ebenso aus wie deutschstämmige Aussiedler ('die können ja noch nicht mal Deutsch'). Selbst DDR-Übersiedler werden von manchen Gesprächspartnern diesem unerwünschten Personenkreis zugeschlagen."⁷

In unserer Untersuchung über die Republikaner haben wir seinerzeit über die Attraktivität der Partei für spezielle Arbeitnehmergruppen folgendes ausgeführt⁸:

Unter sozioökonomischen Gesichtspunkten sind die Republikaner eine Partei der "kleinen Leute". Sie finden überdurchschnittliche Resonanz in Dienstleistungszentren und in urbanen (auch klein- und mittelstädtisch geprägten) Regionen, die weithin durch moderne Industrien, wirtschaftliche Prosperität, starken sozialen Wandel, hohe Mobilität und abnehmende Milieubindungen gekennzeichnet sind. Zumeist hat hier die CDU/CSU eine außerordentlich erfolgreiche Modernisierungspolitik betrieben. Die überwiegend männlichen REP-Anhänger zählen jedoch in der Regel nicht zu den Nutznießern dieser Politik, sondern eher zum unteren Drittel der Gesellschaft, das unter den negativen Begleitumständen der Modernisierung leidet, für sich keine Berufs- bzw. Zukunftsperspektiven sieht und sich von den regierenden Parteien, zumeist eben von den Unionsparteien, im Stich gelassen fühlt. Sie wohnen oft in von der Stadtpolitik vernachlässigten unwirtschaftlichen Arbeitervierteln mit schlechter Bausubstanz und mangelnder Infrastruktur. Während die Regionen insgesamt durch eine breite, gut verdienende Mittelschicht geprägt sind, leiden die Anhänger der Republikaner eher unter dem hohen Preisniveau, steigenden Mieten und drohender Privatisierung von Wohnraum. Die Attraktivität der Regionen zieht Arbeitssuchende, Ausländer und Asylsuchende an, die sich in den einfachen Quartieren niederlassen und zur weiteren Verschärfung der Verhältnisse beitragen. Entscheidend für die Wahlerfolge der Republikaner scheinen in erster Linie also nicht absolute, sondern relative Deprivation (Benachteiligung), nicht Armut und soziales Elend, sondern ungleiche Lebenschancen von "Modernisierungsverlierern" und "Modernisierungsgewinnern" zu sein.

Damit waren zwar einige mehr oder weniger empirisch abgesicherte Thesen über die Ursachen des Erfolgs von rechtsextremen Parteien in der Arbeitnehmerschaft formuliert. **Auf die Frage allerdings, warum Gewerkschafter mittlerweile genau so anfällig für Rechtsextremismus geworden sind wie die Bevölkerung insgesamt, hatte die Sozialforschung keine Antwort. Im Grunde genommen wurde die Frage auch nie explizit gestellt.** Vermutlich wurde das als zwangsläufige Begleiterscheinung des Befunds bzw. der These hingenommen, dass die Kerngruppen der alten Industriegesellschaft besonders stark durch sozialen und technologischen Wandel, durch die Globalisierung der Märkte

7 Sozialstruktur und Einstellungen von Wählern rechtsextremer Parteien. Studien von SINUS und Infratest, Bonn 1989, S. 15 (= Die Wähler der extremen Rechten III).

8 Stöss (Anm. 5), S. 106.

und die Internationalisierung von Politik bedroht sind. Denn die Gewerkschaften gelten schließlich als weithin als Interessenvertretung dieser Kerngruppen.

Wir werden dafür die Bezeichnung **Spiegelbildthese**⁹ verwenden. Diese These ist ausführlich im Schlussbericht der DGB-Kommission Rechtsextremismus dargestellt worden:

"Die Erkenntnis, dass fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen auch unter Gewerkschaftsmitgliedern virulent sind, ist weder neu noch sonderlich überraschend. Gewerkschaften existieren nicht im luftleeren Raum; sie atmen die gleiche, mit Vorurteilen und fremdenfeindlichen Parolen angereicherte Luft wie die übrige Gesellschaft. (...) Insofern liegen die fremdenfeindlichen Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder gewissermaßen im Trend und spiegeln die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur."¹⁰

Dass bislang keine Untersuchung bekannt wurde, die sich systematisch mit der Anfälligkeit von Gewerkschaftsmitgliedern für Rechtsextremismus und mit den dafür maßgeblichen Ursachen befasst hat¹¹, dürfte unter anderem auch daran liegen, dass die Spiegelbildthese allgemein akzeptiert wird und folglich tiefgreifende Analysen als entbehrlich gelten. Allerdings ist diese, auf den ersten Blick – aber auch nur dann - plausible, These empirisch nie verifiziert worden.

Die viel zitierte Studie von Held, Horn und Marvakis über politische Orientierungen von jugendlichen Arbeitnehmern reicht allerdings über die Spiegelbildthese hinaus. Sie weist zunächst überzeugend nach, "dass Auszubildende, die Mitglied in einer Gewerkschaft sind, stärker rechte Orientierungen befürworten, im Vergleich zu ihren unorganisierten Kolleginnen und Kollegen"¹². Die Studie fördert außerordentlich interessante Beobachtungen über die Leistungsideologie, Konkurrenzverhalten und Entsolidarisierung, über Wohlstands-

9 Der Begriff stammt unseres Wissens von Jaschke, der ihn im Zusammenhang mit Rechtsextremismus bei der Polizei verwandt hat. Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Fremdenfeindliche Tendenzen in der Polizei. Anmerkungen zu einem umstrittenen Phänomen, in: Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling (Hrsg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen 1998, S. 191-209, Zit. S. 198.

10 Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand, Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, Berlin, Mai 2000, S. 32 f.

11 Vgl. die Literaturübersicht von Rudolf Leiprecht/Josef Held/Athanasios Marvakis/Hans Horn, "Jugendliche und Rechtsextremismus". Laufende und abgeschlossene Forschungen in Ost- und Westdeutschland, hrsg. v. d. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 1992 (Manuskripte 68).

12 Reinhard Hahn/Hans-Werner Horn, Eine neue rechte Jugend? Aspekte aus einer Studie zu politischen Orientierungen von Arbeitnehmerjugendlichen, hrsg. v. IG Metall-Vorstand, Abt. Jugend, Sonderdruck IDEEN, 2. Aufl., Frankfurt a. Main 1997, S. 24.- Siehe a. Josef Held/Hans-Werner Horn/Athanasios Marvakis, Gespaltene Jugend. Politische Orientierung jugendlicher Arbeitnehmer, Opladen 1996.

chauvinismus und nationales Standortdenken von jungen Leuten zutage. Sie belegt auch, dass sich organisierte Jugendliche stärker durch Arbeitslosigkeit bedroht fühlen als unorganisierte und dass sich (einige) junge Gewerkschafter von ihrer Interessenvertretung Schutz für den eigenen Arbeitsplatz erhoffen, dass sie Gewerkschaften als ein "Versicherungsunternehmen"¹³ für Deutsche betrachten und damit Ausgrenzungen in Kauf nehmen oder (in Krisensituationen) sogar erwarten.

"Die Untersuchung zeigt, dass es einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Leistungsorientierung und den politisch rechten Orientierungen gibt. Insbesondere steht die Leistungsorientierung in einem engen Bezug zum Konventionalismus. Bestehende Verhältnisse sozialer Ungleichheit werden nicht in Frage gestellt, und gegenüber denjenigen, die den herrschenden Normen nicht entsprechen, besteht eine Ausgrenzungsbereitschaft."¹⁴

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Gewerkschaften unter Umständen besondere Anziehungskraft auf leistungsorientierte und konventionalistisch orientierte Jugendliche ausüben können, weil diese sich von der Organisation Schutz vor Arbeitslosigkeit oder unliebsamer (ausländischer) Konkurrenz versprechen. Und da gerade diese Jugendlichen durch nationalistische und wohlstandschauvinistische Mentalitäten geprägt sind, könnte das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei jungen Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich groß ausfallen.

Wenn es um die Behauptung geht, dass Gewerkschaften eine besondere Attraktivität auf rechtsextrem eingestellte Personen ausüben, werden wir von **Anziehungsthese** sprechen. Die Autoren der Untersuchung über jugendliche Arbeitnehmer gehen allerdings noch einen Schritt weiter und geben den Gewerkschaften – wenigstens doch indirekt - eine gewisse **Mitschuld** an der wachsenden Fremdenfeindlichkeit in Deutschland:

"Die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit von Betrieben ist heute eng verbunden mit der Standortfrage im internationalen Konkurrenzkampf. Hierin liegt eine gewisse Gefahr, Gewerkschaftspolitik mehr und mehr auf die Ebene von Betriebspolitik zu verengen. Dabei gerät eine gesamtgesellschaftliche Perspektive notgedrungen zugunsten einer betrieblichen Konkurrenzperspektive aus den Augen. Soziale Gerechtigkeit wird weggeschoben aus dem betrieblichen Verantwortungsbereich, denn hier ist sie eher störend. Sie behindert leicht die Konkurrenzfähigkeit."¹⁵

13 Hahn/Horn, Eine neue rechte Jugend (Anm. 1,20), S. 39.

14 Ebda., S. 51.

15 Ebda., S. 50.- Zum Standortnationalismus vgl. a. Christoph Butterwegge, Abschied vom Sozialstaat: Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus als geistig-politische Anknüpfungspunkte des Rechtsextremismus, in: Gessenharter/Fröchling (Anm. 9), S. 147-161.

Claus Leggewie formulierte noch deutlicher: Gewerkschaften stünden derzeit nicht gerade "in vorderster Front" im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit. Und weiter:

"Wer sich in Gewerkschaftskreisen umhört, erfährt: eine 'ausländerfreundliche Kampagne' würden die wenigsten Kolleginnen und Kollegen mittragen. Wir haben doch andere Sorgen. Wer kümmert sich denn um uns? Angesichts dieser Stimmung gehen die Funktionäre auf Tauchstation, und wecken den Leu lieber nicht... Der schlafende Löwe heißt: Facharbeiterprotektionismus. (...) Einwanderer gelten traditionell als Lohndrücker. Ihr massenhafter Einsatz könnte jene sozialpolitischen Standards aushöhlen, die nur im Reservat eines nach außen abgeschotteten Arbeitsmarktes erreichbar und zu halten waren. (...) Anfang der 70er Jahre befürworteten die Gewerkschaften den staatlichen Anwerbestop; den sog. 'Inländerprimat' im Arbeitsrecht – erst die Deutschen, dann die Ausländer – verteidigen sie bis heute."¹⁶

Wir werden von der **Urheberthese** sprechen, wenn Gewerkschaften im Verdacht stehen, die Entstehung oder Verbreitung von Rechtsextremismus selbst zu befördern. Dabei wird teilweise zwischen aktiver und passiver Urheberschaft unterschieden: Aktive Urheberschaft liegt vor, wenn Gewerkschaften durch ihre Politik nationalistische oder wohlstandschauvinistische Stimmungen erzeugen. Sie kann aber auch die Folge der "von verschiedenen Gewerkschaftsvertretern eingestandenen autoritären Strukturen und Rituale innerhalb der eigenen Institution"¹⁷ sein. Passive Urheberschaft meint den Verzicht auf die Bekämpfung des verbreiteten Rechtsextremismus in dem eigenen Reihen, weil die Gewerkschaft "selbst einen erheblichen Teil der eigenen Mitgliedschaft nicht (mehr) erreicht"¹⁸, oder weil der Rechtsextremismus innerhalb der Organisation gar nicht zur Kenntnis genommen bzw. geleugnet wird.

Die WDR-Redakteurin Claudia Dammann berichtet im Zusammenhang mit ihrer Untersuchung über das rechtsextreme Wählerpotenzial unter Gewerkschaftsmitgliedern auch über "innergewerkschaftliche Tabuisierungsversuche"¹⁹. Im August 1998 hatte Infratest dimap für den WDR eine Studie erarbeitet, nach der die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft "keine Barriere für die Wahl einer rechtsextremistischen Partei [ist]. Im Gegenteil: bei Gewerkschaftsmitgliedern findet sich eine überdurchschnittliche Bereitschaft zu einem derar-

16 Claus Leggewie, Gewerkschaftshäuser zu Fluchtburgen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 36. Jg. (1991), H. 12, S. 1433 f.

17 Claudia Dammann, DGB-Mitgliedschaft: Keine Barriere gegen rechts. Analyse des rechtsextremen Wählerpotenzials unter Gewerkschaftsmitgliedern und ihres Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1998, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 201-226, Zit. S. 218. Siehe beispielsweise auch die selbstkritische Stellungnahme von Reinhard Hahn in ebda., S. 208.

18 Wilhelm Heitmeyer, Eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus findet nicht statt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 43. Jg. (1992), H. 10, S. 620-633, Zit. S. 623.

19 Dammann (Anm. 17), S. 210.

tigen Votum."²⁰ Damit räumte die Studie mit dem Klischee auf: "Ein typisches Gewerkschaftsmitglied ist links, wählt SPD und lehnt rechtsextremistische Parolen ab."²¹ Die gewerkschaftliche Reaktion auf die Untersuchungsergebnisse seien überwiegend selbstkritisch ausgefallen, so Dammann, allerdings sind ihr auch abwehrende Stellungnahmen zugegangen.

Abschließend ist noch eine These zu erwähnen, die ursprünglich das Wahlverhalten von Arbeitnehmern zugunsten der Republikaner erklären sollte (siehe oben), im Schlussbericht der DGB-Kommission Rechtsextremismus aber auch zur Deutung des überdurchschnittlichen Rechtsextremismus unter jungen Gewerkschaftsmitgliedern herangezogen wurde:

"Wenn rechtsextreme Orientierungen am besten im Segment der 'Modernisierungsverlierer' gedeihen würden und Gewerkschaftsmitglieder hier überproportional vertreten wären, hätte man einen möglichen Hinweis auf die Frage gefunden, warum das rechtsextreme Wählerpotenzial unter gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen größer ist als unter den Jugendlichen insgesamt."²²

Allgemein gefasst lautet die **Modernisierungsverliererthese**, dass Modernisierungsverlierer besonders rechtsextrem eingestellt sind. Und weil sie überproportional an der Mitgliedschaft der Gewerkschaften vertreten sind, ist diese überdurchschnittlich rechtsextrem eingestellt.

Fassen wir zusammen: Das Verhältnis von Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik ist mehrdeutig. **Gewerkschaften können gegen Rechtsextremismus immunisieren, rechtsextreme Stimmungen in der Bevölkerung widerspiegeln, sie können unter ihren Mitgliedern Personen haben, die stark zum Rechtsextremismus neigen (Modernisierungsverlierer) oder sogar Rechtsextremisten besonders anziehen und sie können selbst die Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen.** Die Beziehungen von Gewerkschaften und Rechtsextremismus lassen sich also in fünf Thesen kleiden:

- die Immunisierungsthese,
- die Spiegelbildthese,
- die Modernisierungsverliererthese,

20 Ebda., S. 204.

21 Ebda., S. 202.

22 Schlussbericht (Anm. 10), S. 34.

- die Anziehungsthese und
- die Urheberthese.

Der Schlussbericht der DGB-Kommission Rechtsextremismus befasst sich – insoweit er Forschungsergebnisse resümiert – vor allem mit den Ursachen und mit der Verbreitung von Rechtsextremismus im Allgemeinen und unter Jugendlichen. Zur Deutung des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus wird zunächst – wie bereits erwähnt - die Spiegelbildthese herangezogen, mit folgender Einschränkung allerdings: "Erklärungsbedürftig bleibt das vergleichsweise große rechtsextreme Wählerpotenzial unter Gewerkschaftsmitgliedern."²³ Erwähnt wird auch die Modernisierungsverliererthese. Vergleichsweise viel Raum wird der Urheberthese gewidmet. Am Ende bleibt unklar, wie die Kommission die genannten Thesen bewertet bzw. gewichtet. Dies soll nicht als Kritik an der Kommissionsarbeit verstanden sondern als weiterer Beleg dafür gewertet werden, dass die Forschungssituation außerordentlich defizitär ist.

Welche der genannten Thesen wie viel empirische Evidenz für sich beanspruchen kann, lässt sich beim gegenwärtigen Stand der Forschung nicht einmal vermuten. Selbst eine systematische Betrachtung der Thesen hinsichtlich ihrer Bedeutung, ihrer Tragfähigkeit und ihrer Beziehungen untereinander steht noch aus. Beginnen wir mit der **Immunitätsthese**: Für welchen Zeitraum wird ihre Gültigkeit beansprucht? Gilt sie für die Weimarer Republik, für die Zeit des Nationalsozialismus, für die Nachkriegszeit, bis zum Beginn der achtziger Jahre, bis heute? Die Tragfähigkeit und Reichweite dieser These in historischer Perspektive wäre gewiss eine gesonderte Untersuchung wert. Jedenfalls widerspricht sie prinzipiell den anderen vier Thesen.

Die Urheberthese weist den Gewerkschaften eine eigenständige Rolle bei der Verbreitung von Rechtsextremismus zu. Im Fall der Spiegelbildthese, der Modernisierungsverliererthese und der Anziehungsthese sind sie wohl eher passiver Akteur im Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen.

Besondere Beachtung im Zusammenhang mit Gewerkschaften verdient die **Spiegelbildthese**. Sie wird bekanntlich auch zur Erklärung des Rechtsextremismus bei der Polizei

23 Schlussbericht (Anm. 10), S. 33.

und vor allem der Bundeswehr herangezogen. Dagegen haben Kritiker mit Recht eingewandt, dass derartige Institutionen womöglich besondere Anziehungskraft auf autoritäre Persönlichkeiten ausüben. Dass ein - wechselseitiger - Zusammenhang zwischen Institutionen und Mentalitäten besteht, kann angenommen werden, insbesondere dann, wenn es sich - wie im Fall der Gewerkschaften - um ihrem Selbstverständnis nach politische Institutionen handelt. Zur Mitgliedschaft in einer politischen Partei dürften sich vorrangig solche Personen entscheiden, die eine gewisse Affinität zum Programm dieser Partei, zu ihren Werten und Zielen, aufweisen.

Stellt man in Rechnung, dass sich Gewerkschaften nicht nur als Interessenorganisation sondern auch als Wertegemeinschaften mit allgemeinpolitischem Anspruch verstehen, als "Reformbewegung", deren Handeln durch "Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz"²⁴ geprägt ist, dann wird man es nicht gerade als selbstverständlich betrachten, wenn ihre Mitglieder mit dem Rechtsextremismus sympathisieren, weil er gerade "im Trend" liegt. Im Gegenteil: Die Spiegelbildthese widerspricht dem institutionellen Selbstverständnis der Gewerkschaften. Daher ist es sehr unwahrscheinlich, dass Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer (politischen) Einstellungen und Wertorientierungen ein getreues Abbild der Bevölkerung darstellen. Vielmehr ist zu erwarten, dass Gewerkschaften spezifische Werte vermitteln bzw. anziehen, andere dagegen abstoßen. Dem Selbstverständnis der Gewerkschaften entspricht folglich eher die Immunsierungsthese.

Allerdings kann a priori nicht ausgeschlossen werden, dass Gewerkschaften nicht (mehr) als Wertegemeinschaften, sondern (nur noch) als reine Interessenorganisationen angesehen werden bzw. wirken. Dann fänden die genannten Selektionsmechanismen (Anziehungs- bzw. Abstoßungsprozesse) nicht statt, und dann könnten sich Gewerkschaften durchaus als Spiegelbild der Gesellschaft erweisen. In diesem Fall müsste die Übereinstimmung zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern aber *allgemein* gelten und nicht nur für den *speziellen Fall* des Rechtsextremismus. Anderenfalls wäre aufzuklären, warum die Spiegelbildthese nur für diesen Sonderfall gilt.

Für die empirische Analyse muss also **zwischen der allgemeinen und der speziellen Spiegelbildthese unterschieden** werden. Sollte sich die allgemeine Spiegelbildthese als zutreffend herausstellen, befänden sich die Gewerkschaften allerdings hinsichtlich ihres institutionellen Selbstverständnisses in einer existenziellen Krise.

Damit nicht genug: Unklar bei der Spiegelbildthese ist auch, worin die Objekte der Widerspiegelung bestehen. Was wird widergespiegelt? Die These selbst ist (auch) in dieser Hinsicht widersprüchlich. Zum einen werden ökonomisch-soziale und technologische Entwicklungen genannt, die maßgeblich zum Rechtsextremismus bei speziellen Arbeitnehmergruppen beitragen. Und da diese Arbeitnehmergruppen zur Stammklientel der Gewerkschaften zählen, sei Rechtsextremismus eben auch unter Gewerkschaftsmitgliedern weit verbreitet. Zum anderen wird auf die politische Mehrheitskultur in der Gesellschaft verwiesen und behauptet, dass Gewerkschaften, weil sie nicht im luftleeren Raum existieren, zwangsläufig durch diese Mehrheitskultur geprägt seien. **Objekte der Widerspiegelung sind offenbar Sozialstruktur und politische Einstellungen.** Beide Objekte müssen also Gegenstand der empirischen Analyse sein. In diesem Zusammenhang wäre auch zu prüfen, ob hinsichtlich der **Ursachen** von Rechtsextremismus Übereinstimmung zwischen Organisierten und Unorganisierten besteht.

Die **Urheberthese** ist bei genauerer Betrachtung noch "weicher" als die Spiegelbildthese und bedarf daher der Präzisierung. Sie behauptet zunächst, dass Gewerkschaften durch ihre Politik zur Ausbreitung des Rechtsextremismus im Lande beitragen können. Die dafür angeführten Belege sind einsichtig und nachvollziehbar. Gleichwohl stellt sich die Frage nach der quantitativen Bedeutung des gewerkschaftlichen Beitrags, der zwischen geringfügig und erheblich schwanken kann. Die empirische Bestimmung des gewerkschaftlichen Beitrags zum Rechtsextremismus in der Bundesrepublik erfordert eine Wirkungsanalyse, die den vorhandenen Rechtsextremismus den jeweiligen Verursachern zurechnet. Das erscheint uns undurchführbar zu sein. Aber selbst wenn eine derartige Analyse machbar wäre, hätten wir zwar zusätzliche Einsichten in die Entstehungszusammenhänge des Rechtsextremismus in der Republik gewonnen, wären aber keinen Schritt bei der Erforschung der Ursachen des *gewerkschaftlichen* Rechtsextremismus voran gekommen. Offen bliebe weiterhin, ob eher die Spiegelbildthese, die Modernisierungsverliererthese usw. zutrifft. Im übrigen ist die Behauptung stark werturteilsbehaftet. Ihre Bedeutung liegt wohl vor allem darin, dass sie die Gewerkschaften dazu auffordert, ihre Politik und ihre Verlaut-

barungen ständig selbstkritisch daraufhin zu überprüfen, ob sie fremdenfeindlichen Stimmungen Vorschub leisten könnten.

Die Annahme, dass die Strukturen und Rituale der Gewerkschaften Autoritarismus provozieren und damit dem Rechtsextremismus Vorschub leisten, trifft den Kern unseres Problems schon eher. Dies gilt gleichermaßen für mögliche Formen der passiven Urheberchaft. Beide Annahmen lassen sich wohl eher mit den Methoden der Ideologiekritik, der Diskursanalyse und der Entscheidungsprozessanalyse überprüfen. Mit den Mitteln der quantitativen empirischen Sozialforschung können wir uns diesen Varianten der Urheberthese allerdings nur mit Blick auf das Resultat nähern: Sind Gewerkschaftsmitglieder tatsächlich nationalistischer, autoritärer und wohlstandschauvinistischer eingestellt als Nicht-Mitglieder? Aber selbst wenn dies zuträfe, wäre damit noch nicht nachgewiesen, dass die überdurchschnittlichen Nationalismus-, Autoritarismus- und Wohlstandschauvinismuspotenziale binnenstrukturell verursacht sind.

Sieht man einmal von der Urheberthese ab, die den Gewerkschaften eine gewisse Mitschuld an der Entstehung von Rechtsextremismus gibt, dann beziehen sich die Thesen nicht auf die Ursachen von Rechtsextremismus schlechthin, sie setzen vielmehr seine Existenz voraus und beschäftigen sich mit dem Problem, ob, inwieweit und gegebenenfalls warum Gewerkschaftsmitglieder davon ebenfalls betroffen sind. Die Spiegelbildthese behauptet einen Gleichklang von Bevölkerung und Gewerkschaften, die Immunisierungsthese behauptet eine geringe(re) Anfälligkeit der Gewerkschaften, und die Anziehungsthese und die Modernisierungsverliererthese bemühen sich um eine Erklärung für die behauptete überdurchschnittliche Anfälligkeit der Gewerkschaften.

Schließlich sei noch angemerkt, **dass sich die fünf Thesen nicht notwendigerweise gegenseitig ausschließen**. Wenn Gewerkschaftsmitglieder nicht als homogener Block sondern als differenzierte Teilgesellschaft betrachtet werden, könnten alle fünf Thesen - mit unterschiedlicher Gewichtung und auf unterschiedliche Mitglieder- bzw. Funktionsgruppen - zutreffen. Leider erlaubt es unser Datensatz nicht einmal, zwischen einfachen Mitgliedern und Funktionären zu unterscheiden.

Wir werden in diesem Papier die genannten Thesen auf der Grundlage einer Umfrage in der Region Berlin - Brandenburg empirisch überprüfen, soweit das mit den zur

Verfügung stehenden Daten möglich ist. Einschränkend ist zunächst zu betonen, dass das Verhältnis von Gewerkschaften nicht im Zentrum der Umfrage stand. Aber sie enthält eine Rechtsextremismus-Skala, die es erlaubt, rechtsextreme Einstellungen zu messen.

Es wird sich zeigen, dass wir unser Vorhaben nur teilweise verwirklichen können. Das liegt nicht nur an der schmalen Datenbasis und an dem unbefriedigenden Fragenprogramm, sondern auch an der geringen Erfahrung mit der Erforschung des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus. Vor allem stehen keine geeigneten Definitionen und keine getesteten Konzepte für die Operationalisierung von Fragestellungen zur Verfügung. Am Ende wirft dieses Papier mehr Fragen auf als es beantwortet. Allerdings betrachten wir es bereits als einen wissenschaftlichen Fortschritt, wenn als Ergebnis der Untersuchung empirisch abgesicherte Thesen vorliegen, die die Grundlage weiterer – unbedingt notwendiger – Forschungen bilden könnten.

Damit ist auch die **Relevanz** unserer Untersuchung angesprochen. Es geht uns vor allem darum, den absolut defizitären Forschungsstand zu verdeutlichen. Wenn die Gewerkschaften den Rechtsextremismus in den eigenen Reihen und bei ihren Anhängern erfolgreich bekämpfen wollen, sind sie auf Untersuchungen angewiesen, die Auskunft darüber geben, welche Teile ihrer Basis warum wie anfällig für Rechtsextremismus sind.

Abschließend weisen wir noch auf folgendes hin: Da es an empirischen Untersuchungen über Rechtsextremismus und über Gewerkschafter in der Region Berlin – Brandenburg mangelt, werden wir im Laufe der Untersuchung – gewissermaßen nebenbei und informationshalber - auch Befunde mitteilen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit unserer Beweisführung stehen und daher eigentlich verzichtbar wären.

2. Anmerkungen zum Untersuchungskonzept

a) Stichprobe und Befragungsgebiete

Befragt wurden 1850 repräsentativ ausgewählte **wahlberechtigte** Personen in den Ländern Berlin und Brandenburg. Wenn im Folgenden von "Bevölkerung", "Gewerkschaftsmitgliedern", "Gewerkschaftshaushalten" oder von anderen Befragungsgruppen die Rede ist, dann sind – wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt – stets **deutsche Staatsbürger ab 18 Jahren** gemeint.

Die fünf Ausgangsthesen beziehen sich auf Gewerkschaften generell, mögliche Differenzen zwischen Ost und West werden nicht berücksichtigt. Tatsächlich ist der bundesdeutsche Rechtsextremismus aber durch handfeste Ost-West-Unterschiede gekennzeichnet. Dem muss das Untersuchungskonzept Rechnung tragen. Wir sind noch einen Schritt weiter gegangen und haben die Region in vier Untersuchungsgebiete aufgeteilt: Für Berlin unterscheiden wir zwischen dem **Ostteil** und dem **Westteil** der Stadt. Für Brandenburg unterscheiden wir zwischen dem "**Engeren Verflechtungsraum**" (**EVR**) und dem "**Äußeren Entwicklungsraum**" (**ÄER**). Dabei handelt es sich um raumordnerische Einteilungen des "Gemeinsamen Landesentwicklungsprogramms Berlin/Brandenburg". Der EVR vereinigt die Berlin-nahen Gemeinden Brandenburgs. Er ist räumlich umfassender als der sogenannte "Speckgürtel", womit zumeist nur die Teile Brandenburgs innerhalb des Autobahnringes um Berlin gemeint sind. Der ÄER umfasst folglich die übrigen, Berlin-fernen Teile Brandenburgs, in denen rund zwei Drittel der Einwohner des Landes leben. Es wird sich zeigen, ob die Region durch einen Ost-West-Gegensatz geprägt ist oder ob andere regionale Konstellationen bei der Verbreitung von Rechtsextremismus eine Rolle spielen. Leider ist es wegen geringer Fallzahlen bei einigen Untersuchungsgruppen nicht möglich, zwischen den vier Untersuchungsgebieten zu unterscheiden.

b) Gewerkschaftsmitglieder und Gewerkschaftshaushalte

Von den Befragten geben 238 (12,9%) an, selbst Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, und weitere 36 (1,9%) erklären, sie selbst und eine weitere Person im Haushalt seien gewerk-

schaftlich organisiert. 117 Befragte (6,3%) sind selbst nicht Mitglied einer Gewerkschaft, leben aber in ihrem Haushalt mit einem Gewerkschaftsmitglied zusammen. Die Aufschlüsselung der Ergebnisse nach Befragungsgebieten kann Tabelle 1 entnommen werden.

In der Umfrage befinden sich mithin 274 Gewerkschaftsmitglieder (14,8%), was ungefähr dem Anteil von Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften und der DAG an den Wahlberechtigten in der Region entsprechen dürfte. Bei einem angenommenen rechtsextremen Einstellungspotenzial von durchschnittlich 15 Prozent befänden sich unter den Befragten rund 40 rechtsextrem eingestellte Gewerkschaftsmitglieder. Diese Zahl ist mit Blick auf weitere Unterteilungen (etwa nach Alters- oder Berufsgruppen) sehr gering²⁵. Daher wurde geprüft, ob die Gruppe derjenigen Befragten in die Analyse mit einbezogen werden kann, die zwar selbst nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind, aber mit einem Gewerkschaftsmitglied im Haushalt zusammen leben. Wir hätten es dann nicht nur mit Gewerkschaftsmitgliedern zu tun, sondern mit "**Gewerkschaftshaushalten**" (sogen. "Haushaltskonzept").

Tabelle 1: Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den Befragten in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Ja, nur ich selbst	15	14	10	12
Ja, jemand anderes	6	5	8	7
Ja, ich selbst und jemand anderes	2	2	2	3
Nein, niemand	77	78	79	75
Keine Antwort	1	2	2	3

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Frage: "*Sind Sie selbst oder jemand anderes in Ihrem Haushalt Mitglied einer Gewerkschaft?*"

25 Generell wird bei einer Zellenbesetzung von N<5 "geringe Fallzahlen" ausgewiesen.

Im Vergleich zu den übrigen Befragten bestehen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und ihren nicht organisierten Mitbewohnern im Haushalt deutliche Übereinstimmungen, beide Gruppen weisen aber auch Unterschiede auf. Daher verbietet sich ihre Gleichsetzung. Wir werden die Variable "Gewerkschaftshaushalte" daher nur ausnahmsweise verwenden, wenn wir mit der Variable "Gewerkschaftsmitglieder" hinsichtlich der Fallzahlen in Engpässe geraten.

Tabelle 2: Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder und Gewerkschaftshaushalte an den Befragten in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)		
	Gewerkschaftsmitglieder	Gewerkschaftshaushalte
Region insgesamt	15	21
Berlin	16	21
West-Berlin	16	22
Ost-Berlin	15	20
Brandenburg	14	21
EVR	12	20
ÄER	15	22

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.
EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Zur Klarstellung: Bei Befragten, die **Gewerkschaftshaushalten** zugerechnet werden, handelt es sich um Personen, die entweder selbst Mitglied einer Gewerkschaft sind oder mit Gewerkschaftsmitgliedern in einem Haushalt leben. **Die Gruppe der Gewerkschaftshaushalte schließt folglich die Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder ein.** Unsere Umfrage enthält 274 Gewerkschaftsmitglieder und 391 Personen, die in Gewerkschaftshaushalten lebten. Die prozentuale Verteilung beider Gruppen in den Untersuchungsgebieten ergibt sich aus Tabelle 2.

c) Rechtsextremismus-Skala

Vorab sei betont, dass sich diese Untersuchung mit rechtsextremen Einstellungen befasst, nicht aber mit rechtsextremem Verhalten. Denn Einstellungen sind dem Verhalten vorge-lagert. Dass Gewerkschaftsmitglieder häufiger rechtsextreme Parteien wählen als andere Gesellschaftsgruppen, sagt nichts über das Ausmaß ihrer rechtsextremen Einstellungen aus. Denn erstens spielen bei der Wahl rechtsextremer Parteien auch Protestmotive eine Rolle, zweitens sind nicht alle Rechtsaußen-Wähler rechtsextrem eingestellt, und drittens wählen nicht alle Menschen mit einem rechtsextremen Weltbild rechtsextreme Parteien²⁶. Die erwähnte WDR-Studie macht keine Angaben dazu, ob die gewerkschaftlich organisier-ten Rechtsaußenwähler rechtsextrem eingestellt waren oder ob sie bei ihrem Wahlverhal-ten Protestmotiven folgten. Der Nachweis, dass Gewerkschaftsmitglieder häufiger rechts-extrem eingestellt sind als Nicht-Mitglieder, wurde jedenfalls nicht erbracht. Wenn hier von Rechtsextremismus die Rede ist, dann sind stets Mentalitäten gemeint, es sei denn, eine andere Erscheinungsform von Rechtsextremismus wird ausdrücklich benannt.

Die Frage, wann eine Person über ein rechtsextremes Weltbild verfügt, ist nicht leicht zu beantworten, da in der wissenschaftlichen Diskussion noch keine Einigkeit darüber be-steht,

- welche Bestandteile ein rechtsextremes Weltbild umfasst,
- wie - d. h. durch welche konkreten Fragen - die einzelnen Bestandteile in Umfragen gemessen werden sollen,
- auf welche Weise die Antworten auf die einzelnen Fragen zu einer Skala zusammen-zufassen sind, um für einen Befragten das Ausmaß seiner rechtsextremen Einstellung angeben zu können und
- an welchem Punkt der Rechtsextremismus-Skala die Trennungslinie gesetzt werden soll, von der an ein Befragter als Rechtsextremist angesehen werden kann.

Wir haben in unserer Studie – aufgrund einer Reihe von theoretischen Überlegungen, die hier nicht wiedergegeben werden können – folgende Vorgehensweise gewählt:

26 Vgl. Richard Stöss, Rechtsextremismus und Wahlen in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitge-schichte, B 11 v. 12. März 1993, S. 50-61; ders., Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, 3. akt. Aufl., Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2000, S. 130 ff.; Jürgen W. Falter, Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994.

Dem Rechtsextremismus als Einstellungsmuster werden die folgenden Bestandteile zugeordnet: Autoritarismus, Nationalismus, ethnisch bzw. sozioökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Pronazismus.

- **Autoritarismus** ist - vereinfacht ausgedrückt - die Bereitschaft zur freiwilligen Unterwerfung unter Stärkere bzw. unter nicht legitimierte Herrschaft und die Neigung zur Beherrschung Schwächerer.
- **Nationalismus** erklärt die Wahrung und Stärkung der eigenen Nation zum obersten Prinzip menschlichen Denkens und Handelns und wertet andere Nationen ab.
- **Fremdenfeindlichkeit** (oder auch **Ethnozentrismus**) bewertet die Eigenschaften der eigenen Volksgruppe besonders hoch und neigt dazu, fremde Volksgruppen zu benachteiligen oder gar auszugrenzen. Dabei werden zwei Varianten unterschieden:
 - **Ethnisch motivierte Fremdenfeindlichkeit** diskriminiert fremde Volksgruppen, ohne ihre Eigenschaften grundsätzlich abzuwerten.
 - **Sozioökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit** diskriminiert die Mitglieder fremder Volksgruppen im eigenen Land nicht prinzipiell, will ihnen aber die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand verwehren ("**Wohlstandschauvinismus**").
- Unter **Antisemitismus** versteht man die Feindschaft gegenüber Juden, die als minderwertig und gefährlich angesehen werden.
- **Pronazismus** zielt darauf ab, den Nationalsozialismus zu verharmlosen oder sogar zu rechtfertigen.

Zu jeder dieser Dimensionen wurde den Befragten eine Aussage (Statement) vorgelegt. Die Rechtsextremismus-Skala besteht aus folgenden sechs Statements:

- *"Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen"* (Autoritarismus).
- *"Deutschland sollte wieder eine führende Rolle in der Welt übernehmen"* (Nationalismus).
- *"Ausländer sollten so schnell wie möglich Deutschland verlassen"* (ethnisch motivierte Fremdenfeindlichkeit).
- *"Bei der Einstellung von Arbeitskräften sollten Deutsche grundsätzlich Ausländern vorgezogen werden"* (sozioökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit).

- *"Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen"* (Pronazismus).
- *"Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns"* (Antisemitismus).

Die Statements wurden durch folgende Instruktion eingeleitet:

"Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, die unterschiedliche Personen in Voruntersuchungen über ihr Verhältnis zum politischen Geschehen getroffen haben. Uns interessiert Ihre persönliche Meinung zu diesen Aussagen. Bitte bewerten Sie diese Aussagen auf einer Skala von 1 bis 7. 1 bedeutet "stimmt überhaupt nicht", und 7 bedeutet "stimmt völlig". Mit den Zahlen dazwischen können Sie ihre Meinung abstufen."

Zur Bestimmung des **rechtsextremen Einstellungspotenzials** sind wir wie folgt vorgegangen: Die Befragungsergebnisse aller sechs Statements wurden zu einer Skala zusammengefasst (addiert), die die Werte 6 bis 42 umfasst. Denn die Befragten konnten mindestens sechs Mal eine 1 und maximal sechs Mal eine 7 vergeben. Dem rechtsextremen Einstellungspotenzial wurden die Befragten zugerechnet, die Werte über dem Mittelwert (24) erreichten, Werte also von 25 bis 42. Dieses Verfahren und die Formulierung der Statements wurden in früheren Befragungen erprobt²⁷, wobei sich die Statements als geeignete Form der Operationalisierung von rechtsextremen Einstellungen erwiesen haben.

Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Bestimmung des rechtsextremen Einstellungspotenzials durch **selbstgewählte Statements**, vor allem aber durch die **willkürliche Setzung einer Trennungslinie** (cutting point) erfolgt. Andere Verfahren sind möglich und werden auch praktiziert.

Dass die "Messlatte" zur Ermittlung rechtsextremer Einstellungen willkürlich gewählt wurde, erscheint auf den ersten Blick "unwissenschaftlich" und könnte – so gesehen – einer Manipulation Tür und Tor öffnen. Tatsächlich stellen alle Maße bzw. Normen (z.B. DIN)

27 Richard Stöss/Oskar Niedermayer, Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998, Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums Nr. 1; Freie Universität Berlin, Berlin 1998. Im Internet abrufbar unter: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/index.htm> (Aktuelle Ergebnisse aus der Forschung). Richard Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, 3. akt. Aufl., Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2000, S. 25 ff.

willkürliche Setzungen dar. So wurde beispielsweise in der Meterkonvention von 1875 definiert, dass ein Meter dem vierzigmillionsten Teil eines Erdmeridians entspricht. Später orientierte man sich bei der Definition des Meters an Wellenlängen (z.B. der orangefarbenen Spektrallinie des Kryptons). Entscheidend ist, dass willkürliche Setzungen als allgemein verbindlich anerkannt und praktiziert werden. Hier liegt das Problem bei der Messung von rechtsextremen Einstellungen: Dafür besteht nämlich (noch) keine allgemein anerkannte Konvention.

Dennoch sind Messungen von rechtsextremen Einstellungen möglich und gerechtfertigt, wenn ihre Ergebnisse angemessen interpretiert werden. Messen bedeutet bekanntlich vergleichen. Wir messen beispielsweise die Entfernung zwischen Berlin und München, indem wir zählen, wie oft ein Meter zwischen beide Städte passt (ungefähr 600.000 mal). Verglichen wird also die Entfernung mit dem Meter, das als Maß dient. Dasselbe Verfahren wenden wir nun für die Entfernung zwischen Berlin und Paris an, und da wir jedes Mal denselben (wenn auch willkürlich definierten) Maßstab verwendet haben, können wir beide Messergebnisse miteinander vergleichen und daraus Schlussfolgerungen ziehen (Reisedauer etc.).

Derselben Logik unterliegt die Messung von rechtsextremen Einstellungen. Wenn wir ein geeignetes Rechtsextremismus-Maß (Skala) entwickelt haben, können wir damit Vergleiche anstellen: zwischen West und Ost, zwischen Männern und Frauen, zwischen verschiedenen Alters- und Berufsgruppen usw. Unabhängig von der Größe des mit unserer Skala gemessenen Potenzials lässt sich beispielsweise feststellen, dass Frauen genauso anfällig für rechtsextreme Einstellungen sind wie Männer. Entscheidend ist, dass wir immer dasselbe Maß anwenden (was innerhalb einer Umfrage unproblematisch ist). Probleme entstehen, wenn die Ergebnisse verschiedener Umfragen (Potenziale, Gruppengrößen etc.) miteinander verglichen werden sollen. Dies ist nämlich nur möglich, wenn ihnen dasselbe Messinstrument zugrunde liegt, was bedauerlicherweise (in Ermangelung einer entsprechenden Konvention) nur selten der Fall ist.

Für die Region Berlin-Brandenburg liegen **Vergleichsdaten für 1998 und 2000** vor. Die Befragungsergebnisse finden sich in Tabelle 3. Die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen hat sich zwischen 1998 und 2000 offenbar nicht verändert. Die geringen Abweichungen liegen innerhalb der Fehlertoleranz der Umfragen. **Nach wie vor ist das**

rechtsextreme Einstellungspotenzial in Brandenburg nahezu doppelt so groß wie in Berlin. Dabei machen sich zwischen beiden Stadtteilen Berlins keine Unterschiede bemerkbar, ebenso wenig zwischen den Berlin-nahen Bereichen Brandenburgs und der märkischen Peripherie (nur 2000 erhoben).

	Berlin			Brandenburg		
	Insges.	West	Ost	Insges.	EVR	ÄER
1998	11	12	11	19	*	*
2000	12	11	12	21	21	22

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 1998: n=3186, Mai/Juni 2000: n=1850; Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

* Keine Angabe verfügbar.

In einer Untersuchung im Jahr 1990 hatten wir für Ost-Berlin noch ein erheblich größeres Rechtsextremismuspotenzial ermittelt als für West-Berlin²⁸. Offenbar hat sich dieser Ost-West-Gegensatz mittlerweile abgeschliffen, und beide Stadthälften sind bezüglich der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen zusammengewachsen.

Für die Bundesrepublik insgesamt bestand der Ost-West-Gegensatz allerdings noch bis 1998 (neuere Messungen liegen uns nicht vor). Damals hatten wir für die neuen Bundesländer ein rechtsextremes Einstellungspotenzial von 17 Prozent und für die alten Bundesländer von 12 Prozent ermittelt (Bundesdurchschnitt: 13%)²⁹.

Bei der Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen in Berlin-Brandenburg machen sich die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme und politischen Kulturen der Vorwendezeit, die die Region in mancherlei Hinsicht auch heute noch prägen, nicht

28 Richard Stöss, Bestimmungsfaktoren des Rechtsextremismus, in: Hans-Dieter Klingemann/Lutz Erbring/Nils Diederich (Hrsg.), Zwischen Wende und Wiedervereinigung. Analysen zur politischen Kultur in West- und Ost-Berlin 1990, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 102-131.

29 Vgl. Stöss/Niedermayer (Anm. 27) sowie Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland (Anm. 26), S. 29.

(mehr) bemerkbar. Die Belastungsquote der ehemaligen Hauptstadt der DDR entspricht mittlerweile der der seinerzeit eingemauerten Frontstadt und liegt damit exakt auf dem Durchschnittsniveau der alten Bundesländer (von 1998), während Brandenburg das wesentlich höhere Durchschnittsniveau der neuen Bundesländer sogar noch um einiges übertrifft. Auf Grund der Tatsache, dass rechtsextrêmes Gedankengut in Brandenburg fast doppelt so häufig gedeiht wie in Ost-Berlin, empfiehlt sich ein zurückhaltender Umgang mit der (empirisch nie überzeugend nachgewiesenen, im Kern aber durchaus plausiblen) "Kontinuitätsthese", die die Ursache für Rechtsextremismus auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vor allem in autoritären, nationalistischen und Fremdenfeindlichen Dispositionen sucht, die das System des Staatssozialismus erzeugt und geprägt hätten.

d) Operationalisierungsprobleme

Zur Überprüfung der im ersten Kapitel genannten Thesen sind noch einige einschränkende bzw. präzisierende Anmerkungen sowie Auskünfte über die Operationalisierung bzw. Messung von Sachverhalten notwendig.

In der formalisierten Sichtweise des Empirikers geht es bei den Ausgangsthese zum gewerkschaftlichen Rechtsextremismus um Abweichungen vom Durchschnitt der Bevölkerung, um Abweichungen vom "Normalfall". Die Spiegelbildthese behauptet für Gewerkschaften den Normalfall, die übrigen drei Thesen³⁰ zielen auf Abweichungen vom Normalfall. Damit stellt sich die Frage, wie der Normalfall zu definieren ist. Ist damit eine detailgenaue Widerspiegelung gemeint, eine Identität im Sinne von "eins zu eins", oder eine ungefähre Übereinstimmung? Vernünftigerweise wird man letzteres annehmen. Daraus ergibt sich die Folgefrage nach den zulässigen Toleranzen. Den jedes Objekt, das sich nicht innerhalb der Toleranzmarge befindet, stellt eine Abweichung vom Normalfall dar. Mit der Definition der für die Spiegelbildthese zulässigen Toleranzmarge wird gleichzeitig darüber entschieden, ob die übrigen drei Thesen zutreffen. Ein frei erfundenes Beispiel: Wir nehmen an, dass das rechtsextrême Einstellungspotenzial bei den Landwirten in der Bundesrepublik insgesamt 12 Prozent beträgt, bei den gewerkschaftlich organisierten Landwirten dagegen nur 9 Prozent. Wenn wir Null-Toleranz annehmen, gilt die Spiegelbildthese für

30 Gemeint sind die Immunsierungsthese, die Anziehungsthese und die Modernisierungsverliererthese. Im Prinzip gilt dies auch für die Urheberthese, die wir mit unseren Daten allerdings nicht hinreichend überprüfen können.

dieses Beispiel nicht, wenn wir eine Toleranzmarge von +/- 30 Prozent ansetzen, dürfen die organisierten Landwirte ein Rechtsextremismuspotenzial zwischen 8 und 16 Prozent aufweisen, um noch der Spiegelbildthese zu genügen. Bei einer Toleranzmarge von +/- 30 Prozent würde für die Landwirte in den Gewerkschaften also die Spiegelbildthese gelten. Wenn wir Null-Toleranz festsetzen, wären unsere Landwirte deutlich unterdurchschnittlich anfällig für Rechtsextremismus und es wäre zu prüfen, ob die Immunisierungsthese zutrifft. Frage: Wie stark unterdurchschnittlich anfällig muss eine Gruppe von Gewerkschaftsmitglieder sein, damit die Immunisierungsthese gilt? Vernünftigerweise wird die Grenze dorthin gelegt, wo die Toleranzmarge der Spiegelbildthese endet. Danach träfe bei Null-Toleranz für die Spiegelbildthese auf die Landwirte in den Gewerkschaften die Immunisierungsthese zu.

Unsere Analysen setzen auch in diesem Fall, wie bereits bei der Rechtsextremismus-Skala, einen Schnittpunkt voraus, dessen Positionierung einen Akt der Willkür (aber auch der Zweckmäßigkeit) darstellt. Für die statistischen Berechnungen hatten wir die Toleranzmarge für die Spiegelbildthese zunächst auf +/- ein Drittel (33,3%) festgesetzt. Im Ergebnis fielen fast alle Untersuchungsgruppen unter die Spiegelbildthese. Wir haben gerade gezeigt, dass bei einer Toleranzmarge von +/- 30 Prozent der Wert 12 durch eine Spannweite von 8 bis 16 abgedeckt wird. +/- 30 Prozent erlauben also eine enorme Streuung der Werte, die uns auch mit Blick auf den Kern der Spiegelbildthese als unangemessen erscheint. Bei einer Marge von +/- 10 Prozent engen wir die Schwankungsbreite dagegen arg ein. Daher haben wir uns letztlich für +/- 20 Prozent, also für ein Fünftel, entschieden. Daraus ergeben sich folgende Operationalisierungskonzepte:

Die **allgemeine Spiegelbildthese** wird wie folgt operationalisiert: Der Anteil einer Gruppe an der Bevölkerung entspricht dem Anteil der entsprechenden Gruppe an den Gewerkschaftsmitgliedern (Toleranz: +/- 20%).

Die **spezielle Spiegelbildthese** wird wie folgt operationalisiert: Die Anfälligkeit einer Bevölkerungsgruppe³¹ für rechtsextreme Einstellungen entspricht der der entsprechenden Gruppe unter den Gewerkschaftsmitgliedern (Toleranz: +/- 20%).

31 Gemessen am Anteil des rechtsextremen Einstellungspotenzials an der jeweiligen Untersuchungsgruppe.

Eine Gruppe von Gewerkschaftern soll dann als (relativ) immun gegenüber Rechtsextremismus gelten, wenn sie sowohl im Vergleich zur entsprechenden Bevölkerungsgruppe als auch im Vergleich zum Gewerkschaftsdurchschnitt ein geringes Ausmaß an rechtsextremen Einstellungen aufweist. Die Kombination beider Bedingungen erscheint uns aus folgendem Grund sachgerecht: Würden wir uns auf das erste Kriterium beschränken, dann würden alle gewerkschaftlichen Untersuchungsgruppen als immun gegen Rechtsextremismus gelten, die jenseits der Toleranzmarge für die Spiegelbildthese liegen. Eine Gruppe wird man aber nicht nur deshalb als immun gegen Rechtsextremismus bezeichnen wollen, weil sie etwas weniger anfällig ist als die entsprechende Bevölkerungsgruppe. Die **Immunsierungsthese** wird daher wie folgt operationalisiert: Die Anfälligkeit einer Gruppe von Gewerkschaftsmitgliedern für rechtsextreme Einstellungen ist deutlich (um wenigstens 20%) geringer als die Anfälligkeit der entsprechenden Bevölkerungsgruppe (Immunitätskriterium 1) und liegt deutlich (um wenigstens 20%) unter dem Durchschnitt der Anfälligkeit aller Gewerkschaftsmitglieder für Rechtsextremismus (Immunitätskriterium 2).

Die **Anziehungsthese** stellt das Gegenteil zur Immunsierungsthese dar. Sie wird wie folgt operationalisiert: Die Anfälligkeit einer Gruppe von Gewerkschaftsmitgliedern für rechtsextreme Einstellungen ist deutlich (um wenigstens 20%) höher als die Anfälligkeit der entsprechenden Bevölkerungsgruppe (Anziehungskriterium 1) und liegt deutlich (um wenigstens 20%) über dem Durchschnitt der Anfälligkeit aller Gewerkschaftsmitglieder für Rechtsextremismus (Anziehungskriterium 2).

Leider können wir diese These nicht umfassend im Sinne ihrer Autoren testen, weil unser Frageprogramm keine Instrumente zur Messung von Leistungsorientierung und Konventionalismus enthält.

Auch die **Urheberthese** können wir mit unserer Umfrage nicht überprüfen. Da sie im Ergebnis auf die Behauptung hinausläuft, dass Gewerkschaftsmitglieder besonders anfällig (mindestens 20% über dem Vergleichswert) für nationalistische, autoritäre und wohlstandschauvinistische Einstellungen sind, werden wir wenigstens diesem Aspekt nachgehen.

Die **Modernisierungsverliererthese** behauptet, dass Modernisierungsverlierer besonders anfällig für Rechtsextremismus und besonders häufig gewerkschaftlich organisiert sind.

Was aber ist ein Modernisierungsverlierer? In der Literatur finden sich keine messbaren Kriterien für den Status eines Modernisierungsverlierers. Es ist nicht einmal klar, ob es sich dabei um eine sozialstrukturelle bzw. sozioökonomische Kategorie handelt oder um die Wahrnehmung bzw. Verarbeitung der eigenen Situation und Zukunftschancen. Die Operationalisierungsprobleme beruhen vor allem darauf, dass der Begriff auf dem Konzept der "relativen Deprivation" (s. dazu unten Kap. 5d) fußt und auf ungleichzeitige Entwicklungen und Lebenslagen von Modernisierungsverlierern und Modernisierungsgewinnern abhebt. In der Wahlforschung wird der Begriff Modernisierungsverlierer zumeist als "Hintergrundvariable" gebraucht, die summarisch vor allem für folgende Merkmale steht: durch sozialen und technologischen Wandel oder Globalisierung bedrohte Arbeitnehmer (v. a. Arbeitslose, Arbeiter und einfache Angestellte), geringe bzw. nicht marktgerechte Qualifikation, unsicherer Arbeitsplatz, Zukunftspessimismus, Gefühl wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung, Parteien- und Politikverdrossenheit. Modernisierungsverlierer stellt mithin eine schillernde Kategorie dar, eine Mischung aus Unterschicht und Unzufriedenheit. Da unser Fragenprogramm keine Variablen zur Arbeitsplatzsicherheit, zu Tätigkeitsmerkmalen, zur Arbeitszufriedenheit, zur Entwicklung und zu den Perspektiven des Betriebs etc. enthält, sind wir nur in der Lage, Gruppen zu ermitteln, aus denen sich Modernisierungsverlierer hauptsächlich rekrutieren dürften. Als sozialstrukturelles Kriterium gilt die Zugehörigkeit zur Unterschicht, als Einstellungskriterium Zukunftspessimismus. Beide Merkmale sollen miteinander verknüpft werden. Wenn im Folgenden von Modernisierungsverlierern die Rede ist, sind genau genommen **potenzielle Modernisierungsverlierer** gemeint.

Modernisierungsverlierer gelten dann als besonders anfällig für Rechtsextremismus, wenn ihr Einstellungspotenzial das der Bevölkerung um mindestens ein Fünftel übertrifft (Modernisierungsverliererkriterium 1) und sie gelten als besonders häufig gewerkschaftlich organisiert, wenn der Anteil der Modernisierungsverlierer an den Gewerkschaftsmitgliedern um ein Fünftel größer ist als an den Unorganisierten (Modernisierungsverliererkriterium 2).

Für die Immunisierungsthese, die Anziehungsthese und die Modernisierungsverliererthese gelten jeweils zwei Kriterien. Nur das erste bezieht sich auf die Toleranzmarge der Spiegelbildthese. Es kann also vorkommen, dass eine Untersuchungsgruppe das erste Kriterium durchaus erfüllt und daher nicht unter die Spiegelbildthese fällt, aber das zweite Kriterium nicht erfüllt und daher auch nicht unter die Immunisierungsthese, die Anziehungsthe-

se und die Modernisierungsverliererthese fällt. In diesen Fällen ist **keine Zuordnung möglich**.

Es kommt gelegentlich vor, dass das erste Kriterium exakt auf der 20 Prozent-Marke liegt, das zweite Kriterium aber erfüllt ist. Dann gilt nicht die Spiegelbildthese.

e) Untersuchungsgruppen: Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder bzw. Bevölkerung

Maßgebliche Untersuchungsgruppe sind die Befragten, die angeben, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein (ausnahmsweise auch Befragte, die in einem Gewerkschaftshaushalt leben). Als "natürliche" Vergleichsgruppe müssten die Befragten herangezogen werden, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind (bzw. nicht in einem Gewerkschaftshaushalt leben). Wir haben uns allerdings dazu entschieden, in der Regel die (wahlberechtigte) Bevölkerung insgesamt als Vergleichsgruppe heranzuziehen. Zur Kontrolle der Repräsentativität und zur Gewichtung unserer Daten mussten wir uns sowieso auf entsprechende Bevölkerungsdaten für Berlin und Brandenburg stützen, die uns freundlicherweise von Herrn Dr. Schmollinger vom Statistischen Landesamt in Berlin zur Verfügung gestellt worden sind. Zudem wollen wir allgemein erwarteten Analogien Rechnung zu tragen. So stellt zum Beispiel die Spiegelbildthese explizit auf einen Vergleich von Gewerkschaftsmitgliedern und Bevölkerung ab. Manche Leserinnen und Leser werden auch daran interessiert sein, Informationen über den Rechtsextremismus bei der Bevölkerung insgesamt und nicht "nur" bei gewerkschaftlich nicht organisierten Personen zu erhalten.

Mit Blick auf die Befragungsergebnisse besteht übrigens kein Unterschied zwischen der Bevölkerung und Unorganisierten. Da nur 15 Prozent der Befragten in der Region gewerkschaftlich organisiert sind (Tabelle 2), ist der Unterschied zwischen beiden Kategorien minimal. Er beträgt bei den hier analysierten Gruppen höchstens ein Prozentpunkt. Und da wir nur gerundete Zahlen mitteilen, macht sich diese Differenz so gut wie nie bemerkbar. Zum rechtsextremen Einstellungspotenzial zählen beispielsweise 16 Prozent der Bevölkerung in der Region und 16 Prozent der Nicht-Organisierten. Von den Daten her betrachtet sind die Begriffe Bevölkerung und Unorganisierte austauschbar.

3. Das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei Gewerkschaftsmitgliedern

Bevor wir uns mit den Einstellungspotenzialen befassen, werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf die Zustimmung zu den sechs Statements der Rechtsextremismus-Skala³².

Tabelle 4: Die Zustimmung zu den Statements der Rechtsextremismus-Skala bei den Befragten in Berlin und Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)		
	Berlin	Brandenburg
<i>Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.</i>	38	52
<i>Deutschland sollte wieder eine führende Rolle in der Welt übernehmen.</i>	35	54
<i>Ausländer sollten so schnell wie möglich Deutschland verlassen.</i>	10	15
<i>Bei der Einstellung von Arbeitskräften sollten Deutsche grundsätzlich Ausländern vorgezogen werden.</i>	30	48
<i>Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.</i>	6	8
<i>Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.</i>	9	9

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

Die Zustimmung zu den einzelnen Statements variiert stark (von 6% bis 54%) und fällt – bis auf das Antisemitismus-Statement – in Brandenburg höher aus als in Berlin, was in Anbetracht der Befunde in Tabelle 3 auch zu erwarten war.

32 Als Zustimmung wurden die Werte von 5 bis 7 herangezogen.

Tabelle 5: Die Zustimmung zu den Statements der Rechtsextremismus-Skala bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in der Region Berlin - Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)		
	Mitglieder	Nicht-Mitglieder
<i>Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.</i>	44	45
<i>Deutschland sollte wieder eine führende Rolle in der Welt übernehmen.</i>	45	44
<i>Ausländer sollten so schnell wie möglich Deutschland verlassen.</i>	17	11
<i>Bei der Einstellung von Arbeitskräften sollten Deutsche grundsätzlich Ausländern vorgezogen werden.</i>	35	39
<i>Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.</i>	6	7
<i>Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.</i>	13	9

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

Gewerkschafter unterscheiden sich in der Region insgesamt hinsichtlich ihrer Zustimmung zu den Statements nur teilweise von den Unorganisierten. Bei drei Statements (Autoritarismus, Nationalismus, Pronazismus) sind keine Unterschiede feststellbar, bei zwei Statements (ethnisch motivierte Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus) stimmen sie häufiger zu als Nicht-Mitglieder, und ein Statement (sozioökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit) befürworten die Unorganisierten eher als die Organisierten.

Aus den Daten in Tabelle 5 lassen sich also noch keine Schlussfolgerungen bezüglich der Frage ziehen, ob Gewerkschafter eher rechtsextrem eingestellt sind als Personen, die gewerkschaftlich nicht organisiert sind.

Die Befragungsergebnisse in Tabelle 5 lassen allerdings **gewisse Zweifel an der Urheberthese** aufkommen. Danach sollten Gewerkschaftsmitglieder besonders nationalistisch, autoritär und wohlstandschauvinistisch eingestellt sein. Zwar steht uns zur Überprüfung dieser These keine Nationalismus-, Autoritarismus- oder Wohlstandschauvinismus-Skala zur Verfügung. Jedoch fällt die Zustimmung zu den drei Statements, die für Nationalismus, Autoritarismus und Wohlstandschauvinismus stehen, bei Gewerkschaftsmitgliedern geringer aus als bei Nicht-Mitgliedern. Zwar neigen Gewerkschafter erheblich stärker zu ethnisch motivierter Fremdenfeindlichkeit und zu Antisemitismus als Unorganisierte, aber die Urheberthese bezieht sich explizit auf sozioökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit, mindestens *auch* auf diese. Denn es geht den "Facharbeiterprotektionismus" betreibenden Gewerkschaften, so die Sichtweise der Vertreter dieser These, um die Bewahrung des "Inländerprimats" auf dem Arbeitsmarkt. Und genau darauf zielt unser Statement zum Wohlstandschauvinismus ab. Dieses befürworten Nicht-Mitglieder aber etwas häufiger als Gewerkschafter.

Der Ländervergleich (Tabelle 6) gibt Anlass zur Vermutung, dass märkische Gewerkschafter eher rechtsextrem eingestellt sind als ihre Berliner Kollegen. Während nur bei zwei Statements (ethnisch motivierte Fremdenfeindlichkeit, Pronazismus) keine Differenz erkennbar ist, fällt die Zustimmung zu den übrigen vier Statements bei den Brandenburger Mitgliedern höher aus als bei den Berliner Gewerkschaftern – und zwar beim Autoritarismus- und beim Pronazismus-Statement um das 1,2- bzw. 1,3-fache und beim Nationalismus- und beim Wohlstandschauvinismus-Statement um das 1,6- bzw. 1,7-fache.

Vergleicht man die Zustimmung zu den Statements seitens der Befragten insgesamt und der Gewerkschafter (also die Daten in Tabelle 4 und 6), dann ergibt sich für Brandenburg folgendes Bild: Drei Statements (Nationalismus, ethnisch motivierte Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus) werden Gewerkschaftern häufiger befürwortet als von der Bevölkerung, und die übrigen drei Statements finden bei der Bevölkerung mehr Zuspruch als bei den Gewerkschaftern. In Berlin liegen Gewerkschafter und Bevölkerung bei zwei Statements gleichauf (Nationalismus, Pronazismus), zu einem Statement (sozioökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit) findet sich mehr Zustimmung bei der Bevölkerung als bei den Gewerkschaftern und die restlichen drei Statements werden von den Gewerkschaftern öfter befürwortet als von der Bevölkerung.

Tabelle 6: Die Zustimmung zu den Statements der Rechtsextremismus-Skala bei Gewerkschaftsmitgliedern in Berlin und Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)		
	Berlin	Brandenburg
<i>Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.</i>	40	49
<i>Deutschland sollte wieder eine führende Rolle in der Welt übernehmen.</i>	35	57
<i>Ausländer sollten so schnell wie möglich Deutschland verlassen.</i>	17	17
<i>Bei der Einstellung von Arbeitskräften sollten Deutsche grundsätzlich Ausländern vorgezogen werden.</i>	27	45
<i>Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.</i>	6	5
<i>Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.</i>	11	14

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

Die Zustimmung zu den einzelnen Statements der Rechtsextremismus-Skala liefert mithin keine klare Antwort auf die Frage, ob gewerkschaftlich organisierte Befragte stärker zu rechtsextremen Einstellungen neigen als Unorganisierte (bzw. als die Bevölkerung insgesamt). Vermutlich ist das in geringem Umfang der Fall, und zwar eher noch in Berlin als in Brandenburg. Klarheit erhalten wir allerdings erst, wenn wir die Rechtsextremismus-Skala als Maßstab anlegen (Tabelle 7).

18 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in der Region verfügen über ein rechtsextremes Weltbild. **Gewerkschaftlich organisierte Personen sind in Berlin-Brandenburg also geringfügig häufiger rechtsextrem eingestellt als die Bevölkerung insgesamt bzw. als Nicht-Mitglieder (16%)³³. Der Ländervergleich fördert jedoch erhebliche Unter-**

33 1998 hatten wir – allerdings mit einer anderen Rechtsextremismus-Skala – bundesweit ein rechtsextremes Einstellungspotenzial von 14 Prozent gemessen, wobei Gewerkschaftsmitglieder mit 12 Prozent

schiede zutage: Während in Brandenburg Mitglieder und Bevölkerung zu gleichen Anteilen (21%) betroffen sind, überragen die rechtsextremen Orientierungen der Mitglieder in Berlin die der Bevölkerung um rund das Anderthalbfache (16% zu 11%). Maßgeblich dafür ist die beträchtliche Rate rechtsextremer Gewerkschafter in West-Berlin. Dort sind prozentual doppelt so viele Gewerkschaftsmitglieder rechtsextrem eingestellt wie Befragte insgesamt (20% zu 10%). Das Rechtsextremismuspotenzial bei West-Berliner Gewerkschaftern liegt damit auf dem Niveau der gewerkschaftlich Organisierten in Brandenburg. In Ost-Berlin sind Gewerkschaftsmitglieder dagegen weniger anfällig für Rechtsextremismus als die Bevölkerung. Auch in Brandenburg stellen sich die Verhältnisse unterschiedlich dar: Im Berlin-nahen Bereich (EVR) sind Gewerkschaftsmitglieder häufiger durch rechtsextreme Einstellungen gekennzeichnet als die Bevölkerung. Im ÄER findet sich Rechtsextremismus eher unter Nicht-Mitglieder als in der Bevölkerung.

Tabelle 7: Der Anteil des rechtsextremen Einstellungspotenzials bei Gewerkschaftsmitgliedern und bei den Befragten insgesamt in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)		
	Gewerkschaftsmitglieder	Bevölkerung
Region insgesamt	18	16
Berlin	16	12
West-Berlin	20	11
Ost-Berlin	10	12
Brandenburg	21	21
EVR	26	21
ÄER	19	22

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.
 EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

etwas unterdurchschnittlich vertreten waren, aber noch die hier geltenden Bedingungen der Spiegelbildthese erfüllten. Allerdings machte sich ein erheblicher West-Ost-Unterschied bemerkbar: In Westdeutschland waren 13 Prozent der Bevölkerung und 11 Prozent der Organisierten, in Ostdeutschland 15 Prozent der Bevölkerung und 19 Prozent der Organisierten rechtsextrem eingestellt. Für die West-Gewerkschafter galt mithin die Spiegelbildthese, für die Ost-Gewerkschafter die Anziehungsthese. Die Befunde wurden nicht veröffentlicht, sondern nur auf einer Sitzung des ÖTV-Hauptvorstands am 29.9.1999 vorgetragen.

Gewerkschafter sind in der Region insgesamt also nicht flächendeckend häufiger rechtsextrem eingestellt als Nicht-Mitglieder. Das trifft nur (und dort besonders) auf West-Berlin und auf den EVR Brandenburgs zu. In den beiden übrigen Untersuchungsgebieten sind sie dagegen weniger anfällig als Unorganisierte. Überraschend fällt der Befund für Berlin aus. Obwohl sich die Bevölkerung in beiden Stadthälften nicht bezüglich der Verbreitung von rechtsextremem Gedankengut unterscheidet, sind West-Berliner Gewerkschafter doppelt so oft betroffen wie ihre Kollegen im anderen Teil der Stadt. Dies unterstreicht ein Mal mehr, dass **Rechtsextremismus kein Ostphänomen** darstellt. Und weil Ost-Berliner Gewerkschafter auch nur halb so zugänglich für Rechtsextremismus sind wie die Gewerkschaftsmitglieder in den beiden märkischen Untersuchungsgebieten (auch die Ost-Berliner Bevölkerung insgesamt ist nur halb so anfällig für Rechtsextremismus wie die Bewohner der Mark), ist vor übereilten Pauschalurteilen hinsichtlich der Ursachen für Rechtsextremismus auf dem Territorium der ehemaligen DDR ("Kontinuitätsthese") zu warnen. **Die Ost-Berliner Gewerkschaftsszene erscheint im Vergleich der vier Untersuchungsgebiete der Region geradezu als ein Bollwerk gegen Rechtsextremismus.**

Hinsichtlich unserer Ausgangsthesen ergeben sich für die Region und ihre Teilgebiete folgende Befunde:

Berlin-Brandenburg:	Spiegelbildthese
Berlin:	Keine Zuordnung möglich
Brandenburg:	Spiegelbildthese
West-Berlin:	Keine Zuordnung möglich
Ost-Berlin:	Immunsierungsthese
EVR:	Anziehungsthese
ÄER:	Spiegelbildthese

Unser erstes Fazit lautet:

- **Die These, dass die Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich der Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen (Spiegelbildthese), trifft zwar auf die Region Berlin – Brandenburg insgesamt, nicht aber auf die vier Untersuchungsgebiete zu.**
- **Unsere eingangs geäußerte Vermutung, dass sich die Thesen gegenseitig nicht notwendigerweise ausschließen, sondern sich ergänzen könnten, scheint sich**

zu bestätigen. Hinsichtlich der *regionalen* Verteilung von rechtsextremen Einstellungspotenzialen bei gewerkschaftlich organisierten Personen treffen neben der Spiegelbildthese auch die Immunisierungsthese und die Anziehungsthese zu. Und es kommt auch vor, dass keine Zuordnung möglich ist.

Gewerkschaftsmitglieder und Gewerkschaftshaushalte sind in der Region Berlin-Brandenburg gleichermaßen rechtsextrem eingestellt (18%). Aber auch hier machen sich kleinere regionale Unterschiede bemerkbar, die darauf hinweisen, dass beide Gruppen nicht identisch sind: In West-Berlin und im EVR Brandenburgs sind die Mitglieder etwas anfälliger als die Haushalte, und umgekehrt erweisen sich die Haushalte in Ost-Berlin und im ÄER Brandenburgs etwas anfälliger als die Mitglieder (Tabelle 8). Mit Ausnahme von West-Berlin trifft auf die Gewerkschaftshaushalte in der Region und ihren Teilgebieten durchgängig die Spiegelbildthese zu.

Tabelle 8: Der Anteil rechtsextrem eingestellter Gewerkschaftsmitglieder und Gewerkschaftshaushalte an den Befragten in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)		
	Gewerkschaftsmitglieder	Gewerkschaftshaushalte
Region insgesamt	18	18
Berlin	16	14
West-Berlin	20	17
Ost-Berlin	10	11
Brandenburg	21	21
EVR	26	22
ÄER	19	21

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.
EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

In den folgenden Abschnitten werden wir uns daher nicht nur mit der Überprüfung der eingangs vorgestellten Thesen befassen, sondern auch der Frage nachgehen, warum gerade

in Berlin, und hier wiederum im Westteil der Stadt, Gewerkschaftsmitglieder stärker zum Rechtsextremismus neigen als Nicht-Mitglieder, während im Land Brandenburg die Anfälligkeit für Rechtsextremismus bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern gleich stark ausgeprägt ist. Erklärungsbedürftig ist auch die Frage, warum im EVR der Mark die Mitglieder häufiger als die Nicht-Mitglieder, im ÄER umgekehrt die Nicht-Mitglieder häufiger als die Mitglieder rechtsextrem eingestellt sind.

Beide Fragen ergeben sich aus Befunden, die von uns so nicht erwartet wurden. Denn **die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern weicht deutlich von der in der Bevölkerung der Region ab**. Es sei daran erinnert (Tabelle 3), dass das Rechtsextremisierungspotenzial in Berlin 12 Prozent und in Brandenburg 21 Prozent beträgt und damit in der Mark fast doppelt so groß ausfällt wie in Berlin. Zudem ist die Belastungsquote von West- und Ost-Berlin identisch, und auch zwischen dem EVR und dem ÄER Brandenburgs besteht kein Unterschied. Was ist also Besonderes an Gewerkschaftsmitgliedern, dass sie so auffällig vom Bevölkerungsdurchschnitt abweichen? Dass sie insgesamt etwas rechtsextremer orientiert sind, konnte vermutet werden. Dass das nur auf West-Berlin und die Berlin-nahen Gebiete Brandenburgs, nicht aber auf die märkische Peripherie und schon gar nicht auf Ost-Berlin zutrifft, ist – gelinde gesagt – erstaunlich. Dies gilt ebenso für den Befund, dass Gewerkschaftsmitglieder in West-Berlin, wo das Rechtsextremisierungspotenzial der Bevölkerung im Vergleich zu Brandenburg relativ gering ausfällt, die Höhe des märkischen Durchschnittsniveaus erreichen. **Diese Diskrepanz deutet darauf hin, dass gewerkschaftlicher Rechtsextremismus auf besonderen Ursachen beruhen könnte, die nicht (oder nur bedingt) für die Bevölkerung insgesamt bzw. für die Unorganisierten gelten.**

Zur Überprüfung der Ausgangsthesen und zur Beantwortung der eben genannten Fragen stehen uns Variablen aus zwei Bereichen zur Verfügung, aus dem Bereich der Sozialstruktur und aus dem Bereich der politischen Einstellungen.

4. Sozialstruktur und Rechtsextremismus

a) Bevölkerung

Welche sozialen Gruppen sind besonders (also überdurchschnittlich) anfällig für Rechtsextremismus? Leider enthält unsere Umfrage nur die gängigen Sozialstrukturvariablen (Tabelle 9), so dass wir nicht nach Sektoren, Branchen, Tätigkeitsmerkmalen etc. unterscheiden können.

Frauen und Männer sind in beiden Ländern gleichermaßen (jeweils entsprechend dem Landesniveau) durch rechtsextreme Einstellungen geprägt. Bei den Altersgruppen weisen die 55-74jährigen überdurchschnittliche Werte auf. Die 18-24jährigen sind dagegen vergleichsweise selten rechtsextrem eingestellt. Dass Rechtsextremismus kein Jugendphänomen darstellt, ist bekannt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass rassistische Gewalt fast ausschließlich von jungen Leuten ausgeübt wird und dass rechtsextreme Parteien mittlerweile vor allem von den unteren Altersgruppen präferiert werden. Unter den Berufs- bzw. Erwerbsgruppen ragen in beiden Ländern die Arbeitslosen und die Rentner heraus, in Berlin und im EVR Brandenburgs auch die Arbeiter (Tabelle 10). Aus Haushaltseinkommen und Bildung haben wir für alle Befragten die Variable "Schicht" konstruiert. Die Unterschicht ist durch geringe Bildung und geringes Einkommen charakterisiert, die Oberschicht durch hohe Bildung und hohes Einkommen³⁴. In beiden Ländern neigt die Oberschicht deutlich unterdurchschnittlich zur Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen, während die Unterschicht in Brandenburg und in Ost-Berlin (Tabelle 10) den jeweiligen Durchschnittswert um etwa das Anderthalbfache übertrifft.

34 Unterschicht: geringe Bildung (bis Realschulabschluss bzw. Mittlere Reife) und geringes Einkommen (unter DM 2500); Mittelschicht: mittlere Bildung (POS, Fachhochschulreife, Abitur) und mittleres Einkommen (DM 2500 bis unter DM4500); Oberschicht: hohe Bildung (Studium Fachhochschule bzw. Universität) und hohes Einkommen (DM 4500 und mehr).

Tabelle 9: Die Größe des rechtsextremen Einstellungspotenzials bei ausgewählten sozialen Gruppen in Berlin und Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)		
	Berlin	Brandenburg
Geschlecht:		
Männer	12	20
Frauen	11	22
Altersgruppen:		
18-24	8	16
25-34	8	19
35-44	11	18
45-54	7	21
55-64	22	26
65-74	18	31
75-	10	*21
Berufs-/Erwerbsgruppen:		
Arbeitslose	23	37
Arbeiter	24	16
Angestellte	8	19
Beamte	*3	*6
Selbständige	*9	19
Rentner	16	30
Sonst. Nichterwerbspersonen	6	16
Schichten^{a)}:		
Unterschicht	13	30
Mittelschicht	12	20
Oberschicht	4	11
Alle Befragten	12	21

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

a) Konstruiert aus Bildung und Haushaltseinkommen (vgl. Anm. 34).

Tabelle 10: Die Größe des rechtsextremen Einstellungspotenzials bei Berufs- bzw. Erwerbsgruppen und bei Schichten in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Berufs-/Erwerbsgruppen:				
Arbeitslose	23	23	39	37
Arbeiter	24	22	29	11
Angestellte	8	8	15	21
Rentner	15	17	21	33
Sonst. Nichterwerbspersonen	5	7	21	14
Schichten^{a)}:				
Unterschicht	11	17	28	31
Mittelschicht	13	11	21	20
Oberschicht	*3	6	12	10
Alle Befragten	11	12	21	22

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

a) Konstruiert aus Bildung und Haushaltseinkommen (vgl. Anm. 34).

Als besonders anfällig für Rechtsextremismus erweisen sich grosso modo Arbeitslose, Arbeiter und Rentner bzw. Personen, die der Unterschicht angehören. Die anderen sozialen Gruppen, die hier betrachtet wurden, sind jedoch nicht frei von derartigen Einstellungen. Bei den Angestellten beträgt das rechtsextreme Einstellungspotenzial in Berlin immerhin 8 Prozent und in Brandenburg 19 Prozent, bei den Selbständigen *9 bzw. 19 Prozent (Tabelle 9).

Zu fast demselben Ergebnis gelangt man, wenn nicht die Einstellungspotenziale bei den verschiedenen sozialen Gruppen miteinander verglichen werden, sondern die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung mit der des rechtsextremen Einstellungspotenzials. Tabelle 11 berichtet zunächst die Sozialstruktur der vier Untersuchungsgebiete, aufgeschlüsselt zunächst nach Berufs- bzw. Erwerbsgruppen und dann nach Schichten. Es

wir erkennbar, dass sich die vier Gebiete durchaus voneinander unterscheiden. So beträgt der Anteil der Arbeitslosen im EVR Brandenburgs 7 Prozent, im ÄER aber 11 Prozent (mehr als das Anderthalbfache). In West-Berlin sind 10 Prozent der (wahlberechtigten) Bevölkerung Arbeiter, im ÄER 18 Prozent. Der Anteil der Angestellten schwankt zwischen 19 Prozent (ÄER) und 29 Prozent (Ost-Berlin). Besonders plastisch treten die Besonderheiten bei der Schichtung zutage: Im Berlin-nahen Bereich Brandenburgs macht der Anteil der Oberschicht 30 Prozent aus, in der märkischen Peripherie dagegen ganze 19 Prozent. In West-Berlin ist der Anteil der Unterschicht an der Bevölkerung größer als in Ost-Berlin, dafür ist dort der Anteil der Oberschicht größer als im Westteil der Stadt.

Tabelle 11: Die Untersuchungsgebiete der Region Berlin – Brandenburg nach Berufs- bzw. Erwerbsgruppen sowie nach Schichten im Mai/Juni 2000 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Berufs-/Erwerbsgruppen:				
Arbeitslose	8	9	7	11
Arbeiter	10	12	15	18
Angestellte	23	29	27	19
Beamte	5	3	3	2
Selbständige	5	4	5	3
Rentner	25	21	22	24
Sonst. Nichterwerbspersonen	25	23	22	22
Schichten^{a)}:				
Unterschicht	54	46	42	50
Mittelschicht	26	28	29	31
Oberschicht	20	26	30	19

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

a) Konstruiert aus Bildung und Haushaltseinkommen (vgl. Anm. 34).

Tabelle 12: Die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung und des rechtsextremen Einstellungspotenzials nach Berufs- bzw. Erwerbsgruppen sowie nach Schichten in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 - Differenz Werte rechtsextremes Einstellungspotenzial minus Werte Bevölkerung (Prozentpunkte)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Berufs-/Erwerbsgruppen:				
Arbeitslose	+8	+5	+5	+6
Arbeiter	+11	+9	+6	-9
Angestellte	-7	-11	-6	+1
Beamte*	-5	-1	-3	-1
Selbständige*	0	-2	-2	0
Rentner	+5	+8	-3	+11
Sonst. Nichterwerbspersonen	-13	-9	+2	-7
Schichten^{a)}:				
Unterschicht	+4	+16	+12	+14
Mittelschicht	+9	-2	0	-3
Oberschicht	-13	-14	-13	-11

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

a) Konstruiert aus Bildung und Haushaltseinkommen (vgl. Anm. 34).

Lesebeispiel: In West-Berlin beträgt der Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung 8 Prozent (Tabelle 11). Der Anteil der Arbeitslosen am rechtsextremen Einstellungspotenzial in West-Berlin macht dagegen 16 Prozent aus (ohne Tabelle). Die Differenz beträgt, wie hier in der Tabelle ausgewiesen, +8 Prozentpunkte. Die Arbeitslosen sind in West-Berlin mithin überdurchschnittlich am rechtsextremen Einstellungspotenzial beteiligt. Dies gilt auch für Ost-Berlin, wo die Differenz aber nur +5 Prozentpunkte beträgt, ebenso wie im EVR. Im ÄER macht sie +6 Prozentpunkte aus.

Positive Werte bedeuten also, dass die jeweiligen Gruppen am rechtsextremen Einstellungspotenzial überdurchschnittlich beteiligt sind, negative Werte bedeuten, dass die Gruppen unterdurchschnittlich beteiligt sind.

Rundungsbedingt addieren sich die positiven und negativen Werte nicht immer auf Null.

Nun vergleichen wir die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung mit der sozialstrukturellen Zusammensetzung des rechtsextremen Einstellungspotenzials in den vier Untersuchungsgebieten. Tabelle 12 enthält *nicht* die Prozentangaben für die Zusammensetzung der Potenziale in den Gebieten. Sie gibt vielmehr Auskunft darüber, in welchem Umfang (in Prozentpunkten) die sozialstrukturelle Zusammensetzung des rechtsextremen Einstellungspotenzials von der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung abweicht. Positive Werte in Tabelle 12 bedeuten also, dass die entsprechende soziale Gruppe um die angegebenen Prozentpunkte stärker am rechtsextremen Einstellungspotenzial beteiligt ist als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht.

Arbeitslose, Arbeiter (bis auf den ÄER) und Rentner (bis auf den EVR) sowie Angehörige der Unterschicht (in West-Berlin auch der Mittelschicht) sind – gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil – überdurchschnittlich am rechtsextremen Einstellungspotenzial vertreten. Die übrigen sozialen Gruppen sind unterdurchschnittlich beteiligt (positive und negative Abweichungen heben sich gegenseitig auf). Arbeitslose, Arbeiter und Rentner bzw. Angehörige der Unterschicht können mithin als hauptsächliche **"soziale Träger" des Rechtsextremismus in Berlin - Brandenburg** bezeichnet werden (dies gilt grosso modo für die Republik insgesamt). Aber dies sagt wenig darüber aus, warum rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg häufiger anzutreffen sind als in Berlin.

Wenn Sozialstruktur einen erkennbaren Einfluss auf die Verbreitung von Rechtsextremismus hätte, müssten beispielsweise die für Rechtsextremismus besonders anfälligen sozialen Gruppen in den Untersuchungsgebieten stark vertreten sein, in denen das Rechtsextremismuspotenzial überdurchschnittlich hoch ausfällt. Aus Tabelle 11 lässt sich die Sozialstruktur der vier Untersuchungsgebiete entnehmen. Sie unterscheidet sich zwischen Berlin und Brandenburg allerdings nicht so deutlich, dass man daraus Hinweise auf den beträchtlichen Potenzialunterschied zwischen beiden Ländern (12% zu 21%) ableiten könnte. Dies gilt entsprechend für einen Vergleich der vier Untersuchungsgebiete. So leben im ÄER Brandenburgs beispielsweise mehr (für Rechtsextremismus besonders anfällige) Arbeitslose, Arbeiter und Rentner als im EVR, dennoch ist das Einstellungspotenzial im ÄER genauso groß wie im EVR. Wenn der statistische Zusammenhang (Korrelation)³⁵ zwischen dem Beruf der Befragten und ihrer Zugehörigkeit zum rechtsextremen Einstel-

35 Zur Bedeutung des Begriffs Korrelation siehe unten Kap. 5i, S. 92ff.

lungspotenzial gemessen wird, ergeben sich kaum signifikante Werte. Und wenn dies ausnahmsweise doch zutrifft, dann fallen sie außerordentlich gering aus. Allein mit der Schichtvariable werden Beziehungen erkennbar (vor allem im EVR, ÄER und in Ost-Berlin, schwächer in West-Berlin): Je niedriger die Schicht, desto höher die Werte auf der Rechtsextremismus-Skala. Das unterschiedliche Potenzialniveau in Berlin und Brandenburg lässt sich damit allerdings auch nicht erklären.

Die hier verwendeten sozialstrukturellen Variablen taugen mithin kaum zur Aufdeckung der Ursachen von Rechtsextremismus in der Region. Entscheidend für die Verbreitung rechtsextremer Orientierungen ist offensichtlich nicht die Präsenz ihrer hauptsächlich "sozialen Träger". **Denn alle hier analysierten sozialen Gruppen sind - insbesondere in Berlin und Brandenburg - unterschiedlich anfällig für Rechtsextremismus.** Die Ursache für diese unterschiedliche Anfälligkeit muss folglich jenseits der Sozialstruktur gesucht werden, vor allem im Bereich von politischen Einstellungen und Wertorientierungen (andere Möglichkeiten bietet unsere Umfrage nicht).

Dies gilt freilich mit der Einschränkung, dass unser Datensatz nur die sozialstrukturelle Routine, aber keine differenzierte Palette von Variablen enthält, die eine subtilere Analyse der sozialen Lage der Befragten, ihres Tätigkeitsbereichs (Branche, technologische Ausstattung des Arbeitsplatzes, Qualifikationsanforderungen etc.) und ihrer Perspektiven im globalen Wettbewerb ermöglichen würde. Derartige Informationen wären notwendig, um die These zu überprüfen, dass Modernisierungsverlierer besonders zu Rechtsextremismus neigen.

b) Gewerkschaftsmitglieder

Wir hatten am Ende des dritten Kapitels festgestellt, dass die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern in der Region eklatant von dem Bevölkerungsmuster abweicht, dass die Spiegelbildthese – jedenfalls unter geografischen Gesichtspunkten – nur teilweise zutrifft, und die Frage gestellt, welche Besonderheiten die Gewerkschafter prägen, dass sie sich so auffällig vom Durchschnitt der Befragten unterscheiden.

Auf der Suche nach Besonderheiten betreten wir zunächst die sozialstrukturelle Ebene. Denn es ist hinlänglich bekannt, dass Gewerkschaftsmitglieder nicht die Sozialstruktur der Gesellschaft insgesamt abbilden. Dies liegt vor allem daran, dass sie in erster Linie Erwerbspersonen (also Erwerbstätige und Erwerbslose³⁶) organisieren. Unsere bisherigen Untersuchungen zum Verhältnis von Sozialstruktur und Rechtsextremismus lassen es zwar als wenig aussichtsreich erscheinen, dass wir auf diesem Gebiet fündig werden, zumal uns die zur Verfügung stehenden Fallzahlen enge Grenzen bei den Analysen setzen. Um die Immunisierungsthese, die Anziehungsthese, die Modernisierungsverliererthese und die Spiegelbildthese zu überprüfen, ist dieser Untersuchungsschritt allerdings unverzichtbar.

Vorab einige allgemeine Hinweise: Wir hatten bereits dargestellt (Tabelle 2), dass 15 Prozent der Befragten in der Region gewerkschaftlich organisiert sind (Berlin: 16%; Brandenburg: 14%). Vergleicht man die vier Untersuchungsgebiete, dann ist der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder in West-Berlin am größten (16%) und im EVR Brandenburgs am geringsten (12%). Ost-Berlin und der ÄER liegen mit jeweils 15 Prozent in der Mitte. Der Anteil der Gewerkschaftshaushalte variiert noch weniger (zwischen 20% und 22%). Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der (wahlberechtigten) Bevölkerung unterscheidet sich in der Region also nicht so stark, dass daraus irgendwelche sozialstrukturell fundierten Schlussfolgerungen auf die Verteilung von rechtsextremen Einstellungen gezogen werden könnten.

Tabelle 13 weist aus, dass sich die Mitgliederschaft der Gewerkschaften in Berlin-Brandenburg im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt (die Umfrage bezieht sich nur auf *wahlberechtigte* Personen!) überdurchschnittlich aus Arbeitslosen, Arbeitern, Angestellten und Beamten zusammensetzt. Dabei wird die Toleranzmarge der allgemeinen Spiegelbildthese stets überschritten. Selbständige sind offenbar leicht, Rentner deutlicher und die übrigen Nichterwerbspersonen³⁷ sind stark unterrepräsentiert. **In sozialstruktureller Hinsicht stellen die Gewerkschaften also kein Abbild der Gesellschaft dar.**

36 Der Unterschied zwischen Erwerbslosen und Arbeitslosen (Erwerbslose nehmen nicht unmittelbar am Erwerbsleben teil, suchen aber eine Erwerbstätigkeit. Dabei ist unerheblich, ob sie bei einem Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet sind und dann zu den Arbeitslosen zählen.) kann hier vernachlässigt werden, weil er den Befragten zumeist unbekannt sein dürfte.

37 Schüler, Studenten, Hausfrauen bzw. -männer etc.

Tabelle 13: Gewerkschaftsmitglieder nach Berufs- bzw. Erwerbsstatus in Berlin, Brandenburg und in der Region insgesamt im Vergleich zur Bevölkerung in der Region Berlin-Brandenburg insgesamt im Mai/Juni 2000 (%)

	Gewerkschaftsmitglieder			Bevölkerung
	Berlin	Brandenburg	Insgesamt	
Arbeiter	18	20	19	13
Angestellte	39	37	38	24
Beamte	9	6	8	3
Selbständige	3	*2	3	4
Arbeitslose	12	11	12	9
Rentner	14	22	17	23
Sonst. Nichterwerbspers.	6	3	4	23

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

Tabelle 14: Gewerkschaftsmitglieder nach Berufs- bzw. Erwerbsstatus in Berlin, Brandenburg und in der Region insgesamt im Vergleich zur Bevölkerung in der Region Berlin-Brandenburg insgesamt im Mai/Juni 2000 (%) - Nur Erwerbspersonen!

	Gewerkschaftsmitglieder			Bevölkerung
	Berlin	Brandenburg	Insgesamt	
Arbeiter	22	27	24	25
Angestellte	48	49	48	44
Beamte	11	8	10	6
Selbständige	4	*2	3	8
Arbeitslose	15	14	15	17

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

Bei der Überrepräsentanz der genannten Berufsgruppen unter den organisierten Arbeitnehmern der Region stechen die Beamten hervor. Im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil (3%) beträgt ihr Anteil an den Gewerkschaftsmitgliedern nahezu das Dreifache (9%). Arbeiter und Angestellte sind unter den Gewerkschaftsmitgliedern grosso modo anderthalb Mal so häufig anzutreffen, wie in der Bevölkerung, am schwächsten fällt die Überrepräsentanz der Arbeitslosen aus (Bevölkerungsanteil 9%, Gewerkschaftsanteil 12%).

Dies gilt mehr oder weniger gleichermaßen für die Gewerkschaften in Berlin und Brandenburg. Allerdings ist in Berlin der Anteil der Beamten an der Mitgliedschaft der Gewerkschaften höher als in Brandenburg, dort fällt dagegen der enorme Rentneranteil auf. Insgesamt besteht jedoch eine große Übereinstimmung in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder in beiden Ländern: Die Angestellten bilden mit jeweils knapp 40 Prozent die weitaus stärkste Mitgliedergruppe. Es folgen in deutlichem Abstand die Arbeiter mit einem Anteil von jeweils ca. 20 Prozent. Das drittgrößte Mitgliedersegment stellen die Rentner dar (mit 14% in Berlin und 22% in Brandenburg, im Schnitt 17%), das viertgrößte mit 11 bzw. 12 Prozent die Arbeitslosen.

52 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in der Region sind Männer, 48 Prozent Frauen. In Berlin beziffert sich der Männeranteil auf 55 Prozent, in Brandenburg auf 48 Prozent. Folglich bilden Frauen unter den märkischen Gewerkschaftsmitgliedern eine (geringfügige) Mehrheit. Da Gewerkschaften vor allem Erwerbspersonen organisieren, sind unter ihren Mitgliedern die 35-64jährigen im Vergleich zur Bevölkerung überrepräsentiert, die 18-34jährigen und die über 64 Jahre alten Personen unterrepräsentiert (ohne Tabelle).

Tabelle 14 klammert die (gewerkschaftlich schwach organisierten) Nichterwerbspersonen aus der Analyse aus und betrachtet nur die Erwerbspersonen, die nun als Prozentuierungsbasis (= 100%) dienen. Aus dieser Perspektive schmilzt der Unterschied zwischen der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung und der der Gewerkschaftsmitglieder in der Region ein, ohne dass er jedoch völlig verschwindet. Arbeiter, Angestellte und Arbeitslose sind jetzt nahezu proportional vertreten. Deutliche Unterschiede bestehen nach wie vor bei den Beamten und den Selbständigen: Erstere bleiben über-, letztere unterrepräsentiert. (Daher gilt die allgemeine Spiegelbildthese auch nicht mit Blick auf die Erwerbspersonen.) Allerdings handelt es sich in beiden Fällen um relativ kleine Gruppen (insgesamt 14% der Erwerbspersonen und 7% der Bevölkerung). Bei den Altersgruppen

verringern sich jetzt die Unterschiede, weil die Befragten ab 65 Jahre aufwärts ausgeklammert sind. Insbesondere die 18-24jährigen, aber auch die 25-34jährigen sind unter den Gewerkschaftsmitgliedern immer noch vergleichsweise schwach repräsentiert. Der Frauenanteil an den gewerkschaftlich organisierten Erwerbspersonen beträgt 43 Prozent und ist damit um 5 Prozentpunkte geringer als bei allen Gewerkschaftsmitgliedern (ohne Tabelle).

Tabelle 15: Der Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern an den Berufs- bzw. Erwerbsgruppen und an den Schichten in Berlin, Brandenburg und in der Region insgesamt im Mai/Juni 2000 (%)			
	Berlin	Brandenburg	Insgesamt
Einfache Arbeiter	23	*4	13
Facharbeiter	29	19	23
Einfache Angestellte	21	22	22
Verantwortliche Angestellte	28	25	27
Beamte	35	35	35
Selbständige	10	*6	9
Arbeitslose	23	16	19
Rentner	9	13	11
Sonst. Nichterwerbspers.	4	*2	3
Unterschicht	12	14	13
Mittelschicht	17	17	17
Oberschicht	20	20	20
Alle Befragten	16	14	15

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

Der **gewerkschaftliche Organisationsgrad** der Berufs- bzw. Erwerbsgruppen und der Schichten kann aus Tabelle 15 entnommen werden. An der Spitze stehen die Beamten, die in der Region zu 35 Prozent organisiert sind. Es folgen die verantwortlichen Angestell-

ten (27%), die Facharbeiter (23%), die einfachen Angestellten (22%) und die Arbeitslosen (19%). Mit Blick auf den durchschnittlichen Organisationsgrad der Bevölkerung (in Tabelle 15: "Alle Befragten") neigen die einfachen Arbeiter, die Rentner, die Selbständigen und die sonstigen Nichterwerbspersonen in der Region Berlin - Brandenburg unterdurchschnittlich zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. In den aus Bildung und Einkommen konstruierten Schichten erweist sich die Oberschicht als besonders gut organisiert, die Werte für die Mittelschicht liegen wenig über dem Durchschnitt, die der Unterschicht fallen leicht unterdurchschnittlich aus (hoher Anteil an Nichterwerbspersonen).

Vergleicht man den Organisationsgrad in beiden Ländern, dann erweist sich die märkische Arbeiterschaft als relativ abstinent. Dies ist schon deshalb bemerkenswert, weil der Anteil der Arbeiter an der (wahlberechtigten) Bevölkerung in Brandenburg 17 Prozent, an der Berliner dagegen nur 10 Prozent ausmacht. Auch die Arbeitslosen sind in Brandenburg vergleichsweise organisationsscheu, dafür sind die märkischen Rentner besser organisiert als die Berliner.

Halten wir fest: **Wenn auch die Gewerkschaften kein Abbild der Bevölkerung darstellen, so deuten doch weder die soziale Zusammensetzung ihrer Mitglieder noch der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Erwerbs- bzw. Berufsgruppen und der Schichten darauf hin, dass Gewerkschaften primär soziale Gruppen organisieren, die besonders zu rechtsextremen Einstellungen neigen.** Sie organisieren ebenso Gruppen, die sich als relativ abstinent erweisen.

Die Daten zur Überprüfung der Immunisierungsthese, der Anziehungsthese und der Spiegelbildthese können aus Tabelle 16 entnommen werden. Dort wird die Anfälligkeit für Rechtsextremismus von ausgewählten sozialen Gruppen der Bevölkerung mit den entsprechenden Gruppen von Gewerkschaftsmitgliedern verglichen. Die Prozentpunktedifferenz zwischen Mitgliedern und Bevölkerung für jede Untersuchungsgruppe ist in der Spalte "Mit ./.. Bev" aufgeführt. Nach der (speziellen) Spiegelbildthese sollten Gewerkschafter genau so anfällig für Rechtsextremismus sein wie Nicht-Mitglieder (Toleranz +/- 20%). Die Immunisierungsthese trifft zu, wenn die Anfälligkeit einer Gruppe von Gewerkschaftsmitgliedern für Rechtsextremismus um wenigstens 20 Prozent geringer ist als die Anfälligkeit der entsprechenden Bevölkerungsgruppe und wenn sie darüber hinaus um wenigstens 20 Prozent unter dem Durchschnitt der Anfälligkeit aller Gewerkschaftsmitglieder liegt. Verhält

es sich umgekehrt, dann gilt die Anziehungsthese. Sie trifft zu, wenn die Anfälligkeit einer Gruppe von Gewerkschaftsmitgliedern für rechtsextreme Einstellungen um wenigstens 20 Prozent höher ausfällt als die Anfälligkeit der entsprechenden Bevölkerungsgruppe und wenn sie zudem um wenigstens 20 Prozent über dem Durchschnitt der Anfälligkeit aller Gewerkschaftsmitglieder liegt. Die Immunisierungsthese und die Anziehungsthese gelten also, wenn jeweils zwei Kriterien erfüllt sind: die deutliche Abweichung von der entsprechenden Bevölkerungsgruppe und die deutliche Abweichung vom Gewerkschaftsdurchschnitt (jeweils +/- ein Fünftel).

Insgesamt verfügen Gewerkschaftsmitglieder beim rechtsextremen Einstellungspotenzial in der Region über einen (bescheidenen) Vorsprung von 2 Prozentpunkten gegenüber Nicht-Mitgliedern bzw. der Bevölkerung. Das hatten wir bereits gezeigt (Tabelle 7), dabei allerdings erhebliche regionale Unterschiede konstatiert: In West-Berlin und im EVR sind Mitglieder häufiger rechtsextrem eingestellt als Nicht-Mitglieder, in Ost-Berlin und im ÄER verhält es sich umgekehrt. Leider ist es uns in Ermangelung hinreichender Fallzahlen nicht möglich, neben unterschiedlichen sozialen Gruppen auch noch die vier Untersuchungsgebiete zu berücksichtigen.

Die Daten in der Spalte "Mit ./ Bev" der Tabelle 16, also die Gruppendifferenzen von Mitgliedern und Bevölkerung, zeigen, dass in den meisten Fällen (in 11 von 19) die Toleranzmarge der speziellen Spiegelbildthese überschritten oder wenigstens doch voll ausgeschöpft wird, auch wenn wegen geringer Fallzahlen gelegentlich Unsicherheiten bestehen. Ob auch das zweite von der Immunisierungsthese und von der Anziehungsthese geforderte Kriterium erfüllt ist, kann der Spalte "Mit ./ Durch" in Tabelle 16 entnommen werden. Hier sind für jede Untersuchungsgruppe die Prozentpunktdifferenzen zum durchschnittlichen Rechtsextremismuspotenzial bei gewerkschaftlich organisierten Befragten (18%) aufgelistet. Das zweite Kriterium wird in sieben von 11 Fällen erreicht, wobei wiederum Fallzahlenmängel bestehen.

Tabelle 16: Die Größe des rechtsextremen Einstellungspotenzials bei ausgewählten sozialen Gruppen in der Bevölkerung und bei Gewerkschaftsmitgliedern (%) sowie Differenz Gruppenwerte Gewerkschaftsmitglieder minus Gruppenwerte Bevölkerung (Mit ./ . Bev) und Differenz Gruppenwerte Gewerkschaftsmitglieder minus Durchschnittswerte Gewerkschaftsmitglieder (Mit ./ . Durch) (jeweils in Prozentpunkten) in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000

Soziale Gruppen	Bevölkerung	Mitglieder	Mit. ./ . Bev.	Mit. ./ . Durch
Geschlecht:				
Männer	16	17	+1	-1
Frauen	17	19	+2	+1
Altersgruppen:				
18-24	13	*17	*+4	*-1
25-34	11	24	+13	+6
35-44	15	12	-3	-6
45-54	14	13	-1	-5
55-64	24	29	+5	+11
65-74	25	**18	(-7)	(0)
75-	15	*20	*+5	*+2
Berufs-/Erwerbsgruppen:				
Arbeitslose	30	37	+7	+19
Arbeiter	19	23	+4	+5
Angestellte	13	14	+1	-4
Beamte	*4	**4	(0)	(-14)
Selbständige	11	*14	*+3	*-4
Rentner	22	22	0	+4
Sonst. Nichterwerbspersonen	10	**7	(-3)	(-11)
Schichten^{a)}:				
Unterschicht	20	23	+3	+5
Mittelschicht	16	15	-1	-3
Oberschicht	7	5	-2	-13
Alle Befragten	16	18	+2	0

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

a) Konstruiert aus Bildung und Haushaltseinkommen (vgl. Anm. 34).

* Geringe Fallzahlen.

** Gewerkschaftshaushalte.

() nur bedingt vergleichbar.

Forts. Legende nächste Seite.

Forts. Legende Tabelle 16:

Lesebeispiel: 16 Prozent aller Männer und 17 Prozent aller männlichen Gewerkschaftsmitglieder sind rechtsextrem eingestellt. Die Differenz der Gruppenwerte (Mitglieder minus Bevölkerung) beträgt mithin +1. Da insgesamt 18 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder zum rechtsextremen Einstellungspotenzial zählen, die Gewerkschaftsmänner aber nur zu 17 Prozent rechtsextrem eingestellt sind, macht die Differenz zwischen dem Gruppenwert und dem Durchschnittswert -1 aus. Für Männer trifft also die Bedingung der Spiegelbildthese zu (Tabelle 17).

In Tabelle 17 sind unsere Ergebnisse im Überblick dargestellt: Die Spiegelbildthese trifft auf acht Gruppen von Gewerkschaftsmitgliedern zu (wobei geringe Fallzahlen 1 Fragezeichen erzwingen), die Anziehungsthese auf vier Gruppen, die Immunisierungsthese auf drei Gruppen (1 Fragezeichen), und vier Untersuchungsgruppen lassen sich mangels hinreichender Datenbasis nicht zuordnen.

Die **Immunisierungsthese** gilt für die gewerkschaftlich organisierte Oberschicht, für Gewerkschafter im Alter von 35 bis 44 Jahren und möglicherweise auch für die sonstigen Nichterwerbspersonen. Die **Anziehungsthese** trifft auf arbeitslose Gewerkschafter und auf ihre Arbeiter-Kollegen, sowie auf die 25-34jährige und auf 55-64jährige Gewerkschaftsmitglieder zu. Die Ergebnisse der Studie von Held, Horn und Marvakis, die eine besondere Attraktivität der Gewerkschaften für junge Leute postulieren, bestätigen sich zwar nicht, können aber auch nicht als widerlegt angesehen werden, da es uns aus den erwähnten Gründen leider nicht möglich ist, ihre Befunde umfassend zu replizieren. Die Bedingungen der **Spiegelbildthese** erfüllen folgende gewerkschaftlich gebundene Untersuchungsgruppen: Männer, Frauen, 45-54jährige, Angestellte, Beamte (?), Rentner sowie Organisierte, die der Unterschicht oder der Mittelschicht zuzurechnen sind.

Nun zur **Modernisierungsverliererthese**: Als "potenzielle Modernisierungsverlierer" sollen unter sozialstrukturellen Gesichtspunkten die Mitglieder der Unterschicht gelten. Dabei handelt es sich vor allem um Arbeitslose, um einfache Arbeiter und einfache Angestellte, teilweise auch um Facharbeiter und um Rentner. Die Arbeitslosen bilden die Untersuchungsgruppe, die weitaus am stärksten für Rechtsextremismus anfällig ist – nämlich zu 30 Prozent. Die organisierten Arbeitslosen bringen es sogar auf 37 Prozent. Gemessen am Durchschnittswert für alle Gewerkschafter bedeutet das ein "Surplus" von 19 Prozentpunkten (Tabelle 16). Da arbeitslose Gewerkschafter auch, wie gefordert, überdurch-

schnittlich organisiert sind (Tabellen 13, 15), erfüllen sie beide Modernisierungsverliererkriterien in vollem Umfang.

Tabelle 17: Soziale Gruppen (wie in Tab. 16) und Ausgangsthese in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000	
Männer	Spiegelbildthese
Frauen	Spiegelbildthese
18-24	Keine Zuordnung möglich?
25-34	Anziehungsthese
35-44	Immunsierungsthese
45-54	Spiegelbildthese
55-64	Anziehungsthese
65-74	Keine Zuordnung möglich?
75-	Keine Zuordnung möglich?
Arbeitslose	Anziehungsthese
Arbeiter	Anziehungsthese
Angestellte	Spiegelbildthese
Beamte	Spiegelbildthese?
Selbständige	Keine Zuordnung möglich?
Rentner	Spiegelbildthese
Sonst. Nichterwerbspers.	Immunsierungsthese?
Unterschicht	Spiegelbildthese
Mittelschicht	Spiegelbildthese
Oberschicht	Immunsierungsthese

? Wegen geringer Fallzahlen nur Vermutung.

Entsprechende Betrachtungen für einfache Arbeiter und Angestellte lassen sich mangels ausreichender Fallzahlen bedauerlicherweise nicht durchführen. Jedenfalls erweisen sich einfache Arbeiter anfälliger für Rechtsextremismus als Facharbeiter (24% zu 18%) und einfache Angestellte anfälliger als verantwortliche Angestellte (16% zu 8%). Während sich die gewerkschaftlich organisierten einfachen und verantwortlichen Angestellten hinsichtlich ihrer Anfälligkeit für Rechtsextremismus nicht unterscheiden (jeweils 14%), scheinen die einfachen Arbeiter unter den Gewerkschaftsmitgliedern extrem zugänglich für Rechtsex-

tremismus zu sein, mehr noch als arbeitslose Gewerkschafter. Diese Aussage stützt sich allerdings – wie erwähnt – auf geringe Fallzahlen. Während jedoch die Arbeitslosen überdurchschnittlich organisiert sind, liegt der Organisationsgrad der einfachen Arbeiter unter dem Durchschnitt (ohne Tabelle). Überdies beträgt ihr Anteil an den Gewerkschaftsmitgliedern in der Region ganze 2 Prozent.

Auch wenn wir als (potenzielle) Modernisierungsverlierer die Unterschicht heranziehen, kommen wir hinsichtlich der Modernisierungsverliererthese nicht zu überzeugenden Ergebnissen. Zwar ist die Unterschicht überdurchschnittlich anfällig für Rechtsextremismus. Mit 20 Prozent in der Region³⁸ übertrifft sie den Bevölkerungsdurchschnitt (16%) um immerhin ein Viertel. Allerdings trifft die mit der Modernisierungsverliererthese verknüpfte Anforderung nicht zu, dass sich unter den Gewerkschaftsmitgliedern relativ viele Unterschichtangehörige befinden. Sowohl der Organisationsgrad ist unterdurchschnittlich (Tabelle 15) als auch der Mitgliederanteil: Während 49 Prozent der Bevölkerung in der Region der Unterschicht zuzurechnen sind, beträgt der Anteil der Unterschicht an den Gewerkschaftsmitgliedern nur 41 Prozent. Diese Unterrepräsentanz besteht in allen vier Untersuchungsgebieten.

Fazit: Die Sozialstrukturanalyse liefert kaum empirische Evidenz zugunsten der Modernisierungsverliererthese.

Die am Ende des vorigen Kapitels mitgeteilten Zwischenbefunde können nun ergänzt und präzisiert werden:

- **Die These, dass Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich der Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen, trifft unter *regionalen* und *sozialstrukturellen* Gesichtspunkten wohl eher auf die großen Aggregate zu: Bundesrepublik insgesamt, Region Berlin – Brandenburg insgesamt, Männer, Frauen.**
- **Bei der Betrachtung von speziellen Gebieten oder einzelnen sozialen Gruppen ergibt sich ein differenziertes Bild. Teilweise gilt die Spiegelbildthese, teilweise aber auch die Immunisierungsthese und die Anziehungsthese. Nur für die Mo-**

38 Regionale Unterschiede sind aus den Tabellen 9 und 10 ersichtlich.

dernisierungsverliererthese haben wir bislang keine überzeugende Bestätigung gefunden.

- Die bisherigen Analysen bestätigen, dass Teilbereiche der gewerkschaftlichen Basis relativ resistent gegenüber Rechtsextremismus sein können. Dabei handelt es sich vor allem um Gewerkschaftsmitglieder mit hoher Qualifikation und gutem Einkommen (Oberschicht). Umgekehrt ziehen Gewerkschaften besonders solche Rechtsextremisten an, die arbeitslos oder als (einfache) Arbeiter tätig sind. Dabei ist allerdings hervorzuheben, dass kein nennenswerter statistischer Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Variablen, Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft und Anfälligkeit für Rechtsextremismus besteht.
- Sowohl die regionale Verteilung von rechtsextremen Einstellungspotenzialen als auch die Anfälligkeit sozialer Gruppen für Rechtsextremismus legen die Vermutung nahe, dass keine der Ausgangsthesen für sich beanspruchen kann, die Realität hinreichend zu erfassen. Dies gelingt offenbar nur mit einem - wie auch immer strukturierten - Mix aus allen Thesen.

Die Sozialstrukturanalyse eignet sich zwar zum Vergleich der Anfälligkeit unterschiedlicher sozialer Gruppen für Rechtsextremismus. Sie liefert allerdings keine Erkenntnisse darüber, warum in den vier Untersuchungsgebieten unterschiedlich hohe Einstellungspotenziale existieren. Was für die Bevölkerung in der Region Berlin – Brandenburg bereits festgestellt wurde, gilt offenbar auch für Gewerkschaftsmitglieder: **Sozialstruktur taugt nicht zur Erklärung von Rechtsextremismus**. Denn die in die Analyse einbezogenen sozialen Gruppen erweisen sich, je nach Diskriminierungsvariable (Untersuchungsgebiete, Gewerkschaftsmitglieder, Nicht-Mitglieder) als unterschiedlich anfällig für Rechtsextremismus. Das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen ist also kaum, jedenfalls nicht hauptsächlich, von der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe abhängig. (Auch hier muss die Einschränkung wiederholt werden, dass unser Datensatz nur beschränkte Analysemöglichkeiten bietet. Möglicherweise ergäbe sich ein differenzierteres Bild, wenn zwischen "einfachen" Gewerkschaftsmitgliedern und Funktionären, verschiedenen Branchen etc. unterschieden wird.)

Dass wir überhaupt Sozialstrukturanalysen durchgeführt haben, liegt daran, dass die zu überprüfenden Thesen explizit oder implizit sozialstrukturelle Zusammenhänge behaupten.

Das ist aber nicht zwingend. Mit Ausnahme der Urheberthese lassen sich die Thesen auch auf Bevölkerungsgruppen anwenden, die nicht durch soziale Merkmale gekennzeichnet sind, sondern durch gemeinsame Einstellungen oder Wertorientierungen. Warum sollten es nicht (auch und vor allem) Mentalitäten oder Persönlichkeitsmerkmale sein, die das Verhältnis von Gewerkschaften und Rechtsextremismus oder die regionale Verbreitung von rechtsextremen Einstellungspotenzialen beeinflussen oder gar bestimmen?

Wir werden uns daher im folgenden Abschnitt mit den Einstellungen und Wertorientierungen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern befassen.

5. Wertorientierungen, Einstellungen und Rechtsextremismus

In diesem Kapitel werden die Ausgangsthesen anhand von Wertorientierungen und Einstellungen überprüft. Gleichzeitig werden wir auch der Frage nachgehen, ob die Verbreitung von Rechtsextremismus bei Organisierten und Nicht-Organisierten durch spezielle Wertorientierungen und Einstellungen begünstigt wird.

Wie hatten anfangs daran erinnert, dass es beim Verhältnis von Gewerkschaften und Rechtsextremismus um den institutionellen Rechtsextremismus einer Organisation geht, die nicht nur eine Interessenvertretung von Arbeitnehmern sein will, sondern darüber hinaus allgemeinpolitische Reformen anstrebt und sich dabei von speziellen Werten leiten lässt. Daher ist zu erwarten, dass Gewerkschaften spezifische Werte und Einstellungen vermitteln bzw. anziehen, andere dagegen abstoßen. Demnach wären die Gewerkschaften kein Spiegelbild der Gesellschaft. Wenn sich die Spiegelbildthese allerdings als zutreffend erweisen sollte, wäre zu klären, ob Gewerkschaftsmitglieder nur rechtsextreme Einstellungen reflektieren (spezielle Spiegelbildthese) oder ob ihre Mentalität generell mit der der Nicht-Mitglieder korrespondiert (allgemeine Spiegelbildthese). Sollte sich ersteres als richtig herausstellen, muss der Frage nachgegangen werden, worauf dieser Sonderfall beruht.

a) Wertorientierungen der Bevölkerung und der Gewerkschaftsmitglieder

Wir werden uns daher zunächst mit dem Problem befassen, ob sich die **Wertorientierungen** der Gewerkschaftsmitglieder von denen der Bevölkerung unterscheiden. Dabei bedienen wir uns eines Modells, das die Wertorientierungen der bundesdeutschen Gesellschaft hoch abstrakt abbildet. Unter Werten versteht man **Konzeptionen des Wünschenswerten**, die die Selektion zwischen Handlungsalternativen, -mitteln und -zielen steuern. Es handelt sich um **relativ stabile und weithin situationsunabhängige Überzeugungen**, die das menschliche Verhalten regeln. In unserem Kontext geht es um *politische* Werte: Sie beziehen sich auf die Beurteilung von politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen, Politiken und Zielen.

Das hier verwandte Modell³⁹ geht davon aus, dass moderne Industriegesellschaften durch zwei Wertkonflikte geprägt sind. Alle politischen Sachfragen lassen sich danach auf **zwei Zielkonflikte** zurückführen:

- Soll sich die Politik eher an sozialer Gerechtigkeit oder eher an Marktfreiheit orientieren?
- Soll sich die Politik eher freiheitlich bzw. libertär oder soll sie sich eher autoritär bzw. etatistisch (staatfixiert) vollziehen?

Bei der **sozioökonomische Konfliktlinie** geht es darum, ob kollektive soziale Sicherungssystemen, die Beseitigung von Armut, die Sicherung von Renten, bezahlbare Mieten, angemessene Löhne bzw. Gehälter etc. Vorrang haben sollen vor der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bzw. der Wirtschaft, vor Deregulierung, Flexibilisierung etc. Bei der **politischen Konfliktlinie** geht es darum, ob sich die Politik eher auf die allgemeinen Menschen- und Bürgerrechten, auf direkt- bzw. radikaldemokratische Prinzipien berufen und mehr individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, mehr Demokratie und Mitbestimmung gewährleisten soll oder ob sie eher für politische Stabilität und Kontinuität, für Ruhe und Ordnung, für innere Sicherheit und für die nachhaltige Vertretung deutscher Interessen im Ausland sorgen soll. Unser Modell besteht also aus vier Zentralwerten, die zwei Wertepaare bzw. –gegensätze darstellen:

- Soziale Gerechtigkeit – Marktfreiheit,
- Libertarismus – Etatismus⁴⁰.

Diese beiden Wertepaare bilden in der grafischen Darstellung ein Achsenkreuz⁴¹, einen zweidimensionalen Werteraum, in dem nun jeder Befragte verortet werden kann. Positioniert werden in den Grafiken natürlich nicht einzelne Personen sondern Gruppen: Gewerk-

39 Eine ausführliche Darstellung des Modells findet sich in: Richard Stöss, Stabilität im Umbruch. Wahlbeständigkeit und Parteienwettbewerb im "Superwahljahr" 1994, Opladen 1997, S. 153 ff.

40 Normalerweise verwenden wir dafür die Bezeichnung "Autoritarismus". Um einer Verwechslungsgefahr mit unserer Rechtsextremismus-Skala vorzubeugen, die ebenfalls auf autoritäre Orientierungen zielt, sprechen wir hier von "Etatismus". Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei der Rechtsextremismus-Skala und diesem Wertemodell um zwei verschiedene Befragungsinstrumente handelt, die auch im Fragebogen deutlich (räumlich) voneinander getrennt sind. Sie folgen im übrigen unterschiedlichen Theorien und sollen jeweils spezifische Sachverhalte messen.

41 Dies ist deshalb möglich bzw. sogar geboten, weil kein statistischer Zusammenhang zwischen den Skalen "Soziale Gerechtigkeit - Marktfreiheit" und "Libertarismus - Etatismus" besteht.

schaftsmitglieder, Berliner, Brandenburger usw. Die Punkte in den Grafiken stellen folglich Gruppenmittelwerte dar, die die Position von Gruppen im Werteraum angeben, unabhängig davon, wie groß die jeweiligen Gruppen sind. Zur Berechnung der Mittelwerte sei nur so viel gesagt: Die Wertepaare der beiden Achsen werden miteinander verrechnet. Wenn ein Befragter beispielsweise 100 Punkte für Libertarismus und 120 Punkte für Etatismus erreicht, wird er auf der Achse "Libertarismus – Etatismus" mit –20 Punkten verbucht. Seine etatistischen überwiegen seine libertären Orientierungen nämlich um 20 Punkte. Aus dem Wert –20 darf mithin nicht geschlossen werden, dass keinerlei libertäre Neigungen vorhanden sind.

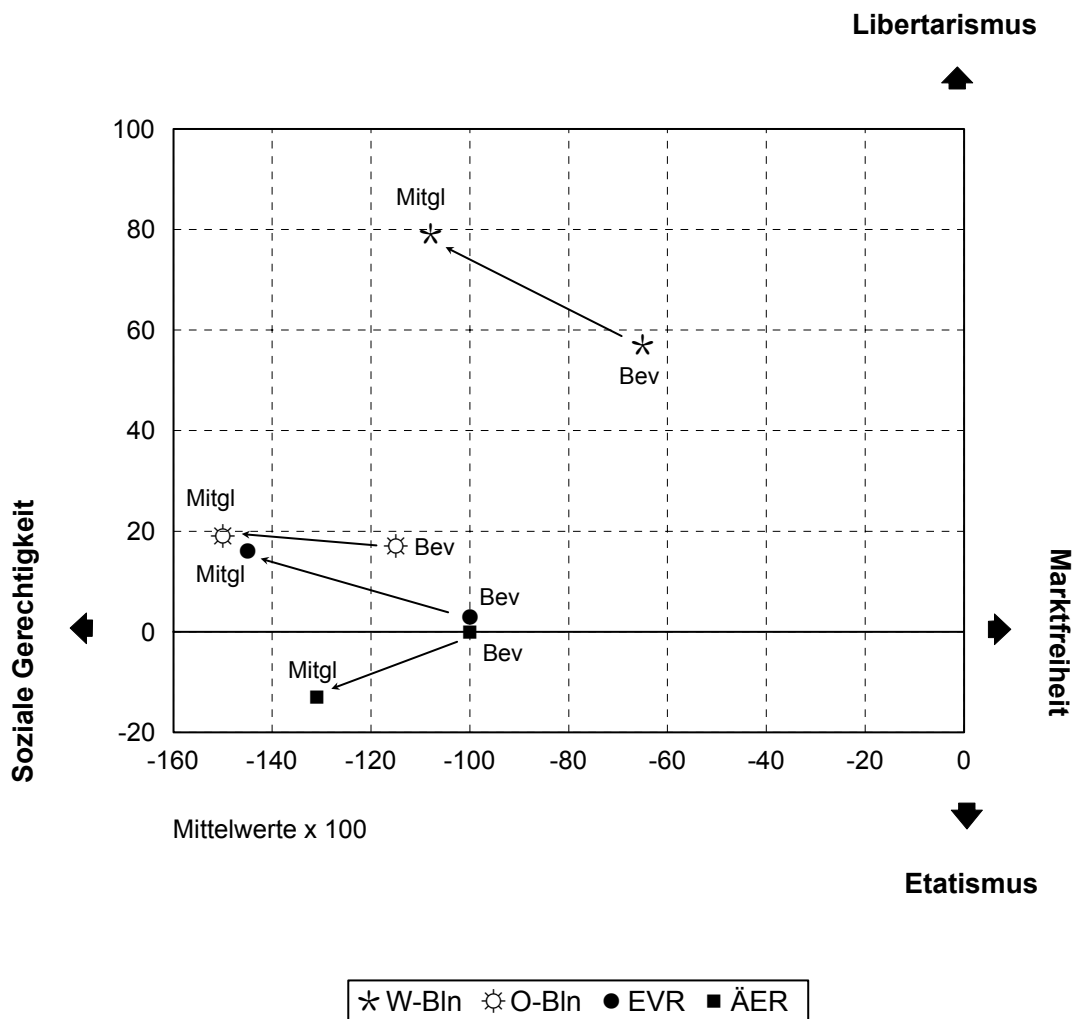
Grafik 1 zeigt, dass sich Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer globalen Wertorientierungen deutlich von der Bevölkerung unterscheiden: Sie treten in allen vier Untersuchungsgebieten sehr viel stärker für soziale Gerechtigkeit ein.

Betrachten wir zunächst die Wertorientierungen der *Bevölkerung*: Die West-Berliner heben sich von den Bewohnern der anderen drei Gebiete, die ehemals zur DDR gehörten, vor allem durch ihre betont libertäre Haltung ab, und sie neigen weniger zum Grundwert soziale Gerechtigkeit. Dies macht den Ost-West-Gegensatz aus, der auch die bundesdeutsche Gesellschaft insgesamt prägt. Die Befragten im EVR und im ÄER Brandenburgs unterscheiden sich kaum voneinander. Libertäre und etatistische Präferenzen addieren sich zu Null, gleichen sich also gegenseitig aus. Auf der sozioökonomischen Achse fällt die Präferenz für soziale Gerechtigkeit größer aus als bei den West-Berlinern. Die Ost-Berliner drängen noch etwas mehr auf soziale Gerechtigkeit und sind etwas stärker libertär eingestellt als die Brandenburger.

Der Ost-West-Gegensatz prägt auch die *Gewerkschaftsmitglieder* in der Region. Abgesehen einmal von ihrer – im Vergleich zur Bevölkerung – durchgängig betont sozialen Haltung, unterscheiden sich die West-Berliner Gewerkschafter von denen in Ost-Berlin und in Brandenburg durch massiven Libertarismus. Die "Ossi"-Gewerkschafter sind dafür sozialer eingestellt. Während die Organisierten in Ost-Berlin und im EVR libertärer denken als die jeweilige Bevölkerung, überwiegen bei den Organisierten im ÄER leicht die etatistischen Dispositionen.

Grafik 1:

Bevölkerung und Gewerkschaftsmitgliedernach Wertorientierungen in West- und Ost-Berlin sowie im Engeren Verflechtungsraum und im Äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs im Mai/Juni 2000



Datenquelle: Deutsche Paul Lazarsfeld-Gesellschaft, Forsa (N=1850)

Mit Blick auf die globalen Wertorientierungen stellen die Gewerkschaften also kein Abbild der Bevölkerung dar. Ihre Skepsis gegenüber der freien Marktwirtschaft ist besonders groß, und sie sprechen sich vehement dafür aus, dass sich die Politik in erster Linie am Ziel der sozialen Gerechtigkeit orientiert. Gemeinsam ist den Organisierten und der

Bevölkerung, dass ihre Mentalität durch einen Ost-West-Gegensatz gekennzeichnet ist, aber auch dieser tritt bei beiden auf spezifische Art und Weise zutage. In West-Berlin verkörpern die Gewerkschafter im Vergleich zur Bevölkerung eine dezidiert sozial-libertäre Position, während sich die Gewerkschafter in Ost-Berlin und in Brandenburg von der Bevölkerung vor allem in Sachen soziale Gerechtigkeit unterscheiden. Aber auch hier deuten sich, jedenfalls in Ost-Berlin und im EVR, zarte libertäre Neigungen an.

Aus Grafik 2 kann ersehen werden, dass sich nicht nur die Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer Wertorientierungen von der Bevölkerung unterscheiden, auch die Mentalität der rechtsextrem eingestellten Organisierten weicht deutlich von der der rechtsextrem eingestellten Bevölkerung ab: Mit Ausnahme der rechtsextremen Gewerkschafter im ÄER zeichnen sich die organisierten Rechtsextremisten dadurch aus, dass sie erheblich sozialer und libertärer geprägt sind. **Das für Gewerkschaften typische Wertemuster wird also auch durch rechtsextreme Dispositionen nicht verdrängt.**

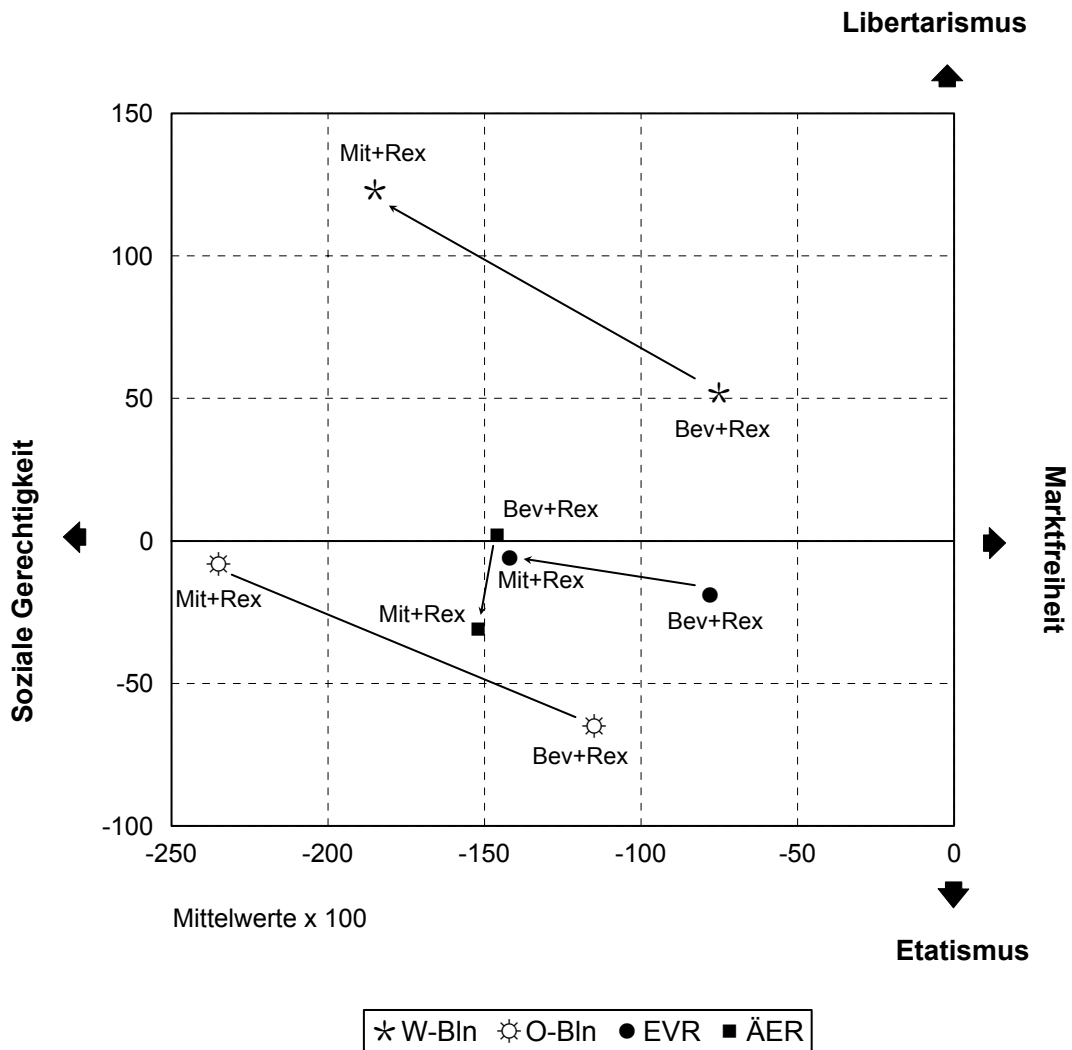
Vergleicht man die Wertorientierungen der Gewerkschaftsmitglieder mit denen der rechtsextremen Mitglieder (ohne Grafik), dann ergibt sich folgendes Bild: In Berlin sind die rechtsextremen Mitglieder noch sozial-libertärer eingestellt als die Gewerkschafter, die nicht zum rechtsextremen Einstellungspotenzial gehören (allerdings in beiden Stadthälften jeweils auf unterschiedlichem, durch den Ost-West-Gegensatz geprägtem Niveau). In Brandenburg sind die rechtsextremen Mitglieder auch sozialer eingestellt als die nicht rechtsextremen Mitglieder, aber sie tendieren (vor allem im EVR) eher, wenn auch nur geringfügig, zu etatistischen Orientierungen. Kennzeichen der rechtsextremen Gewerkschafter ist also hinsichtlich ihrer globalen Wertorientierungen eine besonders starke soziale Ausrichtung, die sowohl die der rechtsextremen Bevölkerung als auch die der nicht rechtsextremen Gewerkschafter deutlich übersteigt. Daraus kann geschlossen werden, dass rechtsextreme Gewerkschafter vor allem ein Defizit an sozialer Gerechtigkeit bemängeln.

Die vergleichende Untersuchung von *Wertorientierungen* der Bevölkerung und der Gewerkschaftsmitglieder nährt folglich **massive Zweifel an der Gültigkeit der allgemeinen Spiegelbildthese**. Gewerkschafter zeichnen sich durch ein spezifisches, in West und Ost allerdings unterschiedliches, Wertemuster aus, unabhängig davon, ob sie rechtsextrem

eingestellt sind oder nicht. Wodurch der gewerkschaftliche Rechtsextremismus gekennzeichnet ist, muss allerdings noch aufgeklärt werden.

Grafik 2:

Rechtsextrem eingestellte Bevölkerung und rechtsextrem eingestellte Gewerkschaftsmitglieder nach Wertorientierungen in West- und Ost-Berlin sowie im Engeren Verflechtungsraum und im Äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs im Mai/Juni 2000



Datenquelle: Deutsche Paul Lazarsfeld-Gesellschaft, Forsa (N=1850)

b) Allgemeine Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern

Bei Wertorientierungen handelt es sich – wie erwähnt – um stabile und eher grundsätzliche Überzeugungen. Sie sind von **Einstellungen** zu unterscheiden, die sich auf **konkrete Sachverhalte beziehen, folglich sehr situationsabhängig sind und sich leichter verändern** können. Die Feststellung, dass sich Gewerkschafter hinsichtlich ihrer Wertorientierungen deutlich von der Bevölkerung unterscheiden, schließt nicht aus, dass sie in vielen Sachfragen, die die Privatsphäre, die Arbeitswelt oder die Politik betreffen, ähnliche Meinungsprofile ausweisen, wie die Bevölkerung insgesamt. Die Spiegelbildthese ist also keineswegs aus dem Rennen. Wir werden nun den Versuch unternehmen, die Ursachen des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus im Bereich der *politischen* Einstellungen aufzuspüren.

Vorab soll – gewissermaßen als Exkurs – ein Blick auf eher alltägliche Fragen geworfen werden. Als Beispiel greifen wir die Bewertung verschiedener Lebensbereiche heraus (Tabellen 18, 19).

In der Rangfolge und im Bewertungsniveau der als "sehr wichtig" eingestuften Lebensbereiche unterscheiden sich Mitglieder und Nicht-Mitglieder kaum. Allein "Religion und Kirche" beurteilen Nicht-Mitglieder doppelt so oft als sehr wichtig wie Mitglieder. Gewisse Abweichungen ergeben sich allerdings beim Vergleich von Gewerkschaftern in Berlin und Brandenburg. Die Märkischen Gewerkschafter legen generell mehr Wert auf Geselligkeit innerhalb und außerhalb der Familie, und auch "Beruf und Arbeit" ist ihnen wichtiger als ihren Berliner Kollegen. Letztere sind offenbar etwas individualistischer und hedonistischer ausgerichtet als die Brandenburger und verkörpern damit eher die postindustrielle bzw. postmoderne Kultur der Gegenwart. Die Ost-Berliner ähneln übrigens mehr den Brandenburgern als den West-Berlinern. Religionsferne dominiert allenthalben, und auch bezüglich der Distanz zu "Politik und öffentlichem Leben" nehmen sich die Gewerkschafter in den Untersuchungsgebieten nichts.

Alles in allem signalisieren die Daten eher Übereinstimmung als Dissens.

Tabelle 18: Von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern als "sehr wichtig" eingestufte Lebensbereiche in der Region Berlin - Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)

	Mitglieder	Nicht-Mitglieder
Religion und Kirche	3	6
Politik und öffentliches Leben	15	12
Nachbarschaft	15	15
Verwandtschaft	26	26
Freunde und Bekannte	41	47
Freizeit und Erholung	46	45
Beruf und Arbeit	55	48
Eigene Familie und Kinder	75	70

Tabelle 19: Von Gewerkschaftsmitgliedern als "sehr wichtig" eingestufte Lebensbereiche in Berlin und Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)

	Berlin	Brandenburg
Religion und Kirche	3	3
Politik und öffentliches Leben	16	15
Nachbarschaft	13	18
Verwandtschaft	23	27
Freunde und Bekannte	40	43
Freizeit und Erholung	43	49
Beruf und Arbeit	50	62
Eigene Familie und Kinder	69	82

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

Frage: "Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Lebensbereiche. Sagen Sie mir bitte an Hand einer Skala von 1 bis 7, wie wichtig für Sie diese einzelnen Lebensbereiche sind. 1 bedeutet, dass der betreffende Lebensbereich für Sie unwichtig ist. 7 bedeutet, dass der betreffende Lebensbereich für Sie sehr wichtig ist."
Ausgewiesen: nur "sehr wichtig" (7).

Nebenbei bemerkt: Auch hinsichtlich ihrer Haltung zur **Länderehe Berlin-Brandenburg** unterscheiden sich Gewerkschaftsmitglieder und Unorganisierte nicht voneinander: Insgesamt sprechen sich 68 Prozent aller Befragten in der Region für eine Fusion aus, bei den Mitgliedern sind es 69 Prozent, bei den Nicht-Mitgliedern 68 Prozent. Dass sich die Berliner Bevölkerung häufiger die Fusion wünscht (76%) als die Brandenburger Bürger (59%), spiegelt sich entsprechend bei den Gewerkschaftsmitgliedern wider: 75 Prozent der Berliner und 61 Prozent der märkischen Gewerkschafter sind für einen Zusammenschluss beider Länder.

c) Beurteilung der Demokratie und Rechtsextremismus

Zur Erklärung von Rechtsextremismus wird oft das **Unzufriedenheitstheorem** herangezogen. Danach steigt die Anfälligkeit für Rechtsextremismus mit dem Grad der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Unzufriedenheit. Unzufriedenheit bedeutet die Diskrepanz von Anspruch und Erfüllung, von Erwartung und Realität, kurz: frustrierende soziale Erfahrungen, die Vertrauensverlust in die bestehende Ordnung, Protest, Verweigerung, Opposition und Widerstand hervorrufen. Unzufriedenheit ist zumeist die Folge von nachhaltigen ökonomischen (konjunkturellen und strukturellen) Krisen, von umbruchartigem gesellschaftlich-politischem Wandel, von tiefgreifenden Modernisierungsprozessen. **Unzufriedene gelten als tendenziell anfälliger für Rechtsextremismus als Zufriedene.**

In Bezug auf die Akzeptanz von Demokratie unterscheiden wir drei Gruppen:

- **Zufriedene** sind mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und mit dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie zufrieden.
- **Politikverdrossene** sind zwar mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Demokratie zufrieden, mit ihrem tatsächlichen Funktionieren, damit, wie die Demokratie von den Politikern gehandhabt wird, jedoch unzufrieden.
- **Demokratieverdrossene** sind mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Demokratie und mit ihrem Funktionieren unzufrieden.

Da Rechtsextremismus mit antidemokratischem Denken identifiziert wird, müsste er mit wachsender Unzufriedenheit mit der Demokratie zunehmen. Tatsächlich korreliert Unzu-

friedenheit mit der Demokratie mit der Rechtsextremismus-Skala - in Brandenburg noch stärker als in Berlin⁴². Da nur 22 Prozent der Brandenburger, aber 35 Prozent der Berliner mit der Demokratie zufrieden sind und da 37 Prozent der Brandenburger, aber nur 23 Prozent der Berliner demokratieverdrossen sind (Aufschlüsselung nach Untersuchungsgebieten in Tabelle 20), dürfte hier eine **wichtige Ursache dafür liegen, dass das Rechtsextremisierungspotenzial in Brandenburg doppelt so hoch ist wie in Berlin.**

Tabelle 20: Der Anteil der mit der Demokratie Zufriedenen, Politikverdrossenen und Demokratieverdrossenen in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Zufriedene	41	25	27	20
Politikverdrossene	35	43	39	34
Demokratieverdrossene	20	27	30	41
Nicht identifizierbar*	4	5	4	5

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.
 EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

* = 4,2% der Befragten (geringe Fallzahlen).

Rechtsextrem eingestellt sind in Berlin 8 Prozent und in Brandenburg 16 Prozent der Zufriedenen, in Berlin 10 Prozent und in Brandenburg 19 Prozent der Politikverdrossenen und in Berlin 20 Prozent und in Brandenburg 27 Prozent der Demokratieverdrossenen (Tabelle 23). Tabelle 21 schlüsselt die Anteile weiter auf und zeigt, **dass vor allem die Demokratieverdrossenen besonders zum Rechtsextremismus neigen.** Dies erfolgt in West- und Ost-Berlin zu gleichen Anteilen, ebenso – allerdings auf einem etwas höheren Level – im EVR und im ÄER Brandenburgs. **Unzufriedenheit mit der Demokratie trägt also nicht nur zur Erklärung der Potenzialunterschiede zwischen beiden Ländern bei, sondern auch dazu, dass sich die Potenziale innerhalb von Berlin und Brandenburg kaum unterscheiden.**

42 Zur Bedeutung des Begriffs Korrelation siehe unten Kap 5i. Dort werden wir auch die Messwerte (Tab. 40) darstellen und interpretieren.

Tabelle 21: Die Größe des rechtsextremen Einstellungspotenzials bei mit der Demokratie Zufriedenen, bei Politikverdrossenen und Demokratieverdrossenen in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)

	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Zufriedene	8	8	13	18
Politikverdrossene	9	11	23	18
Demokratieverdrossene	21	19	25	27

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.
 EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Einen Beitrag zur Enträtselung der Ursachen des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus leistet die Unzufriedenheit mit der Demokratie allerdings nicht.

Gewerkschaftsmitglieder sind in der Region mit der Demokratie etwas zufriedener als Nicht-Mitglieder (34% zu 28%). Das trifft auf Brandenburg noch mehr zu als auf Berlin: Dort äußern sich 30 Prozent der Organisierten aber nur 22 Prozent der Bevölkerung zufrieden. In der Hauptstadt tun das 37 Prozent der Gewerkschafter und 35 Prozent aller Berliner. In Brandenburg sind scheinbar eher solche Personen gewerkschaftlich organisiert, die das politische System akzeptieren.

Tabelle 22 enthält die Verteilungen in den vier Untersuchungsgebieten. In West-Berlin und im EVR ist der Anteil der Zufriedenen an den Organisierten größer als der Anteil der Demokratieverdrossenen. Knapp die Hälfte der West-Berliner Gewerkschafter (46%) ist mit der Demokratie zufrieden, als demokratieverdrossen erweisen sich 22 Prozent. Im EVR fällt der Abstand deutlich geringer aus: Das Verhältnis von Demokratiezufriedenen und Demokratieverdrossenen beträgt dort 31 Prozent zu 28 Prozent. In Ost-Berlin und im ÄER ist die Demokratieverdrossenheit unter den Gewerkschaftsmitgliedern größer als die Demokratiezufriedenheit.

Tabelle 22: Der Anteil der mit der Demokratie Zufriedenen, Politikverdrossenen und Demokratieverdrossenen an den Gewerkschaftsmitgliedern in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)

	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Zufriedene	46	23	31	29
Politikverdrossene	32	38	38	28
Demokratieverdrossene	22	33	28	38
Nicht identifizierbar*	0	6	3	5

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

* = 4,2% der Befragten (geringe Fallzahlen).

Dass in West-Berlin (und dann auch im EVR) die Demokratiezufriedenheit unter Gewerkschaftern vergleichsweise groß ist, scheint dem Befund zu widersprechen, dass dort (und im EVR) rechtsextreme Einstellungen besonders stark verbreitet sind (Tabelle 7). Wenn Zufriedenheit mit der Demokratie der Ausbreitung von Rechtsextremismus auch bei Gewerkschaftern entgegen wirken würde, müsste das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei Organisierten in West-Berlin vergleichsweise gering ausfallen. Ost-Berlin hatten wir oben als Bollwerk gegen gewerkschaftlichen Rechtsextremismus bezeichnet, weil dort nur halb so viele Gewerkschafter rechtsextrem eingestellt sind wie im Westteil der Stadt. In Ost-Berlin zeigen sich freilich nur halb so viele Gewerkschafter wie in West-Berlin mit der Demokratie zufrieden.

Tabelle 23 dokumentiert, dass Unzufriedenheit mit der Demokratie bei Gewerkschaftern die Ausbreitung von Rechtsextremismus nicht begünstigt. (Mangels hinreichender Fallzahlen können wir hier nur zwischen Berlin und Brandenburg unterscheiden.) Betrachten wir zunächst nur *Berlin*: Dort beträgt das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei dem Teil der Bevölkerung, der mit der Demokratie zufrieden ist, 8 Prozent. Bei den zufriedenen Gewerkschaftern macht es dagegen sage und schreibe 18 Prozent aus. Während sich bei der Bevölkerung Demokratiezufriedenheit hinderlich auf die Ausprägung von Rechtsex-

tremismus auswirkt, trifft das auf Gewerkschafter nicht zu. In *Brandenburg*, wo die Akzeptanz des politischen Systems bei Gewerkschaftern scheinbar relativ ausgeprägt ist, sind die zufriedenen Gewerkschafter sogar genau so anfällig für Rechtsextremismus wie die demokratieverdrossenen.

Tabelle 23: Die Größe des rechtsextremen Einstellungspotenzials bei mit der Demokratie Zufriedenen, bei Politikverdrossenen und Demokratieverdrossenen in der Bevölkerung und bei Gewerkschaftsmitgliedern (%) sowie Differenz Gruppenwerte Gewerkschaftsmitglieder minus Gruppenwerte Bevölkerung (Mit ./.. Bev) und Differenz Gruppenwerte Gewerkschaftsmitglieder minus Durchschnittswerte Gewerkschaftsmitglieder (Mit ./.. Durch) (jeweils in Prozentpunkten) in Berlin und Brandenburg im Mai/Juni 2000				
Untersuchungsgruppen	Bevölkerung	Mitglieder	Mit. ./.. Bev.	Mit. ./.. Durch
Berlin				
Zufriedene	8	18	+10	+2
Politikverdrossene	10	7	-3	-9
Demokratieverdrossene	20	24	+4	+8
Alle Befragten	12	16	+4	0
Brandenburg				
Zufriedene	16	22	+6	+1
Politikverdrossene	19	19	0	-2
Demokratieverdrossene	27	21	-6	0
Alle Befragten	21	21	0	0

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

Lesebeispiel: In Berlin sind 8 Prozent der mit der Demokratie zufriedenen Bevölkerung und 18 Prozent der zufriedenen Gewerkschaftsmitglieder rechtsextrem eingestellt. Die Differenz der Gruppenwerte (Mitglieder minus Bevölkerung) beträgt mithin +10. Da in Berlin insgesamt 16 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder zum rechtsextremen Einstellungspotenzial zählen, von den mit der Demokratie zufriedenen Gewerkschaftern aber 18 Prozent rechtsextrem eingestellt sind, macht die Differenz zwischen dem Gruppenwert und dem Durchschnittswert +2 aus. Für die mit der Demokratie zufriedenen Gewerkschaftsmitglieder ist keine Zuordnung zu einer These möglich, weil die Toleranzmarge für die Spiegelbildthese überschritten, ein Zweitkriterium für eine andere These aber nicht erreicht wird.

Unzufriedenheit mit der Demokratie fördert also bei der Bevölkerung die Ausbreitung von Rechtsextremismus. Bei Gewerkschaftsmitgliedern gilt dieser Zusammenhang kaum. Gewerkschaftlicher Rechtsextremismus beruht allenfalls marginal auf Politik-

und Demokratieverdrossenheit. Insoweit besteht keine Übereinstimmung zwischen Organisierten und Unorganisierten.

Unsere Arbeitshypothese, dass für mit der Demokratie zufriedene Gewerkschaftsmitglieder die Immunisierungsthese und für demokratieverdrossene Gewerkschafter die Anziehungsthese gilt, hat sich nicht bestätigt. Nur in Berlin trifft auf die demokratieverdrossenen Gewerkschafter die Anziehungsthese zu.

Hinsichtlich der Ausgangsthesen ergeben sich für die Region und die beiden Bundesländer folgende Befunde:

Region

Zufriedene:	Keine Zuordnung möglich
Politikverdrossene:	Spiegelbildthese
Demokratieverdrossene:	Spiegelbildthese

Berlin

Zufriedene:	Keine Zuordnung möglich
Politikverdrossene:	Immunisierungsthese
Demokratieverdrossene:	Anziehungsthese

Brandenburg

Zufriedene:	Keine Zuordnung möglich
Politikverdrossene:	Spiegelbildthese
Demokratieverdrossene:	Spiegelbildthese

Am Beispiel der Zufriedenheit mit der Demokratie zeigt sich, da der gewerkschaftliche Rechtsextremismus auf besonderen Ursachen beruhen kann. Es ist hier nicht möglich, diese besonderen Ursachen zu benennen, wir können nur nachweisen, dass Unzufriedenheit mit der Demokratie eine Ursache für Rechtsextremismus in der Bevölkerung darstellt und dass dies aber nicht für Gewerkschaftsmitglieder gilt.

d) Wirtschaftliche Zukunftserwartungen und Rechtsextremismus

Unzufriedenheit kann auch die Folge von schlechten wirtschaftlichen Zukunftsaussichten sein und daher der Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen Vorschub leisten. Und weil es sich beim Zukunftspessimismus um ein Merkmal handelt, das charakteristisch für

Modernisierungsverlierer ist, beschäftigen wir uns in diesem Zusammenhang auch mit der **Modernisierungsverliererthese**.

Die Mehrheit der Befragten in der Region (52%) glaubt, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den kommenden Jahren verbessern werden ("Wirtschaftsoptimisten"). Jeweils 24 Prozent vertreten die Auffassung, dass sie gleich bleiben ("Neutrale") oder sich verschlechtern werden ("Wirtschaftspessimisten"). Die Unterschiede zwischen Berlin und Brandenburg sind verschwindend gering. Erst wenn die vier Untersuchungsgebiete betrachtet werden, machen sich Differenzen bemerkbar: Am stärksten ist der Zukunftsoptimismus im EVR (64%) verbreitet, es folgen Ost-Berlin (56%), West-Berlin (50%) und schließlich der ÄER (47%). Die meisten Pessimisten finden sich in West-Berlin (27%), dann im ÄER (25%), in Ost-Berlin (21%) und im EVR (16%). **In den Berlin-nahen Gebieten Brandenburgs ist die wirtschaftliche Stimmung also besonders positiv, an zweiter Stelle folgt Ost-Berlin.** Die Bewohner in beiden Gebieten haben in Anbetracht der bisherigen Entwicklungen bzw. Veränderungen wohl auch allen Anlass, hoffnungsvoll in die Zukunft zu schauen (Tabelle 24).

Tabelle 24: Der Anteil der Wirtschaftsoptimisten, Neutralen und Wirtschaftspessimisten in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Verbessern (Optimisten)	50	56	64	47
Gleich bleiben (Neutrale)	23	23	20	28
Verschlechtern (Pessimisten)	27	21	16	25

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Frage: "Werden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse hier in Berlin/Brandenburg in den kommenden Jahren verbessern oder verschlechtern oder werden sie gleich bleiben?"

Wirtschaftspessimisten neigen häufiger zu rechtsextremen Einstellungen als Optimisten, in West-Berlin und im ÄER anderthalb Mal so oft, in Ost-Berlin und im EVR sogar drei Mal so

oft (Tabelle 25). In den Untersuchungsgebieten, in denen der Zukunftsoptimismus besonders groß ist, neigen die wenigen Pessimisten also besonders stark zum **Rechtsextremismus**. Da das Ausgangsniveau im EVR mit 14 Prozent doppelt so groß ist wie in Ost-Berlin, erweist sich sogar knapp die Hälfte aller Pessimisten im Berlin-nahen Raum Brandenburgs als rechtsextrem.

Tabelle 25: Die Größe des rechtsextremen Einstellungspotenzials bei Wirtschaftsoptimisten, Neutralen und Wirtschaftspessimisten in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Verbessern (Optimisten)	9	7	14	19
Gleich bleiben (Neutrale)	13	17	19	21
Verschlechtern (Pessimisten)	15	22	44	30

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Frage: "Werden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse hier in Berlin/Brandenburg in den kommenden Jahren verbessern oder verschlechtern oder werden sie gleich bleiben?"

Dieser Befund lässt sich mit dem Konzept der "**relativen Deprivation**" erklären: Rechtsextremismus begünstigende Unzufriedenheit beruht in der Regel nämlich nicht auf absoluter Deprivation (Verelendung durch Arbeitslosigkeit, Armut usw.), sondern auf relativer Deprivation. Damit sind Ungleichgewichte oder Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung bzw. in den Zukunftsperspektiven unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, Regionen, Wirtschaftszweige etc. angesprochen. Heute bewirkt insbesondere der Strukturwandel der Industriegesellschaft Disproportionalitäten zwischen eher traditionellen und eher zukunfts-trächtigen Sektoren der Wirtschaft, zwischen eher "modernen" und eher "traditionellen" Berufen oder Tätigkeiten. Diese Problematik hatten wir bereits im Zusammenhang mit der Modernisierungsverliererthese angesprochen.

Der hier vorliegende Fall ließe sich wie folgt interpretieren: **In stark prosperierenden Gebieten, in denen sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gute Zukunfts-**

chancen ausrechnet, neigen die wenigen Benachteiligten besonders zum Rechtsextrémismus, weil sie die Distanz zu den Gewinnern als besonders groß und schmerzlich oder auch als sehr ungerecht empfinden. Sie betrachten sich daher als Verlierer der Entwicklung.

Tabelle 26: Der Anteil der Wirtschaftsoptimisten, Neutralen und Wirtschaftspessimisten an den Gewerkschaftsmitgliedern in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Verbessern (Optimisten)	51	69	74	54
Gleich bleiben (Neutrale)	17	13	15	26
Verschlechtern (Pessimisten)	31	18	11	20

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Frage: "Werden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse hier in Berlin/Brandenburg in den kommenden Jahren verbessern oder verschlechtern oder werden sie gleich bleiben?"

Auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern dominiert Zukunftsoptimismus, sogar noch etwas mehr als bei der Bevölkerung: 58 Prozent der Berliner Kollegen und 59 Prozent der märkischen Kollegen blicken hoffnungsvoll nach vorne. Der Anteil an optimistischen Gewerkschaftern beträgt im EVR 74 Prozent (Bevölkerung: 64%) und in Ost-Berlin 69 Prozent (Bevölkerung: 56%). Bei den pessimistischen Gewerkschaftsmitgliedern hat West-Berlin die Nase weit vorne: 31 Prozent! Es folgen, wie zu erwarten, der ÄER (20%), Ost-Berlin (18%) und der EVR (11%). Diese Verteilung gleicht dem geschilderten Muster bei der Bevölkerung, wobei West-Berlin allerdings einen "Ausreißer" darstellt: Hier übertrifft der Pessimistenanteil an den Gewerkschaftern den im EVR um das Dreifache. **Die West-Berliner Gewerkschaftsmitglieder sind hinsichtlich ihrer Zukunftsperspektiven im Vergleich zu ihren übrigen Kollegen in der Region also extrem pessimistisch.**

Die Vermutung allerdings, dass sich unter den vielen Zukunftspessimisten in den West-Berliner Gewerkschaften auch überdurchschnittlich viele rechtsextrem eingestellten Kollegen befinden, trifft vermutlich nicht zu. Eher wohl das Gegenteil.

Leider können wir rechtsextreme Einstellungspotenziale bei Gewerkschaftern nur auf der Landesebene messen. Weitere Differenzierungen führen mangels hinreichender Fallzahlen zu spekulativen Ergebnissen (selbst wenn Gewerkschaftshaushalte als Berechnungsgrundlage dienen).

Der Anteil des rechtsextremen Einstellungspotenzials unter den gewerkschaftlich organisierten Pessimisten beträgt für Berlin insgesamt 24 Prozent. Die entsprechenden, allerdings *nicht signifikanten*, Anteile für West- und Ost-Berlin betragen 18 Prozent und 40 Prozent. Dies rechtfertigt die These, dass wir es in Ost-Berlin auch bei Gewerkschaftern mit dem eben geschilderten Effekt von relativer Deprivation zu tun haben. Derselbe Effekt zeigt sich nämlich in Brandenburg, jedoch ebenfalls auf der Grundlage von *nicht signifikanten* Daten: Im EVR sind 67 Prozent der pessimistischen Gewerkschafter rechtsextrem eingestellt, im ÄER nur 25 Prozent. Diese Übereinstimmung dürfte kein Zufall sein.

Tabelle 27: Die Größe des rechtsextremen Einstellungspotenzials bei gewerkschaftlich organisierten Wirtschaftsoptimisten, Neutralen und Wirtschaftspessimisten in West-Berlin bzw. im ÄER sowie in Ost-Berlin bzw. im EVR im Mai/Juni 2000 (%)

	West-Berlin/ÄER	Ost-Berlin/EVR
Verbessern (Optimisten)	19	11
Gleich bleiben (Neutrale)	23	7
Verschlechtern (Pessimisten)	21	47

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum (Brbg.); ÄER = Äußerer Entwicklungsraum (Brbg.)

Frage: "Werden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse hier in Berlin/Brandenburg in den kommenden Jahren verbessern oder verschlechtern oder werden sie gleich bleiben?"

Um diese Vermutung zu überprüfen, fassen wir die Befragten in West-Berlin und im ÄER sowie die in Ost-Berlin und im EVR zu jeweils einer Gruppe zusammen und vergleichen die rechtsextremen Einstellungspotenziale beider Gruppen (Tabelle 27).

In den Teilen der Region, wo der Zukunftsoptimismus auch bei Gewerkschaftsmitgliedern sehr groß und der Anteil der pessimistischen Kollegen folglich relativ klein ist, neigen diese wenigen pessimistischen Gewerkschaftsmitglieder doppelt so oft zum Rechtsextremismus wie die Organisierten in den durch Optimismus charakterisierten Teilen der Region (47% zu 21%). **Damit hätten wir auch bei Gewerkschaftsmitgliedern empirische Evidenz für das Konzept der relativen Deprivation zu Tage gefördert.**

Dass sich relative Deprivation nicht nur bei der Bevölkerung sondern auch bei Gewerkschaftern bemerkbar macht, kann als **Beispiel für Übereinstimmung hinsichtlich der Ursachen von Rechtsextremismus bei Unorganisierten und Organisierten** gewertet werden.

Hinsichtlich der Ausgangsthesen ergeben sich für die Region und für die beiden Länder folgende Ergebnisse (Tabelle 28):

Region

Wirtschaftsoptimisten: Keine Zuordnung möglich
Neutrale: Spiegelbildthese
Wirtschaftspessimisten: Spiegelbildthese

Berlin

Wirtschaftsoptimisten: Spiegelbildthese
Neutrale: Anziehungsthese
Wirtschaftspessimisten: Anziehungsthese

Brandenburg

Wirtschaftsoptimisten: Keine Zuordnung möglich
Neutrale: Immunisierungsthese
Wirtschaftspessimisten: Spiegelbildthese

Tabelle 28: Die Größe des rechtsextremen Einstellungspotenzials bei Wirtschaftsoptimisten, Neutralen und Wirtschaftspessimisten in der Bevölkerung und bei Gewerkschaftsmitgliedern (%) sowie Differenz Gruppenwerte Gewerkschaftsmitglieder minus Gruppenwerte Bevölkerung (Mit ./ . Bev) und Differenz Gruppenwerte Gewerkschaftsmitglieder minus Durchschnittswerte Gewerkschaftsmitglieder (Mit ./ . Durch) (jeweils in Prozentpunkten) in Berlin und Brandenburg im Mai/Juni 2000

Untersuchungsgruppen	Bevölkerung	Mitglieder	Mit. ./ . Bev.	Mit. ./ . Durch
Berlin				
Verbessern (Optimisten)	8	10	+2	-6
Gleich bleiben (Neutrale)	15	30	+15	+14
Verschlechtern (Pessimisten)	17	24	+7	+8
Alle Befragten	12	16	+4	0
Brandenburg				
Verbessern (Optimisten)	17	22	+5	+1
Gleich bleiben (Neutrale)	21	9	-12	-12
Verschlechtern (Pessimisten)	34	33	-1	+12
Alle Befragten	21	21	0	0

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

Lesebeispiel: In Berlin sind 8 Prozent der Wirtschaftsoptimisten ("verbessern") in der Bevölkerung und 10 Prozent der Wirtschaftsoptimisten unter den Gewerkschaftsmitgliedern rechtsextrem eingestellt. Die Differenz der Gruppenwerte (Mitglieder minus Bevölkerung) beträgt mithin +2. Da in Berlin insgesamt 16 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder zum rechtsextremen Einstellungspotenzial zählen, von den wirtschaftsoptimistischen Gewerkschaftern aber 10 Prozent rechtsextrem eingestellt sind, macht die Differenz zwischen dem Gruppenwert und dem Durchschnittswert -6 aus. Auf die Gewerkschaftsmitglieder, die glauben, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse künftig verbessern werden, trifft die Spiegelbildthese zu, weil die Toleranzmarge von +/- 20 Prozent zwar voll ausgeschöpft, aber nicht überschritten wird (und überdies das Vorzeichen des für das Zweitkriterium maßgeblichen Werts negativ ist).

Die Arbeitshypothese, dass sich gewerkschaftlich organisierte Wirtschaftsoptimisten eher als immun gegen Rechtsextremismus erweisen, während rechtsextrem orientierte Wirtschaftspessimisten von Gewerkschaften angezogen werden, bewahrheitet sich nur für Berlin, dort aber auch für Gewerkschafter, die glauben, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse in den kommenden Jahren gleich bleiben werden (Neutrale).

e) Modernisierungsverlierer und Rechtsextremismus

Die Modernisierungsverliererthese behauptet, dass Modernisierungsverlierer besonders anfällig für Rechtsextremismus und besonders häufig gewerkschaftlich organisiert sind. Als (potenzielle) Modernisierungsverlierer hatten wir eingangs Befragte definiert, die der Unterschicht angehören und/oder sich als wirtschaftliche Zukunftspessimisten zu erkennen geben. Modernisierungsverlierer gelten in unserer Untersuchung dann als besonders anfällig für Rechtsextremismus, wenn ihr Einstellungspotenzial das der Bevölkerung um mindestens ein Fünftel übertrifft (Kriterium 1) und sie gelten als besonders häufig gewerkschaftlich organisiert, wenn der Anteil der Modernisierungsverlierer an den Gewerkschaftsmitgliedern um ein Fünftel größer ist als an den Unorganisierten (Kriterium 2).

Im vorstehenden Kapitel hatten wir keine hinreichenden Anhaltspunkte dafür gefunden, dass die Modernisierungsverliererthese auf die Unterschicht zutrifft.

Wir betrachten jetzt zunächst nur die Wirtschaftspessimisten. Aus Tabelle 25 in Verbindung mit Tabelle 3 ergibt sich, dass Wirtschaftspessimisten das erste Kriterium der Modernisierungsverliererthese in allen vier Untersuchungsgebieten erreichen: Sie sind häufiger rechtsextrem eingestellt als die Bevölkerung insgesamt. Allerdings sind sie nicht besonders häufig gewerkschaftlich organisiert (vgl. Tabellen 24, 26). Der Anteil der Wirtschaftspessimisten an der Bevölkerung in der Region macht 24 Prozent aus, an den Gewerkschaftsmitgliedern aber nur 22 Prozent. In den vier Untersuchungsgebieten liegt der jeweilige Bevölkerungsanteil stets höher als der entsprechende Gewerkschaftsanteil. Nur in West-Berlin liegt die Pessimistenrate bei den Organisierten höher als bei der Bevölkerung (31% zu 27%), das mit dem zweiten Kriterium geforderte Fünftel wird allerdings nicht erreicht. Bezieht man die Modernisierungsverliererthese nur auf Wirtschaftspessimisten, dann wird sie empirisch ebenso wenig bestätigt wie bei Angehörigen der Unterschicht.

Nun betrachten wir Modernisierungsverlierer als die Befragten, die zur Unterschicht zählen *und zugleich* Wirtschaftspessimisten sind. So gesehen können 10 Prozent der Bevölkerung in der Region als Modernisierungsverlierer bezeichnet werden, in Berlin 11 Prozent (West: 14%; Ost: 8%), in Brandenburg 9 Prozent (EVR: 5%; ÄER: 11%).

Von den Modernisierungsverlierern in der Region sind 27 Prozent rechtsextrem eingestellt, bei der Bevölkerung insgesamt macht das rechtsextreme Einstellungspotenzial nur 16 Prozent aus. Für die Region ist damit das erste Kriterium der Modernisierungsverliererthese erfüllt: Modernisierungsverlierer sind besonders anfällig für Rechtsextremismus. Tabelle 29 berichtet die Anteile für die vier Untersuchungsgebiete und vergleicht sie mit den Bevölkerungspotenzialen. Das erste Kriterium wird in drei Gebieten erreicht und nur in West-Berlin verfehlt.

Tabelle 29: Der Anteil des rechtsextremen Einstellungspotenzials an Modernisierungsverlierern¹⁾ und allen Befragten in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin - Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Modernisierungsverlierer	11	33	45	45
Alle Befragten	11	12	21	22

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.
 EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

1 Wirtschaftspessimisten (Tabelle 24) der Unterschicht (Anm. 34).

Das zweite Kriterium der Modernisierungsverliererthese können wir wegen geringer Fallzahlen nur für die Region und für die beiden Bundesländer überprüfen. Für die Region gilt - wie erwähnt -, dass 10 Prozent der Bevölkerung Modernisierungsverlierer sind, bei den gewerkschaftlich Organisierten beträgt der Anteil dagegen 7 Prozent. In Berlin zählen 11 Prozent der Bevölkerung und 9 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder zu den Modernisierungsverlierern, in Brandenburg 9 Prozent der Bevölkerung und 4 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder. Modernisierungsverlierer fühlen sich also den Gewerkschaften nicht übermäßig verbunden. Ihr Organisationsgrad beträgt in der Region 10 Prozent (Bevölkerung: 15%), in Berlin 12 Prozent (Bevölkerung: 16%) und in Brandenburg 7 Prozent (Bevölkerung: 14%). Das zweite Kriterium wird also nicht erreicht, und damit kann die Modernisierungsverliererthese, so wie sie hier operationalisiert wurde, endgültig ad acta gelegt werden: **Modernisierungsverlierer sind zwar besonders anfällig für Rechtsextremis-**

mus, aber sie sind nicht besonders häufig gewerkschaftlich organisiert. Letzteres dürfte vor allem darauf beruhen, dass die Unterschicht einen geringen Organisationsgrad aufweist (Tabelle 15) und dass Gewerkschaftsmitglieder, wie gerade dargestellt, weniger pessimistisch in die Zukunft blicken als Unorganisierte. Da Gewerkschafter auch etwas zufriedener mit der Demokratie sind als die Bevölkerung insgesamt, sehen wir uns in der Vermutung bestätigt, dass Gewerkschaften keineswegs nur Benachteiligte, Unterprivilegierte und Frustrierte organisieren.

Verweilen wir noch einen Augenblick beim rechtsextremen Einstellungspotenzial der Modernisierungsverlierer. In der Region übertrifft es mit 27 Prozent das rechtsextreme Einstellungspotenzial der Bevölkerung (16%) um mehr als ein Drittel. Und die gewerkschaftlich organisierten Modernisierungsverlierer überragen mit einem Rechtsextremismusanteil von 33 Prozent das Rechtsextremismuspotenzial aller Gewerkschafter (18%) um knapp die Hälfte. **Der Status des Modernisierungsverlierers begünstigt folglich bei Organisierten und Unorganisierten massiv die Empfänglichkeit für Rechtsextremismus.** Mit Blick auf die Bevölkerung gilt dies eher für Brandenburg als für Berlin, eher für das Gebiet der früheren DDR (Ost-Berlin, EVR, ÄER) als für West-Berlin. Mit Blick auf die Gewerkschafter trifft dies allerdings eher auf Berlin als auf Brandenburg zu⁴³.

Es liegt daher nahe, die **Anziehungsthese** auf Modernisierungsverlierer anzuwenden. **Sie trifft auf gewerkschaftlich organisierte Modernisierungsverlierer in der Region insgesamt und in Berlin, nicht aber in Brandenburg zu.** Offenbar handelt es sich bei den Rechtsextremisten, die überdurchschnittlich gewerkschaftlich organisiert sind, unter anderem auch um Modernisierungsverlierer. **Das Merkmal Modernisierungsverlierer trägt also zur Erklärung der Anziehungsthese bei.** Die Gewerkschaften versammeln in ihren Reihen zwar nicht viele Modernisierungsverlierer (daher trifft die Modernisierungsverliererthese nicht zu), aber die (wenigen) Modernisierungsverlierer, die sie organisieren, zeichnen sich durch ein beachtliches Rechtsextremismuspotenzial aus. Hier dürfte wiederum "relative Deprivation" eine Rolle spielen, was sich mit unserer schmalen Datenbasis aber nicht überprüfen lässt.

43 Wegen geringer Fallzahlen ist die Aufschlüsselung nach den vier Untersuchungsgebieten nicht möglich.

f) Einheitsgewinner bzw. –verlierer und Rechtsextremismus

Eine wichtige Ursache für Unzufriedenheit in der Region Berlin – Brandenburg könnte auch das Gefühl der Benachteiligung durch die deutsche Einheit darstellen. Wir haben erwartet, dass Einheitsverlierer ähnlich reagieren wie Zukunftspessimisten. Das trifft allerdings nur teilweise zu.

Tabelle 30: Der Anteil von Einheitsgewinnern, Neutralen und Einheitsverlierern an der Bevölkerung in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin - Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Gewinner	26	46	44	37
Weder – noch (Neutrale)	58	46	47	49
Verlierer	16	8	9	14

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.
EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Frage: "Wenn Sie für sich persönlich eine Bilanz nach der Wiedervereinigung ziehen, wozu zählen Sie sich dann alles in allem: zu den Gewinnern, zu den Verlierern oder weder zur einen noch zur anderen Gruppe?"

Als Einheitsgewinner bezeichnen sich 37 Prozent der Befragten in der Region, 13 Prozent halten sich für Einheitsverlierer und 50 Prozent reagieren neutral⁴⁴. Tabelle 30 enthält die Vergleichsdaten für die vier Untersuchungsgebiete. Dort, wo wirtschaftlicher Zukunftsoptimismus blüht, nämlich in Ost-Berlin und im EVR (Tabelle 24), herrscht auch große Einheitseuphorie. In West-Berlin treffen wir doppelt so viele Verlierer an wie in Ost-Berlin, im ÄER anderthalb Mal so viele wie im EVR. Das gilt grosso modo auch für Gewerkschaftsmitglieder, wobei sich allerdings die Ost-Berliner Gewerkschafter wesentlich häufiger zu den Einheitsgewinner zählen als die dortige Bevölkerung (+13 Prozentpunkte) (Tabelle 32).

44 Die Kategorie "weder-noch" ist verdächtig stark belegt, was Anlass zu der Vermutung gibt, dass sich hier viele "Drückeberger" einsortiert haben. Wir werden daher die folgende Analyse auf die Kontrastgruppen Gewinner – Verlierer beschränken.

Tabelle 31: Die Größe des rechtsextremen Einstellungspotenzials bei Einheitsgewinnern und Einheitsverlierern in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)

	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Gewinner	7	6	13	19
Verlierer	12	18	27	34

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Frage: "Wenn Sie für sich persönlich eine Bilanz nach der Wiedervereinigung ziehen, wozu zählen Sie sich dann alles in allem: zu den Gewinnern, zu den Verlierern oder weder zur einen noch zur anderen Gruppe?"

Tabelle 32: Der Anteil von Einheitsgewinnern und Einheitsverlierern an den Gewerkschaftsmitgliedern in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin - Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)

	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Gewinner	25	59	43	39
Verlierer	17	6	10	17

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Frage: "Wenn Sie für sich persönlich eine Bilanz nach der Wiedervereinigung ziehen, wozu zählen Sie sich dann alles in allem: zu den Gewinnern, zu den Verlierern oder weder zur einen noch zur anderen Gruppe?"

Einheitsverlierer sind generell anfälliger für Rechtsextremismus als Einheitsgewinner. Dem Konzept der "relativen Deprivation" folgend haben wir erwartet, dass die Verlierer in Ost-Berlin und im EVR besonders anfällig sind. Das trifft freilich nicht zu. Vielmehr wachsen die Rechtsextremismuspotenziale bei Gewinnern und Verlierern kontinuierlich von West-Berlin (7% bzw. 12%) über Ost-Berlin und den EVR bis zum ÄER (19% bzw. 34%).

Tabelle 33: Die Größe des rechtsextremen Einstellungspotenzials bei Einheitsgewinnern und Einheitsverlierern in der Bevölkerung und bei Gewerkschaftsmitgliedern (%) sowie Differenz Gruppenwerte Gewerkschaftsmitglieder minus Gruppenwerte Bevölkerung (Mit ./.. Bev) und Differenz Gruppenwerte Gewerkschaftsmitglieder minus Durchschnittswerte Gewerkschaftsmitglieder (Mit ./.. Durch) (jeweils in Prozentpunkten) in Berlin und Brandenburg im Mai/Juni 2000

Untersuchungsgruppen	Bevölkerung	Mitglieder	Mit. ./.. Bev.	Mit. ./.. Durch
Berlin				
Gewinner	6	10	+4	-6
Verlierer	13	*21	*+8	*+5
Alle Befragten	12	16	+4	0
Brandenburg				
Gewinner	16	14	-2	-7
Verlierer	33	*20	*-13	*-1
Alle Befragten	21	21	0	0

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen

Lesebeispiel: In Berlin sind 6 Prozent der Einheitsgewinner in der Bevölkerung und 10 Prozent der Einheitsgewinner unter den Gewerkschaftsmitgliedern rechtsextrem eingestellt. Die Differenz der Gruppenwerte (Mitglieder minus Bevölkerung) beträgt mithin +4. Da in Berlin insgesamt 16 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder zum rechtsextremen Einstellungspotenzial zählen, von den organisierten Einheitsgewinnern aber nur 10 Prozent rechtsextrem eingestellt sind, macht die Differenz zwischen dem Gruppenwert und dem Durchschnittswert -6 aus. Auf die Einheitsgewinner unter den Gewerkschaftsmitgliedern trifft die Spiegelbildthese nicht zu, weil die Toleranzmarge von +/- 20 Prozent deutlich überschritten wird. Da das Vorzeichen des für das Zweitkriterium maßgeblichen Werts negativ ist, kommt auch weder die Anziehungsthese noch die Immunisierungsthese in Betracht. Eine Zuordnung ist daher nicht möglich.

Auch in diesem Fall hat sich unsere Forschungshypothese nicht bestätigt, dass auf gewerkschaftlich organisierte Einheitsgewinner die Immunitätsthese und auf organisierte Einheitsverlierer die Anziehungsthese zutrifft. In Berlin erweisen sich Gewinner wie Verlierer unter den Gewerkschaftern als besonders anfällig für Rechtsextremismus, die Verlierer allerdings noch mehr als die Gewinner. In Brandenburg trifft eher das Gegenteil zu. Hinsichtlich der Ausgangsthesen sind folgende Befunde zu berichten:

Region

Einheitsgewinner: Spiegelbildthese

Einheitsverlierer: Spiegelbildthese

Berlin

Einheitsgewinner: Keine Zuordnung möglich?

Einheitsverlierer: Anziehungsthese?

Brandenburg

Einheitsgewinner: Spiegelbildthese

Einheitsverlierer: Keine Zuordnung möglich?

g) Sozialismus-Befürworter, DDR-Sympathisanten und Rechtsextremismus

Dass der Sozialismus eine gute Idee ist, die nur schlecht ausgeführt wurde, glauben 53 Prozent der Bevölkerung in der Region, 48 Prozent in Berlin und 59 Prozent in Brandenburg. Vergleichsweise zurückhaltend äußern sich die West-Berliner (41%), die Ost-Berliner stimmen zu 58 Prozent zu, die Befragten im EVR zu 56 Prozent und die im ÄER zu 61 Prozent. In der Zustimmung zu diesem Statement erkennen wir eine gewisse Kritik am Kapitalismus, also Unzufriedenheit mit der Wirtschafts- oder sogar Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik, ohne dass damit eine generelle Ablehnung des Systems verbunden sein muss. Die Befragten, die dem Statement zustimmen, bezeichnen wir als Sozialismus-Befürworter oder auch nur als Sozialisten.

**Tabelle 34: Der Zustimmung^{a)} zu den Statements
"Der Sozialismus ist im Grunde genommen eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde" und
"Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten"
in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg
im Mai/Juni 2000 (%)**

	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Sozialismus gute Idee	41	58	56	61
DDR mehr gute Seiten	9	28	28	34

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

a) Werte 5 bis 7 auf einer 7er-Skala.

Dass die DDR mehr gute als schlechte Seiten hatte, behaupten 24 Prozent der Befragten in der Region. Sie werden hier als DDR-Sympathisanten oder auch als DDR-Nostalgiker bezeichnet. In Berlin macht ihr Anteil 17 Prozent (West: 9%; Ost: 28%) aus, in Brandenburg 32 Prozent (EVR: 28%; ÄER: 34%). Die "Wessis" sind also, anders als die "Ossis", mit dieser Bewertung kaum einverstanden.

Ist das hohe Niveau an Befürwortung des Sozialismus-Statements schon bemerkenswert, so überrascht noch mehr, dass die Zustimmung zu diesem Statement bei der Bevölkerung mit der Rechtsextremismus-Skala korreliert, nicht sehr heftig, aber signifikant⁴⁵. Je stärker die Zustimmung zu der Aussage, desto höher die Werte auf der Rechtsextremismus-Skala, **je intensiver der Glaube an den Sozialismus, desto größer die Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Dies gilt entsprechend für die Zustimmung zum DDR-Statement**, wobei der statistische Zusammenhang hier sogar noch etwas enger ausfällt, als beim Sozialismus-Statement.

Tabelle 35: Die Größe des rechtsextremen Einstellungspotenzials bei den Befragten, die den Statements *"Der Sozialismus ist im Grunde genommen eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde"* und *"Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten"* zustimmen^{a)} in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)

	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Sozialismus gute Idee	14	17	31	23
DDR mehr gute Seiten	20	21	36	30

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

a) Werte 5 bis 7 auf einer 7er-Skala.

In Berlin sind 16 Prozent der Sozialismus-Befürworter rechtsextrem eingestellt (Bevölkerung: 12%), was ein "Surplus" von 4 Prozentpunkten gegenüber der Bevölkerung bedeutet. Der Anteil des rechtsextremen Einstellungspotenzials an den Befragten, die dem Sta-

45 Für weitere Details siehe weiter unten.

tement nicht zustimmen, beträgt dagegen nur 7 Prozent. In Brandenburg sind 26 Prozent der Sozialismus-Anhänger rechtsextrem eingestellt (+5 PP gegenüber der Bevölkerung), der Rechtsextremismusanteil der Befragten, die das Statement zurückweisen, macht nur 15 Prozent aus. Die Sozialismus-Befürworter im EVR sind besonders anfällig für Rechtsextremismus (31%), die in West-Berlin vergleichsweise wenig (14%) (Tabelle 35).

Noch höhere Werte erzielen die DDR-Sympathisanten. In Berlin sind 21 Prozent von ihnen rechtsextrem eingestellt (+9 PP gegenüber der Bevölkerung), in Brandenburg 32 Prozent (+11 PP gegenüber der Bevölkerung). Den Spitzenanteil erreichen wiederum die Märker im EVR mit 36 Prozent, was 15 Prozentpunkte über dem dortigen Bevölkerungsdurchschnitt liegt. Und die wenigen West-Berliner DDR-Sympathisanten bringen es hinsichtlich ihres rechtsextremen Einstellungspotenzials auf 20 Prozent, womit sie den Bevölkerungsdurchschnitt um 9 Prozentpunkte übertreffen.

Tabelle 36: Der Zustimmung^{a)} zu den Statements "Der Sozialismus ist im Grunde genommen eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde" und "Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten" bei Gewerkschaftsmitgliedern in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Sozialismus gute Idee	39	58	62	66
DDR mehr gute Seiten	6	31	27	33

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

a) Werte 5 bis 7 auf einer 7er-Skala.

Die Gewerkschaftsmitglieder unterscheiden sich in der Bewertung beider Statements nur unwesentlich von der Bevölkerung. Bemerkenswert mag der Umstand sein, dass die West-Berliner Gewerkschafter um ein Drittel weniger DDR-Nostalgie pflegen als die Bevölkerung (Tabelle 36).

Nicht nur in der Bevölkerung sondern auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern sind die Befürworter des Sozialismus und die DDR-Sympathisanten besonders anfällig für Rechtsextremismus, und zwar sowohl in Berlin als auch in Brandenburg. Umgekehrt gilt, dass die Ablehner des Sozialismus-Statements und die Personen, die nicht zu den DDR-Nostalgikern zählen, unterdurchschnittlich zum Rechtsextremismus neigen – wiederum sowohl in Berlin als auch in Brandenburg (Tabellen 37, 38). **Sozialistische Neigungen und DDR-Nostalgie begünstigen also bei Organisierten und Unorganisierten die Anfälligkeit für Rechtsextremismus, bei ersteren scheinbar noch mehr als bei letzteren.**

Tabelle 37: Die Größe des rechtsextremen Einstellungspotenzials bei Befürwortern und Ablehnern des Sozialismus-Statements in der Bevölkerung und bei Gewerkschaftsmitgliedern (%) sowie Differenz Gruppenwerte Gewerkschaftsmitglieder minus Gruppenwerte Bevölkerung (Mit ./ . Bev) und Differenz Gruppenwerte Gewerkschaftsmitglieder minus Durchschnittswerte Gewerkschaftsmitglieder (Mit ./ . Durch) (jeweils in Prozentpunkten) in Berlin und Brandenburg im Mai/Juni 2000				
Untersuchungsgruppen	Bevölkerung	Mitglieder	Mit. ./ . Bev.	Mit. ./ . Durch
Berlin				
Befürworter Sozialismus	16	20	+4	+4
Ablehner Sozialismus	7	10	+3	-6
Alle Befragten	12	16	+4	0
Brandenburg				
Befürworter Sozialismus	26	24	-2	+3
Ablehner Sozialismus	15	14	-1	-7
Alle Befragten	21	21	0	0

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

Lesebeispiel: In Berlin sind 16 Prozent der Befürworter des Sozialismus in der Bevölkerung und 20 Prozent der Befürworter des Sozialismus unter den Gewerkschaftsmitgliedern rechtsextrem eingestellt. Die Differenz der Gruppenwerte (Mitglieder minus Bevölkerung) beträgt mithin +4. Da in Berlin insgesamt 16 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder zum rechtsextremen Einstellungspotenzial zählen, von den organisierten Sozialismus-Befürwortern aber 20 Prozent rechtsextrem eingestellt sind, macht die Differenz zwischen dem Gruppenwert und dem Durchschnittswert +4 aus. Auf die Sozialismus-Befürworter unter den Gewerkschaftsmitgliedern trifft die Anziehungsthese zu, weil beide Anziehungskriterien erfüllt sind.

Interpretiert man diesen Befund im Lichte des Unzufriedenheitstheorems, dann signalisieren Sympathien für Sozialismus und DDR-Nostalgie Kritik am ökonomisch-sozialen Status

quo, vermutlich sogar am Zustand des Systems insgesamt. Da Sympathien für Sozialismus und DDR-Nostalgie – jedenfalls im Selbstverständnis der Befragten – eher linksgerichtete Orientierungen darstellen und da beides stärker von Gewerkschaftern als von Unorganisierten gepflegt wird, erklärt sich so auch das oben (Kapitel 5a) dargestellte Wertemuster der Gewerkschaftsmitglieder. Zur Erinnerung: Gewerkschafter sind besonders stark am Grundwert soziale Gerechtigkeit orientiert, rechtsextreme Gewerkschafter noch mehr als die übrigen. Rechtsextreme Einstellungen sind also nicht unvereinbar mit einer linken Selbsteinstufung, offenbar vor allem dann nicht, wenn die Unzufriedenheit am Status quo primär sozioökonomisch motiviert ist. Wir können diesen Gedanken hier mangels eines geeigneten Frageprogramms nicht weiter verfolgen. **Allerdings sind erhebliche**

Tabelle 38: Die Größe des rechtsextremen Einstellungspotenzials bei DDR-Sympathisanten und bei Befragten, die keine besonderen Sympathien für die DDR zeigen, in der Bevölkerung und bei Gewerkschaftsmitgliedern (%) sowie Differenz Gruppenwerte Gewerkschaftsmitglieder minus Gruppenwerte Bevölkerung (Mit ./ . Bev) und Differenz Gruppenwerte Gewerkschaftsmitglieder minus Durchschnittswerte Gewerkschaftsmitglieder (Mit ./ . Durch) (jeweils in Prozentpunkten) in Berlin und Brandenburg im Mai/Juni 2000

Untersuchungsgruppen	Bevölkerung	Mitglieder	Mit. ./ . Bev.	Mit ./ . Durch
Berlin				
DDR-Sympathisanten	21	20	-1	+4
Keine DDR-Sympathisanten	10	13	+3	-3
Alle Befragten	12	16	+4	0
Brandenburg				
DDR-Sympathisanten	32	44	+12	+23
Keine DDR-Sympathisanten	17	12	-5	-9
Alle Befragten	21	21	0	0

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

Lesebeispiel: In Berlin sind 21 Prozent der DDR-Nostalgiker in der Bevölkerung und 20 Prozent der DDR-Nostalgiker unter den Gewerkschaftsmitgliedern rechtsextrem eingestellt. Die Differenz der Gruppenwerte (Mitglieder minus Bevölkerung) beträgt mithin -1. Da in Berlin insgesamt 16 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder zum rechtsextremen Einstellungspotenzial zählen, von den organisierten DDR-Nostalgikern aber 20 Prozent rechtsextrem eingestellt sind, macht die Differenz zwischen dem Gruppenwert und dem Durchschnittswert +4 aus. Auf die DDR-Nostalgiker unter den Gewerkschaftsmitgliedern trifft die Spiegelbildthese zu, weil die Toleranzmarge von +/- 20 Prozent mit dem Wert -1 nicht überschritten wird.

Zweifel an der - der Immunisierungsthese zugrunde liegenden - Behauptung angebracht, dass ein (wie auch immer geartetes) linkes Selbstverständnis quasi per se eine Barriere gegen Rechtsextremismus bildet.

Betrachtet man die Verteilung der rechtsextremen Einstellungspotenziale unter diesem Blickwinkel, dann finden sich weitere Begründungen dafür, dass Rechtsextremismus in Brandenburg stärkere Verbreitung findet als in Berlin, und dass die West-Berliner Gewerkschafter besonders anfällig für Rechtsextremismus sind. In der Mark ist der Anteil an rechtsextremen Sozialismus-Befürwortern und DDR-Nostalgikern deutlich höher als in Berlin, wobei die Werte für West-Berlin und Ost-Berlin bzw. für den EVR und den ÄER sehr ähnlich ausfallen. Zudem sind die sozialistischen West-Berliner Gewerkschafter doppelt so anfällig für Rechtsextremismus wie ihre Ost-Berliner Kollegen: Das Verhältnis beträgt 28 Prozent zu 14 Prozent. Mit dem Vorbehalt geringer Fallzahlen scheint das auch für DDR-Sympathisanten zu gelten: DDR-nostalgische Gewerkschafter sind in West-Berlin zu 33 Prozent rechtsextrem eingestellt, in Ost-Berlin nur zu 17 Prozent (ohne Tabelle).

Abschließend werden noch die Ausgangsthesen für die Region und für Berlin und Brandenburg überprüft.

Sozialismus

Region

Befürworter: Spiegelbildthese
Ablehner: Spiegelbildthese

Berlin

Befürworter: Anziehungsthese
Ablehner: Keine Zuordnung möglich

Brandenburg

Befürworter: Spiegelbildthese
Ablehner: Spiegelbildthese

Da sich Sozialismus bei der Bevölkerung und mehr noch bei den Gewerkschaftsmitgliedern als Prädiktor für Rechtsextremismus erweisen hat, konnte erwartet werden, dass für Sozialismus-Befürworter unter den Gewerkschaftern die Anziehungsthese gilt. Zumeist trifft dies aber nicht zu, weil die Unterschiede zwischen Bevölkerung und Gewerkschaftern

noch durch die Spiegelbildthese abgedeckt werden. Nur in Berlin ist der Unterschied so groß, dass auf sozialistische Gewerkschafter die Anziehungsthese zutrifft. Bei den organisierten DDR-Sympathisanten bestätigt sich die Anziehungsthese für die Region insgesamt und für Brandenburg, dort gilt auch für die nicht-nostalgischen Gewerkschafter die Immunisierungsthese.

DDR-Sympathisanten

Region

Sympathisanten: Anziehungsthese
Keine Sympathien: Spiegelbildthese

Berlin

Sympathisanten: Spiegelbildthese
Keine Sympathien: Keine Zuordnung möglich

Brandenburg

Sympathisanten: Anziehungsthese
Keine Sympathien: Immunisierungsthese

h) Die Ausgangsthesen im Überblick

Tabelle 39 enthält die in diesem Kapitel durchgeführten Überprüfungen der Ausgangsthesen (ohne die Urheberthese). Zur Interpretation der Tabelle sei an die Operationalisierung der Thesen erinnert. Nach der (speziellen) Spiegelbildthese entspricht die Anfälligkeit für Rechtsextremismus einer spezifischen Gruppe von Gewerkschaftsmitgliedern im Großen und Ganzen (+/- 20%) der der entsprechenden Gruppe in der Bevölkerung. Die Immunisierungsthese bedeutet, dass eine Gruppe von Gewerkschaftern deutlich weniger (mindestens 20%) anfällig für Rechtsextremismus ist als die entsprechende Gruppe in der Bevölkerung *und* als die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt. Gewerkschafter aus der Oberschicht sind beispielsweise dann immun gegenüber Rechtsextremismus, wenn sie sowohl im Vergleich zu allen übrigen Oberschichtangehörigen als auch im Vergleich zu allen Gewerkschaftern ein geringes Einstellungspotenzial aufweisen. Beide Bedingungen zusammen genommen stellen eine ziemlich hohe Hürde dar (was dem allgemeinen Verständnis von Immunität aber durchaus entspricht). Die Anziehungsthese bedeutet exakt das Gegenteil. Da die Modernisierungsverliererthese nicht aktuell ist, wird sie hier übergangen.

Eine Zuordnung zu einer der drei Thesen ist nicht möglich, wenn die Marge der Spiegelbildthese zwar überschritten, die Hürden für die Immunisierung- bzw. Anziehungsthese aber nicht genommen wird. "Keine Zuordnung möglich" weist also auf eine Zwischenposition hin, die überhaupt nicht existieren würde, wenn wir die Toleranzmarge für die Spiegelbildthese breiter gefasst und/oder die Hürden für die Immunisierung- bzw. Anziehungsthese niedriger gehängt hätten.

Tabelle 39: Die Ausgangsthesen (ohne Urheberthese) für Gewerkschaftsmitglieder in der Region insgesamt, in Berlin und in Brandenburg			
	Region	Berlin	Brandenburg
Beurteilung der Demokratie			
Zufriedene	Keine Zuordn	Keine Zuordn	Keine Zuordn
Politikverdrossene	Spiegelbild	Immunisierung	Spiegelbild
Demokratieverdrossene	Spiegelbild	Anziehung	Spiegelbild
Wirtschaftliche Zukunftserwartungen			
Optimisten	Keine Zuordn	Spiegelbild	Keine Zuordn
Neutrale	Spiegelbild	Anziehung	Immunisierung
Pessimisten	Spiegelbild	Anziehung	Spiegelbild
Modernisierungsverlierer	Anziehung	Anziehung	Keine Zuordn
Einheitsgewinner	Spiegelbild	Keine Zuordn?	Spiegelbild
Einheitsverlierer	Spiegelbild	Anziehung?	Keine Zuordn?
Sozialismus-Befürworter	Spiegelbild	Anziehung	Spiegelbild
Sozialismus-Ablehner	Spiegelbild	Keine Zuordn	Spiegelbild
DDR-Sympathisanten	Anziehung	Spiegelbild	Anziehung
Keine DDR-Sympathisanten	Spiegelbild	Keine Zuordn	Immunisierung

Anziehung: Anziehungsthese.
 Immunisierung: Immunisierungsthese.
 Spiegelbild: Spiegelbildthese.

Keine Zuordn: Keine Zuordnung möglich.
 ? Wegen geringer Fallzahlen nur Vermutung.

In diesem Kapitel wurden Gruppen von Gewerkschaftern untersucht, die durch gemeinsame Einstellungen charakterisiert sind. Wenn in Tabelle 39 zunächst nur die Region Berlin – Brandenburg in Augenschein genommen wird, dann herrscht die Spiegelbildthese vor. Die Anziehungsthese gilt nur für gewerkschaftlich organisierte Modernisierungsverlie-

rer und DDR-Sympathisanten, die Immunisierungsthese trifft auf keine der untersuchten Gruppen zu. Erst wenn die Befunde für Berlin und Brandenburg in die Betrachtung einbezogen werden, machen sich Besonderheiten bemerkbar. Diese Besonderheiten heben sich auf der höheren Aggregationsebene (Region) gegenseitig (teilweise) auf. Daher stoßen wir dort besonders häufig auf die Spiegelbildthese.

Dieser Effekt gilt im Prinzip für alle Untersuchungen: Je tiefer man in die Materie eindringt, desto komplizierter werden die Verhältnisse. Stabil sind meistens nur die großen Aggregate. Für die Analyse des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus ist allerdings ein gewisser Tiefgang notwendig, um Besonderheiten aufzudecken, die für die Konzipierung von Gegenmaßnahmen hilfreich sein könnten. Wenn beispielsweise für eine Hälfte der Gewerkschafter die Immunisierungsthese und für die andere die Anziehungsthese gilt, ergibt sich unter dem Strich die Spiegelbildthese. Dieser Gesamtbefund würde erstens dem Charakter der Gewerkschaften nicht gerecht, weil er ausblendet, dass immerhin die Hälfte der Mitglieder dem allgemeinpolitischen Anspruch der Gewerkschaften und ihrem Selbstverständnis als Wertegemeinschaft entspricht, und er wäre zweitens für die Praxis gegen Rechtsextremismus völlig wertlos, weil er sowohl die Adressatengruppen als auch die Trägergruppen gewerkschaftlicher Gegenmaßnahmen unter den Tisch fallen lässt. Eine gewisse Differenzierung ist also notwendig, um das Untersuchungsziel zu erreichen.

Wir können mit den bescheidenen Mitteln unseres Datensatzes nur auf einige Unterschiede zwischen Berlin und Brandenburg hinweisen und damit verdeutlichen, dass zwar bei oberflächlicher Betrachtung der Region die Spiegelbildthese vorzuherrschen scheint, dass bei genauerem Hinsehen aber eine komplexe Gruppenstruktur besteht.

Auffällig ist zunächst, dass auf Berliner Gewerkschafter die Anziehungsthese häufiger zutrifft als auf ihre Kollegen in Brandenburg. In Berlin sind die Gewerkschaftsmitglieder besonders zugänglich für Rechtsextremismus, die zu den Demokratieverdrossenen, den Zukunftspessimisten, den Modernisierungsverlierern, den Sozialismus-Befürwortern und möglicherweise auch zu den Einheitsverlierern zählen. In Brandenburg gilt die Anziehungsthese nur für die DDR-Nostalgiker. Die Immunisierungsthese trifft in Brandenburg auf zwei Gewerkschaftergruppen (keine DDR-Nostalgiker, hinsichtlich der wirtschaftlichen Zukunftserwartungen Neutrale) und in Berlin auf eine

Gruppe (Politikverdrossene) zu. Nachvollziehbar ist dies freilich nur bei den Organisierten, die keine DDR-Nostalgie zeigen.

Leider erlauben es unsere Fallzahlen nicht, zwischen Ost- und West-Berlin zu unterscheiden. Möglicherweise liegt in der Tatsache, dass in Berlin die Anziehungsthese so oft zutrifft, eine Erklärung dafür, dass West-Berliner Gewerkschafter besonders anfällig für Rechtsextremismus sind.

Wir können unsere Liste der Zwischenbefunde nun wie folgt ergänzen:

- **Auch bei den Einstellungsuntersuchungen zeigt sich, dass die Spiegelbildthese wohl eher auf die großen Aggregate - hier auf die Region insgesamt - zutrifft. In Berlin und Brandenburg bestehen teilweise recht unterschiedliche Verhältnisse: Während für Berliner Gewerkschafter besonders oft die Anziehungsthese gilt, trifft auf die Organisierten in Brandenburg häufiger die Spiegelbildthese zu.**
- **Die Immunisierungsthese bewahrheitet sich nur bei drei der hier untersuchten Gruppen, wobei sie nur bei einer Gruppe vernünftig interpretierbar ist (Gewerkschafter ohne DDR-Nostalgie). Jedenfalls bestätigte sie sich nicht bei den Gruppen, bei denen wir es erwartet hätten (z.B. Zufriedene mit der Demokratie, Zukunftsoptimisten).**
- **Für die Modernisierungsverliererthese haben wir auch bei den Einstellungsuntersuchungen keine empirische Evidenz gefunden. Vermutlich bildet diese These einen Sonderfall der Anziehungsthese. Jedenfalls erweisen sich gewerkschaftlich organisierte Modernisierungsverlierer in der Region und in Berlin (aber nicht in Brandenburg) als besonders anfällig für Rechtsextremismus. Dass - wie wir vermutet hatten - die Einheitsverlierer das Ost-Pendant zur den Modernisierungsverlierer im Westen darstellen, trifft nicht zu. Eher kontrastieren die gewerkschaftlich organisierten DDR-Nostalgiker im Osten mit den Modernisierungsverlierern unter den Gewerkschaftsmitgliedern im Westen.**

i) Ursachenanalyse

Das Ziel der Untersuchung besteht darin, die eingangs vorgestellten Thesen über gewerkschaftlichen Rechtsextremismus zu überprüfen. Da diese Thesen im Kern Gemeinsamkeiten oder Unterschiede zwischen der Bevölkerung und den Gewerkschaftsmitgliedern behaupten, haben wir für eine Reihe von Bevölkerungs- und Gewerkschaftergruppen Vergleiche hinsichtlich ihrer Anfälligkeit für Rechtsextremismus durchgeführt. Die Analyse konzentrierte sich also zunächst einmal auf **Gruppenvergleiche**. Derartige Vergleiche fördern Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Gruppen zu Tage, mehr nicht. **Sie sagen (fast) nichts über die Ursachen von Rechtsextremismus aus.**

Nun sind wir gleich zu Beginn unserer Untersuchung auf die überraschende Tatsache gestoßen, dass die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern im regionalen Vergleich teilweise eklatant von der bei der Bevölkerung abweicht. So erweisen sich beispielsweise die West-Berliner Gewerkschafter als doppelt so anfällig für Rechtsextremismus wie die West-Berliner Bevölkerung. Damit drängte sich eine zusätzliche, ursprünglich nicht vorgesehene, Fragestellung auf: Worauf beruhen diese Abweichungen? Sie zielt geradewegs auf die **Entstehungsbedingungen für Rechtsextremismus**. Daher hatten wir bei den Gruppenvergleichen immer auch mögliche Ursachen für Rechtsextremismus im Blick. Beispielsweise haben wir bei der Interpretation der Tabelle 21 (S. 67) nicht nur einen Gruppenvergleich angestellt sondern auch konstatiert, dass rechtsextreme Einstellungen mit wachsender Unzufriedenheit mit der Demokratie zunehmen, und daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass Unzufriedenheit mit der Demokratie eine Ursache für Rechtsextremismus darstellt. Dass tatsächlich ein statistischer Zusammenhang zwischen beiden Variablen existiert, haben wir an dieser Stelle nicht dargestellt sondern auf einen späteren Untersuchungsschritt verwiesen.

Auf die Bedeutung von Ursachen sind wir aber noch an einer anderen Stelle unserer Untersuchung gestoßen, bei der Frage nämlich, ob sich die Spiegelbildthese nicht auch auf die Ursachen des Rechtsextremismus bei Organisierten und Unorganisierten beziehen sollte. Daher werden wir nun den Versuch unternehmen, einige **Thesen zu den Ursachen des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus** zu entwickeln.

Dazu zunächst eine **methodische Anmerkung**: Ein Zusammenhang zwischen zwei Variablen besteht dann, wenn die Werte dieser Variablen gemeinsam systematisch variieren. Dann spricht man auch von einer **Korrelation**. Eine *positive* Korrelation liegt beispielsweise vor, wenn mit wachsender Zukunftsangst auch der Wert auf der Rechtsextremismus-Skala steigt. Mit einer *negativen* Korrelation hätten wir es zu tun, wenn die Rechtsextremismus-Werte mit steigendem Einkommen abnehmen. Letzteres bedeutet, dass die Befragten um so weniger rechtsextrem eingestellt sind, desto besser sie materiell versorgt sind. Kurz: je reicher desto weniger rechtsextrem.

Wenn zwei Variablen miteinander korrelieren, sagt das noch nichts darüber aus, was Ursache und was Wirkung ist. Das kann nur vermutet oder nach Plausibilitäts Gesichtspunkten entschieden werden. In unserem Beispiel wäre es absurd anzunehmen, dass das Einkommen von der Anfälligkeit für Rechtsextremismus abhängt. Plausibel ist vielmehr die Behauptung, dass ein gutes Einkommen der Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen entgegen wirkt.

Korrelationen werden mittels Koeffizienten gemessen, die Auskunft darüber geben, wie stark die gemessenen Zusammenhänge sind und welche Richtung sie haben (positiv oder negativ). Wir verwenden hier zunächst aus Gründen, die nicht erläutert werden sollen, den von Kendall entwickelten Koeffizienten TAU C (τ_c), der sich für die vorgesehenen Berechnungen gut eignet. Eine Übersicht über alle gemessenen Zusammenhänge zwischen der Rechtsextremismus-Skala und ausgewählten Variablen für die Region insgesamt, für Berlin und Brandenburg und schließlich für die vier Untersuchungsgebiete jeweils für Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder findet sich in Tabelle 40. Bei der Messung von Zusammenhängen ist darauf zu achten, dass die gemessenen Werte **signifikant** sind, dass also die Irrtumswahrscheinlichkeit möglichst gering ist. Wir haben in der Tabelle alle Werte mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit über 5 Prozent mit einem Sternchen versehen.

Bevor wir die Ergebnisse der Korrelationsanalysen berichten, sei noch an ein früheres Ergebnis unserer Untersuchung erinnert: Bei den **Sozialstrukturanalysen** hatten wir konstatiert, dass rechtsextreme Einstellungen nicht von Geschlecht, Alter und Beruf abhängen (s. oben S. 43f.). Ein schwacher Zusammenhang zeigt sich nur bei der aus Bildung und Einkommen gebildeten Schichtvariable: Je niedriger die Schichtzugehörigkeit, desto höher die Werte auf der Rechtsextremismus-Skala. Mit anderen Worten: Wer der Unterschicht an-

gehört, ist besonders anfällig für Rechtsextremismus. Bei Gewerkschaftsmitgliedern gilt für die Oberschicht die Immunisierungsthese.

Tabelle 40 berichtet die Korrelationskoeffizienten der in die Analyse einbezogenen Wertorientierungen und Einstellungen mit der Rechtsextremismus-Skala – jeweils für Unorganisierte und Organisierte in den Untersuchungsgebieten der Region. Wir werden mit einem Zahlenwust konfrontiert, der keine klare Struktur erkennen lässt. Einige Variablen erzielen passable Werte, für andere gilt das teilweise, und wieder andere tragen wenig zur Ursachenanalyse bei. Auffällig ist, dass die Werte für Mitglieder und Nicht-Mitglieder kaum miteinander korrespondieren. **Hinsichtlich der Ursachen von Rechtsextremismus stellen die Gewerkschaftsmitglieder offenbar kaum ein Spiegelbild der Gesellschaft dar.**

Zum Zweck der Komplexitätsreduktion haben wir uns einiger statistischer Verfahren bedient, die hier nicht erläutert werden können. Das Ergebnis lautet so: **Etatismus** bleibt als einziger erklärungsmächtiger Grundwert im Rennen. Die Einstellungsvariablen werden zu einer kumulativen Variable "**allgemeine Unzufriedenheit**" zusammengefasst, die gewissermaßen pauschal für das Unzufriedenheitstheorem steht. Dieses Vorgehen ist plausibel, denn Tabelle 40 lehrt uns, dass beide Untersuchungsgruppen (Organisierte und Unorganisierte) jeweils in irgendeinem Untersuchungsgebiet Rechtsextremismus begünstigende Einstellungen bzw. Wertorientierungen aufweisen. Die Variable "allgemeine Unzufriedenheit" häufelt die jeweiligen Flicker des Teppichs. Mit einer anderen Methode haben wir herausgefunden, dass sich die Einstellungsvariablen "Demokratiezufriedenheit", "wirtschaftliche Zukunftserwartungen", "Einheitsgewinner/-verlierer", "Haltung zum Sozialismus" und "Haltung zur DDR" auf zwei Hintergrundvariablen reduzieren lassen, die auch "Faktoren" genannt werden. Der erste Faktor lässt sich als **Unzufriedenheit mit dem System, als Systemverdrossenheit oder wenigstens doch als Distanz gegenüber dem System**, der zweite Faktor als **Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und politischen Situation** interpretieren. Der erste Faktor zielt offenbar auf eine eher grundsätzliche Kritik, während der zweite Faktor eher auf einzelne Erscheinungsformen des Systems zielt, ohne es insgesamt zu kritisieren. Wir haben allerdings keinen Anlass anzunehmen, dass Unzufriedenheit mit dem System mit Ablehnung gleichzusetzen ist. Das mag bei einigen Befragten der Fall sein, gilt aber nicht generell. Der erste Faktor erklärt übrigens 35 Prozent (der Varianz) der Rechtsextremismus-Skala, der zweite Faktor weitere 23 Prozent, beide zusammen also 58 Prozent.

Tabelle 40: Korrelationskoeffizienten ($\tau_C \times 1000$) ausgewählter Einstellungen mit der Rechtsextremismus-Skala für die Region Berlin – Brandenburg, für beide Länder und für die vier Untersuchungsgebiete im Vergleich von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern (Mai/Juni 2000)

	ETAT		LIB		SOZGER		MARKT		DEMOZU		WIRTZUKU		EINHEIT		SOZIALISMUS		DDR	
	N-Mit	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit	Mit
Region	270	260	-78	-121	-73	*-40	-149	-97	235	110	145	*92	75	*40	135	*80	243	103
Bln	307	285	-90	-168	-163	*-16	-95	*-100	182	*129	120	150	62	*61	108	*-13	176	*-78
Brbg	161	176	*-56	*-50	*16	*-83	-177	*-76	208	*84	176	*24	122	*18	112	130	237	252
W-Bln	299	270	*-57	*-104	-251	*-64	-81	-167	166	*70	105	*130	*76	*125	*57	*1	125	*-136
O-Bln	311	325	-112	-316	-78	*-13	-95	*-26	171	235	184	*76	103	*-34	139	*-6	202	*-3
EVR	217	*91	-87	*-12	*-36	*-75	*-66	*6	228	200	229	*107	146	*168	178	219	277	244
ÄER	118	*153	*-56	*6	*58	*-75	-207	*-102	190	*29	127	*-27	*72	*-6	81	*101	196	294

ETAT Etatismus (niedrig – hoch).
LIB Libertarismus (niedrig – hoch).
SOZGER Soziale Gerechtigkeit (niedrig – hoch).
MARKT Marktfreiheit (niedrig – hoch).
DEMOZU Demokratiezufriedenheit (Zufriedene, Politikverdrossene, Demokratieverdrossene).
WIRTZUKU Wirtschaftl. Zukunftserwartungen (besser, gleich, schlechter).
EINHEIT Gewinner, Neutrale, Verlierer der deutschen Einheit.
SOZIALISMUS Sozialismus gute Idee nur schlecht ausgeführt.
DDR DDR mehr gute als schlechte Seiten.

N-Mit Gewerkschaftlich nicht organisierte Befragte.
Mit Gewerkschaftsmitglieder.
Bln Berlin.
Brbg Brandenburg.
EVR Engerer Verflechtungsraum.
ÄER Äußerer Entwicklungsraum.
* Nicht signifikant (Niveau: 0.05).

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

Tabelle 41 stellt im Grunde genommen die komprimierte Version der Tabelle 40 dar. Sie enthält nur noch den Grundwert Etatismus sowie die Einstellungsvariablen "allgemeine Unzufriedenheit", "wirtschaftlich-politische Unzufriedenheit" (Faktor 2) und "Unzufriedenheit mit dem System" (Faktor 1). Aus hier nicht weiter zu erläuternden Gründen verwenden wir in dieser Tabelle den von Pearson entwickelten Korrelationskoeffizienten r . Eine Inspektion der Werte für Etatismus in den Tabellen 40 und 41 zeigt, dass die Unterschiede nicht gravierend sind. Die Daten in beiden Tabellen dürfen selbstverständlich nicht miteinander verglichen werden.

Tabelle 41: Korrelationskoeffizienten ($r \times 1000$) ausgewählter Einstellungen mit der Rechtsextremismus-Skala für die Region Berlin – Brandenburg, für beide Länder und für die vier Untersuchungsgebiete im Vergleich von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern (Mai/Juni 2000)								
	Wert Etatismus		Allgemeine Unzufriedenheit		Wirtschaftl.-polit. Unzufriedenheit		Unzufriedenheit mit dem System	
	N-Mit	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit	Mit
Region	304	268	336	284	200	*117	305	161
Bln	343	257	286	238	175	185	259	*-36
Brbg	197	*187	336	299	226	*39	266	275
W-Bln	327	286	271	265	162	*145	203	*-56
O-Bln	355	259	289	250	225	261	297	*-4
EVR	231	*151	394	515	277	297	328	301
ÄER	172	*204	299	*186	190	*-121	224	248

Wahlberechtigte Bevölkerung, $n=1850$; Datenquelle: forsa.

Bln Berlin.
 Brbg Brandenburg.
 EVR Engerer Verflechtungsraum.
 ÄER Äußerer Entwicklungsraum.
 N-Mit Gewerkschaftlich nicht organisierte Befragte.
 Mit Gewerkschaftsmitglieder.
 * Nicht signifikant (Niveau: 0.05).

Tabelle 41 zeigt, dass die angestrebte Komplexitätsreduktion im Großen und Ganzen geglückt ist. Das gilt vor allem für die Variable "allgemeine Unzufriedenheit". Erst durch die Aufsummierung aller von unserer Umfrage ermittelten unerfüllten Ansprüche und frustrierenden Erfahrungen wird deutlich, **dass Rechtsextremismus mit wachsender (allgemeiner) Unzufriedenheit zunimmt**, dass Unzufriedenheit eine Ursache für Rechtsextremismus darstellt. Bei den einzelnen Befragten kann es sich um sehr unterschiedliche Ob-

jekte handeln, auf die sich ihr Rechtsextremismus begünstigender Missmut bezieht. Dabei mag es sich um Kritik an irgendwelchen politischen Sachverhalten handeln, um als besonders unbefriedigend empfundene wirtschaftliche oder soziale Entwicklungen oder um Trauer über das Scheitern bzw. über die "Abwicklung" der DDR. Dass wir mit den in unseren Daten aufgespürten Unzufriedenheiten nur knapp 60 Prozent der Rechtsextremismus-Skala erklären können, verdeutlicht die Breite des Feldes möglicher Ursachen. In Betracht kommen vor allem auch Missstände und Enttäuschungen in der Arbeitswelt, die in unserer Befragung überhaupt nicht berücksichtigt sind. **Jedenfalls erschließen sich die Zusammenhänge erst, wenn die speziellen individuellen Unzufriedenheiten herausgefiltert und gebündelt werden.**

Ein übertrieben hohes Abstraktionsniveau läuft allerdings Gefahr, relevante Strukturen einzuebnen. Eine sachgerechte Systematisierung der Unzufriedenheiten trägt durchaus zu relevanten Einsichten bei, wie die Unterscheidung zwischen der Unzufriedenheit mit dem System und wirtschaftlich-politischer Unzufriedenheit belegt. Hier dürften sich mittels einem umfassenderen Fragenprogramm weitere Typen von Unzufriedenheit eröffnen. Geboten ist daher ein mittleres Abstraktionsniveau, das Zusammenhänge erkennbar macht, ohne wesentliche Erkenntnisse zu verschütten. Diese Feststellung klingt zunächst banal, ist es aber nicht, wie wir am Beispiel der Spiegelbildthese zeigen werden.

Dass Rechtsextremismus mit wachsender (allgemeiner) Unzufriedenheit zunimmt, gilt für gewerkschaftlich Organisierte und Unorganisierte. Hatten wir bei der Interpretation von Tabelle 40 noch vermutet, dass die Spiegelbildthese auf die Ursachen von Rechtsextremismus nicht zutrifft, so müssen wir wiederum erkennen, dass ihre Gültigkeit vom Abstraktionsniveau abhängt: **Je grober die Untersuchungseinheiten, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass die Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer Anfälligkeit für Rechtsextremismus ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen.** Das tun sie hinsichtlich der allgemeinen Unzufriedenheit. Bei der wirtschaftlich-politischen Unzufriedenheit und bei der Unzufriedenheit mit dem System sind dagegen deutliche Abweichungen zu konstatieren.

Bezüglich der Ursachen von Rechtsextremismus bei den *Nicht-Organisierten bzw. bei der Bevölkerung* lassen sich aus Tabelle 41 folgende Schlussfolgerungen ziehen:

- **Etatistische Orientierungen** begünstigen die Ausbreitung von Rechtsextremismus, in Berlin stärker als in Brandenburg und dort im ÄER weniger als im EVR. Dass ein enger Zusammenhang zwischen Staatsgläubigkeit und Rechtsextremismus besteht, war zu erwarten, stellt Autoritarismus doch ein Bestandteil des rechtsextremen Einstellungsmusters dar. Tatsächlich liegen die Verhältnisse aber etwas komplizierter, wie der überraschende Unterschied zwischen Berlin und Brandenburg belegt. Wir hatten erwartet, dass Etatismus rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg mindestens genauso wie in Berlin (wenn nicht noch mehr) präjudiziert. Diese Diskrepanz tritt an anderen Stellen der Befragung, die hier nicht behandelt wurden, noch deutlicher zu Tage und lässt darauf schließen, dass die Fixierung auf den starken Staat nur dann die Anfälligkeit für Rechtsextremismus erhöht, wenn ihm das Vertrauen entgegen gebracht wird, dass er die in ihn gesetzten Erwartungen auch erfüllen kann bzw. will. Dieses Vertrauen scheint bei den Brandenburgern (v.a. im ÄER) etwas geringer ausgeprägt zu sein als bei den Berlinern.
- **Wirtschaftliche und politische Unzufriedenheit** trägt weniger zur Ausbreitung des Rechtsextremismus bei als Systemunzufriedenheit. Vergleichsweise starke Zusammenhänge haben wir für den EVR und für Ost-Berlin gemessen. Dass dabei "relative Deprivation" eine Rolle spielen dürfte, haben wir bereits früher nachgewiesen.
- Dies gilt entsprechend für **Unzufriedenheit mit dem System**, wo die Koeffizienten in West-Berlin und im ÄER ebenfalls schwächer ausfallen als im EVR und in Ost-Berlin.

Betrachten wir nun die möglichen Ursachen für Rechtsextremismus bei den *gewerkschaftlich organisierten Befragten*:

- Nur bei Berliner Gewerkschaftern erhöhen **etatistische Wertorientierungen** die Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Der gewerkschaftliche Rechtsextremismus gründet sich in beiden Teilen Berlins auf Staatsvertrauen. Für die rechtsextremen märkischen Gewerkschafter gilt dies nicht. Diese Skepsis gegenüber dem Staat deutet sich bei den rechtsextremen Brandenburgern bereits an, ist aber bei den rechtsextremen Organisierten besonders stark ausgeprägt.
- Umgekehrt verhält es sich mit **der Unzufriedenheit mit dem System**: Sie hat keinen Einfluss auf den Rechtsextremismus der Berliner Gewerkschafter, weder in Ost noch in West, prägt aber den ihrer märkischen Kollegen deutlich. Die rechtsextremen Berliner

Gewerkschafter sind offenbar stärker in das bestehende System integriert als die rechtsextremen Brandenburger Gewerkschafter. Während diese grosso modo mit der Systemverdrossenheit der rechtsextremen Bevölkerung in der Mark übereinstimmen, weichen die rechtsextremen Berliner Gewerkschafter eindeutig vom Bevölkerungstrend ab. Bei den Hauptstädtern korreliert nämlich Rechtsextremismus durchaus mit Systemunzufriedenheit. Bemerkenswerterweise unterscheiden sich die rechtsextremen Gewerkschafter in beiden Teilen Berlins nicht hinsichtlich der Bedeutung von Etatismus und Systemverdrossenheit für die Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen. Insofern deckt sich die Mentalität der rechtsextremen Ost-Berliner Gewerkschafter eher mit der der organisierten Rechtsextremisten in West-Berlin als mit der Mentalität der rechtsextremen Brandenburger Gewerkschafter. Diese Übereinstimmung besteht allerdings nicht durchgängig.

- Anders als bei den Unorganisierten besteht bei den gewerkschaftlich Organisierten in der Region insgesamt kein erkennbarer Zusammenhang zwischen **wirtschaftlich-politischer Unzufriedenheit** und Rechtsextremismus. Für die vier Untersuchungsgebiete gilt, dass der gewerkschaftliche Rechtsextremismus nur im EVR und in Ost-Berlin durch wirtschaftlich-politische Unzufriedenheit befördert wird. Das entspricht den oben geschilderten Verhältnissen bei den Nicht-Mitgliedern und ist offenbar ebenfalls dem Einfluss der "relativen Deprivation" geschuldet. Während Etatismus und Systemunzufriedenheit jeweils gleichartige Wirkungen auf den gewerkschaftlichen Rechtsextremismus in Ost- und West-Berlin einerseits und im EVR und im ÄER andererseits ausüben und damit den Unterschied zwischen den organisierten Rechtsextremisten in Berlin und in Brandenburg markieren, entfaltet bei der wirtschaftlich-politischen Unzufriedenheit die "relative Deprivation" im EVR und in Ost-Berlin ihre Wirkung - und zwar in den beiden Untersuchungsgebieten, wo besonders großer Wirtschaftsoptimismus herrscht und wo sich besonders viele Befragte als Einheitsgewinner bezeichnen - und gleicht damit die Entstehungsbedingungen von gewerkschaftlichem (und nicht-gewerkschaftlichem) Rechtsextremismus in beiden Teilregionen an.
- Dass sich der Unterschied zwischen den zukunftssträchtigen Berlin-nahen Gebieten Brandenburgs und der wohl weithin als perspektivlos angesehenen Peripherie des Landes auch auf die Ursachen für gewerkschaftlichen Rechtsextremismus auswirken, verdeutlichen auch die Koeffizienten der alle speziellen Unzufriedenheiten vereinigen Variable "**allgemeine Unzufriedenheit**": Während der Rechtsextremismus der

Gewerkschafter im EVR massiv durch allgemeine Unzufriedenheit (eben gleichermaßen durch Unzufriedenheit mit dem System *oder* durch Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten) geprägt ist, besteht bei den rechtsextremen Gewerkschaftern im ÄER diesbezüglich kein signifikanter Zusammenhang. Die Unzufriedenheit der gewerkschaftlich organisierten Rechtsextremisten im Berlin-fernen Teil Brandenburgs äußert sich primär in Systemkritik und unterscheidet sich damit auch von den rechtsextrem eingestellten Bewohnern der Peripherie insgesamt.

Auch an dieser Stelle wollen wir wieder ein Zwischenfazit formulieren:

- **Wenn die Ursachenanalyse auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau durchgeführt wird, wenn beispielsweise alle speziellen individuellen Unzufriedenheiten zu einer Variable aufsummiert werden, dann zeigt sich, dass diese allgemeine Unzufriedenheit (mit marginalen Abweichungen) gleichermaßen ursächlich für den Rechtsextremismus bei Organisierten und Unorganisierten ist. Insoweit gilt die Spiegelbildthese auch für Ursachen des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus.**
- **Wenn alle in dieser Untersuchung ermittelten Ausprägungen des Unzufriedenheitstheorems in zwei Gruppen zusammengefasst werden, nämlich in wirtschaftlich-politische Unzufriedenheit und in Unzufriedenheit mit dem System, dann ergeben sich deutliche Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Ursachen für gewerkschaftlichen und nicht-gewerkschaftlichen Rechtsextremismus. Und wenn alle speziellen Unzufriedenheiten einzeln zum Ursachenvergleich herangezogen werden, dann finden sich kaum noch Übereinstimmungen zwischen Organisierten und Unorganisierten.**
- **Wir haben es beim Rechtsextremismus hauptsächlich mit zwei Arten von Ursachen zu tun: Zum einen mit langfristigen Wertorientierungen, die auf einen starken Staat zielen, der alle Probleme löst (Etatismus), und zum anderen aktuelle politische Einstellungen verschiedenster Provenienz, die entweder auf Unzufriedenheit mit dem System insgesamt oder mit einzelnen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Missständen hindeuten. (Unsere Umfrage hält leider keine Daten zu speziellen Persönlichkeitsmerkmalen bereit, die als maßgeblich für die**

Ausprägung von Rechtsextremismus gelten, und auch nicht zu Enttäuschungen und Frustrationen, die für die Arbeitswelt typisch sind.)

- **Der Unterschied zwischen dem gewerkschaftlichen Rechtsextremismus in Berlin und Brandenburg besteht vor allem darin, dass in Brandenburg die für die Ausbreitung von Rechtsextremismus maßgebliche Unzufriedenheit substantieller und umfassender als die in Berlin ist und eher in fundamentale Kritik am System insgesamt mündet, während sich die Unzufriedenheit der rechtsextremen Berliner Gewerkschafter eher auf einzelne Missstände bezieht und sich selten zu Grundsatzkritik verdichtet. Als weitere Ursache für den Rechtsextremismus der Berliner Gewerkschafter wirkt zudem ihre ausgeprägte Staatsfixiertheit, die den rechtsextremen Brandenburger Gewerkschaftern eher fremd ist. Ihr Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates ist offenbar wesentlich geringer als das ihrer rechtsextremen Kollegen in Berlin.**
- **Die Anfälligkeit für Rechtsextremismus wird bei Organisierten und Unorganisierten durch "relative Deprivation" gesteigert. Dies gilt insbesondere bei wirtschaftlich-politischer Unzufriedenheit. Das Gefühl der Benachteiligung greift vor allem dort Platz, wo die Stimmung in der Bevölkerung und bei Gewerkschaftern überwiegend optimistisch ist, nämlich im EVR und in Ost-Berlin. In beiden Teilregionen ist die Unzufriedenheit zwar sehr gering, aber die wenigen Unzufriedenen zeichnen sich durch ein hohes Rechtsextremuspotenzial aus.**

6. Wahlabsicht und Rechtsextremismus

Zum guten Schluss wollen wir mit der nun wirklich allerletzten Tabelle darstellen, dass - wie wir eingangs in Kenntnis aller vorliegenden Wahlanalysen behauptet haben – vom Wahlverhalten nicht auf rechtsextreme Einstellungen und von rechtsextremen Einstellungen nicht auf Wahlverhalten geschlossen werden darf. Rechtsextrem eingestellte Personen wählen nur ausnahmsweise rechtsextreme Parteien, und die Wähler rechtsextremer Parteien sind nicht notwendigerweise rechtsextrem eingestellt. Letzteres können wir mit unseren Daten leider nicht zeigen, weil sich zum Befragungszeitpunkt kaum jemand für die DVU, die NPD oder die Republikaner ausgesprochen hat.

Übrigens trifft die Spiegelbildthese auch auf die Parteipräferenzen nicht zu.

Tabelle 42: Wahlabsicht von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern mit und ohne rechtsextremen Einstellungen in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000 (%) (Landtags- bzw. Abgeordnetenhauswahl)				
	Gewerkschaftsmitglieder		Nicht-Mitglieder	
	Mit Rex	Ohne Rex	Mit Rex	Ohne Rex
CDU	16	16	19	16
SPD	44	39	26	33
PDS	9	15	10	9
SON	5	10	9	10
UNE	21	13	26	22
NW	5	7	10	10

Wahlberechtigte Bevölkerung, n=1850; Datenquelle: forsa.

Rex Rechtsextreme Einstellungen.

SON Sonstige Parteien.

UNE Unentschiedene Befragte

NW Nichtwähler.

7. Zusammenfassung und Bilanz

Untersuchungskonzept:

Empirisch gesicherte Erkenntnisse über Verbreitung und Ursachen des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus liegen nicht vor. Die Erforschung des Verhältnisses von Gewerkschaften und Rechtsextremismus muss sich daher zunächst an Thesen orientieren, die sich vor allem im nichtwissenschaftlichen Schrifttum finden. So steht beispielsweise geschrieben, dass Gewerkschaften ihre Mitglieder gegen Rechtsextremismus immunisieren oder wenigstens noch bis vor einiger Zeit immunisiert haben. Es wird aber auch die Ansicht vertreten, dass Gewerkschaftsmitglieder die rechtsextremen Stimmungen in der Bevölkerung widerspiegeln. Andere Beobachter glauben, dass Gewerkschaften insbesondere solche Personen organisieren, die wegen ihrer sozialen Situation besonders stark zum Rechtsextremismus neigen (Modernisierungsverlierer) oder dass Gewerkschaften spezielle Mentalitäten besonders anziehen, die vor allem unter Rechtsextremisten verbreitet sind. Schließlich findet sich sogar die Auffassung, dass Gewerkschaften durch ihre Politik und ihre Binnenstruktur selbst zur Ausbreitung von Rechtsextremismus beitragen. Die Beziehungen von Gewerkschaften und Rechtsextremismus lassen sich also in fünf Thesen kleiden: die Immunisierungsthese, die Spiegelbildthese, die Modernisierungsverliererthese, die Anziehungsthese und die Urheberthese.

Das Ziel der Untersuchung besteht darin, diese Thesen (mit Ausnahme der Urheberthese) auf der Grundlage einer Bevölkerungsumfrage in der Region Berlin – Brandenburg empirisch zu überprüfen. Gegenstand der Untersuchung sind rechtsextreme Einstellungen. Befragt wurden im Mai/Juni 2000 1850 Personen, jeweils rund 450 Wahlberechtigte in West-Berlin, Ost-Berlin, im "Engeren Verflechtungsraum" (EVR) und im "Äußeren Entwicklungsraum" (ÄER) Brandenburgs. Bei den Analysen wurde zumeist zwischen gewerkschaftlich organisierten Befragten und Nicht-Mitgliedern unterschieden. In der Region sind 15 Prozent der (wahlberechtigten) Bevölkerung Mitglied einer Gewerkschaft (Berlin: 16%; Brandenburg 14%). In einem Haushalt, in welchem wenigstens eine Person gewerkschaftlich organisiert ist (Gewerkschaftshaushalt), leben 21 Prozent der Befragten.

Rechtsextremismuspoteziale:

Zum rechtsextremen Einstellungspotenzial zählen in der Region insgesamt 16 Prozent der Bevölkerung (West-Berlin: 11%; Ost-Berlin: 12%; EVR: 21%; ÄER: 22%). In Brandenburg ist das rechtsextreme Einstellungspotenzial doppelt so groß wie in Berlin.

Der Anteil der rechtsextrem eingestellten Gewerkschafter beträgt in der Region 18 Prozent, der entsprechende Anteil unter den Nicht-Mitgliedern macht 16 Prozent aus. Gewerkschaftsmitglieder neigen mithin geringfügig häufiger zum Rechtsextremismus als Unorganisierte. In West-Berlin gehören 20 Prozent, in Ost-Berlin 10 Prozent, im EVR 26 Prozent und im ÄER 19 Prozent der Organisierten zum rechtsextremen Einstellungspotenzial. Gewerkschafter sind also in der Region *insgesamt* nicht flächendeckend häufiger rechtsextrem eingestellt als Nicht-Mitglieder. In West-Berlin allerdings (dort besonders) und im EVR Brandenburgs ist Rechtsextremismus unter Gewerkschaftsmitgliedern ziemlich stark verbreitet. In den beiden übrigen Untersuchungsgebieten sind Organisierte folglich weniger anfällig als Unorganisierte.

Überraschend fällt der Befund für Berlin aus. Obwohl sich die Bevölkerung in beiden Stadthälften nicht bezüglich der Verbreitung von rechtsextremem Gedankengut unterscheidet, sind West-Berliner Gewerkschafter doppelt so anfällig wie ihre Kollegen im anderen Teil der Stadt. Bezogen auf die Gewerkschafter in der Region insgesamt erweist sich Ost-Berlin damit nachgerade als Bollwerk gegen Rechtsextremismus.

Die These, dass Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich der Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen, trifft auf die Region Berlin – Brandenburg insgesamt zu, nicht aber auf die regionale Verteilung der Einstellungspotenziale in den vier Untersuchungsgebieten. Für Gewerkschafter in Ost-Berlin gilt die Immunsierungsthese, für die im EVR die Anziehungsthese und für Gewerkschafter im ÄER die Spiegelbildthese. Keine Zuordnung ist für die Organisierten in West-Berlin möglich.

Sozialstruktur:

Mit Blick auf die Bevölkerung insgesamt erweisen sich Arbeitslose, Arbeiter und Rentner als besonders anfällig für Rechtsextremismus. Unterteilt man die Bevölkerung in Schich-

ten, dann findet sich Rechtsextremismus vor allem in der Unterschicht (= geringe Bildung und geringes Einkommen). Arbeitslose, Arbeiter und Rentner bzw. die Unterschicht können also als hauptsächliche "soziale Träger" des Rechtsextremismus bezeichnet werden. Da sich die soziale Zusammensetzung der Befragten in Berlin und Brandenburg aber nicht gravierend unterscheidet, bleibt zunächst ungeklärt, warum rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg doppelt so häufig anzutreffen sind wie in Berlin.

Gewerkschaften bilden nicht die Sozialstruktur der Bevölkerung ab, weil sie hauptsächlich Erwerbspersonen organisieren. Vergleicht man die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder mit der der Bevölkerung insgesamt, dann sind Arbeiter, Angestellte, Beamte und Arbeitslose sowie Angehörige der Oberschicht (= hohes Einkommen und hohe Bildung) überrepräsentiert. Hinsichtlich der "sozialen Träger" des Rechtsextremismus bedeutet dies, dass Gewerkschaften zwar soziale Gruppen anziehen, die generell besonders stark zu rechtsextremen Einstellungen neigen, dass sie aber ebenso bedeutsam für Gruppen sind, die vergleichsweise selten zum Rechtsextremismus tendieren (Angestellte, Beamte sowie Oberschicht). Von einer besonderen Attraktivität der Gewerkschaften für soziale Gruppen mit hohem Rechtsextremismuspotenzial kann also zunächst nicht die Rede sein.

Bei der empirischen Überprüfung der Ausgangsthesen sind wir zu dem Ergebnis gelangt, dass keine der Thesen für sich allein beanspruchen kann, die Realität hinreichend zu erfassen. Vielmehr gilt neben der Spiegelbildthese auch die Immunisierungsthese (vor allem für die Oberschicht) und die Anziehungsthese (vor allem für Arbeitslose und Arbeiter). Allein für die Modernisierungsverliererthese haben wir keine überzeugenden Belege gefunden.

Die Frage, warum in den vier Untersuchungsgebieten unterschiedlich hohe Rechtsextremismuspotenziale bestehen, konnten wir mittels der Sozialstrukturanalyse nicht beantworten. Denn die analysierten sozialen Gruppen erweisen sich als unterschiedlich anfällig für Rechtsextremismus, je nachdem, ob sie in Ost- oder West-Berlin oder im EVR oder im ÄER Brandenburgs wohnen und/oder ob sie gewerkschaftlich organisiert sind oder nicht. Daher erlaubt die Zugehörigkeit zu einer der hier analysierten sozialen Gruppen (Geschlechter, Altersgruppen, Berufs- bzw. Erwerbsgruppen, Schichten) für sich genommen

keine Rückschlüsse darauf, wie stark die rechtsextreme Gesinnung ist. Sozialwissenschaftlich gesprochen ist Sozialstruktur also kein Prädiktor für Rechtsextremismus.

Wertorientierungen:

Die Spiegelbildthese behauptet, dass Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer Anfälligkeit für Rechtsextremismus dem allgemeinen Trend in der Bevölkerung folgen. Warum sie nur beim Rechtsextremismus ein Abbild der Bevölkerung darstellen, nicht aber auch hinsichtlich ihrer übrigen Einstellungen und Wertorientierungen, erklärt die Spiegelbildthese nicht. Träfe dies zu, wäre immerhin der Charakter der Gewerkschaften als Organisationen mit speziellen Werten und Zielen in Frage gestellt.

Die empirische Analyse zeigt, dass sich die Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer globalen Wertorientierungen deutlich von der Bevölkerung unterscheiden, indem sie sehr viel stärker auf soziale Gerechtigkeit bedacht und vor allem in West-Berlin zudem auch noch sehr libertär eingestellt sind. Dieses für Gewerkschaften typische Wertemuster wird auch durch rechtsextreme Dispositionen nicht verdrängt. Im Gegenteil: Rechtsextreme Gewerkschafter sind im Großen und Ganzen noch sozialer und libertärer geprägt als die Organisierten insgesamt. Mit Blick auf die globalen Wertorientierungen stellen Gewerkschaften also kein Spiegelbild der Bevölkerung dar.

(Politische) Einstellungen:

Dies gilt nicht notwendigerweise auch für allgemeine oder politische Einstellungen. Beispielsweise besteht Übereinstimmung zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern bezüglich der Bewertung von verschiedenen Lebensbereichen oder der Haltung zur Fusion von Berlin und Brandenburg.

Als eine bedeutsame Ursache für Rechtsextremismus gilt die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die Analyse bestätigt, dass die Befragten, die mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Demokratie und mit ihrem Funktionieren unzufrieden sind (Demokratieverdrossene), besonders stark durch rechtsextreme Einstellungen geprägt sind. Da in Brandenburg wesentlich mehr Demokratieverdrossene leben als in Berlin und da in Brandenburg zudem der Anteil von Rechtsextremisten an den Demokratieverdrossenen doppelt so

groß ist wie in Berlin, dürfte in der Unzufriedenheit mit der Demokratie eine wichtige Erklärung für das unterschiedliche Rechtsextremuspotenzial in beiden Ländern liegen.

Was für die Bevölkerung insgesamt gilt, trifft in diesem Fall allerdings kaum auf Gewerkschaftsmitglieder zu: Bei den Organisierten begünstigt Unzufriedenheit mit der Demokratie nur marginal die Ausbreitung von Rechtsextremismus. Die Ursachen für Rechtsextremismus im Allgemeinen gelten folglich nicht immer auch für Gewerkschafter. Der gewerkschaftliche Rechtsextremismus kann durchaus besonderen Bedingungen unterliegen.

Befragte, Gewerkschaftsmitglieder wie Unorganisierte, die ihre wirtschaftlichen Zukunftsaussichten pessimistisch einschätzen, neigen häufiger zum Rechtsextremismus als Optimisten. In den Untersuchungsgebieten (EVR, Ost-Berlin), in denen der Zukunftsoptimismus besonders groß ist, neigen die wenigen Pessimisten besonders stark zum Rechtsextremismus. Auch dies gilt für Organisierte und Nicht-Mitglieder und lässt sich mit dem Konzept der "relativen Deprivation" erklären: In stark prosperierenden Gebieten, in denen sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gute Zukunftschancen ausrechnet, neigen die wenigen Benachteiligten besonders zum Rechtsextremismus, weil sie die Distanz zu den Gewinnern als besonders groß und schmerzlich oder auch als sehr ungerecht empfinden. Sie betrachten sich daher als Verlierer der Entwicklung.

"Relative Deprivation" stellt also ein Ursache für Rechtsextremismus dar, die für Organisierte und Unorganisierte gilt. In West-Berlin sind die Voraussetzungen dafür jedoch nicht gegeben: Dort finden sich besonders viele Pessimisten in der Bevölkerung und unter Gewerkschaftsmitgliedern (!), weshalb dort bei dieser Gruppe rechtsextreme Einstellungen seltener anzutreffen sind als in Untersuchungsgebieten mit wenigen Pessimisten.

Auch wenn mit dem Begriff Modernisierungsverlierer eine spezielle Mentalität (wirtschaftlicher Zukunftspessimismus) gemeint ist (die besonders in der Unterschicht existiert), findet die Modernisierungsverliererthese keine empirische Bestätigung. Organisierte wie nicht organisierte Modernisierungsverlierer sind zwar besonders anfällig für Rechtsextremismus, aber Modernisierungsverlierer fühlen sich nicht überdurchschnittlich zu Gewerkschaften hingezogen. Weil das Merkmal Modernisierungsverlierer die Empfänglichkeit für Rechtsextremismus begünstigt, trägt es aber zur Erklärung der Anziehungsthese bei.

Wer sich zu den Verlierern der deutschen Einheit zählt, neigt eher zum Rechtsextremismus als die Gewinner der Einheit. Dies gilt mehr noch für Brandenburg als für Berlin, mehr für den ÄER als für den EVR bzw. mehr für Ost-Berlin als für West-Berlin. Auch die Einheitsverlierer unter den Gewerkschaftsmitglieder sind anfälliger für Rechtsextremismus als die Einheitsgewinner, allerdings fallen die Unterschiede zwischen Berlin und Brandenburg hier kaum ins Gewicht.

Die Befragten, die den Sozialismus für eine gute Idee halten, die nur schlecht ausgeführt wurde, stehen dem Rechtsextremismus aufgeschlossener gegenüber als Befragte, die diese Auffassung ablehnen. Dies gilt entsprechend für die Aussage "Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten", wobei das Rechtsextremisierungspotenzial bei den Befürwortern dieses Statements wesentlich höher liegt als beim Sozialismus-Statement. Dieser überraschende Befund, dass Sozialismus-Befürworter und mehr noch DDR-Nostalgiker besonders anfällig für rechtsextreme Einstellungen sind, trifft gleichermaßen auf Unorganisierte und auf Organisierte zu. Im Selbstverständnis der Befragten "linke" Positionen bilden folglich nicht notwendigerweise eine Barriere gegen Rechtsextremismus. Anders ausgedrückt: Rechtsextreme Einstellungen können sich durchaus mit linksgerichteten Anschauungen verbinden. Dies ist offenbar dann der Fall, wenn die Rechtsextremismus begünstigende Unzufriedenheit sozioökonomisch fundiert ist.

Befürwortung des Sozialismus und Sympathien für die DDR tragen auch zur Erklärung der unterschiedlichen Rechtsextremisierungspotenziale in der Region bei. Da beides bei Organisierten und Unorganisierten die Anfälligkeit für Rechtsextremismus begünstigt und weil in Brandenburg wesentlich mehr Sozialismus-Befürworter und DDR-Sympathisanten leben als in Berlin, ist auch das Einstellungspotenzial in Brandenburg größer sein als in Berlin. Dass West-Berliner Gewerkschafter doppelt so häufig zu Rechtsextremismus neigen wie Ost-Berliner Gewerkschafter, dürfte unter anderem daran liegen, dass das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei organisierten Sozialismus-Befürworter und DDR-Sympathisanten im Westteil der Stadt doppelt so groß ist wie das entsprechende Potenzial im Ostteil Berlins.

Insgesamt ergibt sich mit Blick auf die politischen Einstellungen folgendes Resümee für die Ausgangsthesen: Betrachtet man die Region insgesamt, dann dominiert die Spiegelbildthese. Die Anziehungsthese trifft nur auf die gewerkschaftlich organisierten Moderni-

sierungsverlierer und DDR-Nostalgiker, die Immunisierungsthese auf keine der hier untersuchten Gruppen zu.

Zwischen Berlin und Brandenburg bestehen allerdings deutliche Unterschiede (die sich auf der höheren Aggregationsebene der Region ausgleichen): Während in Berlin die Anziehungsthese vorherrscht (v.a. Demokratieverdrossene, Zukunftspessimisten und Modernisierungsverlierer unter den Gewerkschaftsmitgliedern), gilt in Brandenburg eher die Spiegelbildthese. Dort trifft die Anziehungsthese nur auf die gewerkschaftlich organisierten DDR-Nostalgiker zu. Für die Immunisierungsthese haben wir nur drei Beispiele gefunden, wovon nur eines vernünftig interpretierbar ist: In Brandenburg sind die Gewerkschaftsmitglieder immun gegen Rechtsextremismus, die keine DDR-Nostalgie aufweisen. Bezüglich der rechtsextremen Einstellungen unterscheiden sich die märkischen Gewerkschafter mithin weniger von der Bevölkerung als die Berliner Gewerkschafter, die oft massive Abweichungen an den Tag legen.

Ursachen:

Die Ursachenanalysen bestätigen, was aus der Literatur hinlänglich bekannt ist: Rechtsextremismus beruht auf einem außerordentlich vielschichtigen Ursachengeflecht, das aus individuellen (individualpsychologischen, sozialisationsbedingten) und gesamtgesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Faktoren besteht, die sich in nahezu unendlich vielen Kombinationen miteinander verbinden können. Gerade in Repräsentativbefragungen stoßen wir auf eine enorme Varianz, die sich nur durch globale Konzepte einebnen lässt. Dazu zählt das Unzufriedenheitstheorem. Wenn alle in unserer Untersuchung ermittelten speziellen Unzufriedenheiten zu einer Variable zusammengefasst werden, dann korreliert allgemeine Unzufriedenheit deutlich mit rechtsextremen Einstellungen: je unzufriedener, desto rechtsextremer. Dies gilt für Organisierte und Unorganisierte und bedeutet, dass auf dieser hohen Abstraktionsebene für die Ursachen des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus die Spiegelbildthese zutrifft.

Die Spiegelbildthese versagt bereits, wenn alle speziellen Unzufriedenheiten auf zwei Variablen, nämlich Unzufriedenheit mit dem System insgesamt und Unzufriedenheit mit einzelnen wirtschaftlichen und/oder politischen Missständen, verteilt werden. Dann zeigt sich, dass der Rechtsextremismus der Berliner Gewerkschafter primär auf wirtschaftlich-

politischer Unzufriedenheit basiert, während der der Brandenburger Gewerkschafter eher durch Unzufriedenheit mit dem System bedingt ist. Der Rechtsextremismus der Berliner Gewerkschafter ist angepasster und weniger radikal als der ihrer märkischen Kollegen. Dies zeigt sich auch bei einer weiteren Ursache für Rechtsextremismus: bei der Fixierung auf den starken Staat. Die rechtsextremen Berliner Gewerkschafter neigen besonders zum Etatismus. Auf die Rechtsextremisten unter den Brandenburger Gewerkschaften trifft das nicht zu. Sie haben offenbar wenig Zutrauen, dass der Staat willens und in der Lage ist, ihre Erwartungen zu erfüllen.

Maßgeblich für die Ausbreitung von Rechtsextremismus ist auch – wie bereits erwähnt – "relative Deprivation". Sie tritt nur bei wirtschaftlich-politischer Unzufriedenheit zu Tage und auch nur in Ost-Berlin und im EVR (weil dort die allgemeine Stimmung besonders optimistisch ist), allerdings sowohl bei Organisierten und bei Unorganisierten.

Bezüglich der Ursachen von Rechtsextremismus ergeben sich aber auch bedeutsame Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern, wenn als Grundlage der Analyse nicht die allgemeine Unzufriedenheit dient, sondern die wirtschaftlich-politische und die Systemunzufriedenheit herangezogen werden. So besteht bei den Berliner Gewerkschaftern kein Zusammenhang zwischen Systemverdrossenheit und Rechtsextremismus, bei der Berliner Bevölkerung sehr wohl. Und während die rechtsextremen Gewerkschafter in Brandenburg nicht auf den starken Staat setzen, tun das die rechtsextremen Brandenburger durchaus.

Insgesamt gilt offenbar: Je spezieller die Untersuchungseinheiten, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Ursachen des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus von denen in der Bevölkerung unterscheiden.

Auf die Frage, warum die West-Berliner Gewerkschafter (und dann auch die im ÄER) besonders anfällig für Rechtsextremismus sind, haben wir keine schlüssige Antwort gefunden. Maßgeblich sind offenbar die Variablen Demokratieverdrossenheit und Unzufriedenheit mit den System. Entscheidend für die Größe rechtsextremer Einstellungspotenziale in einzelnen (Teil-) Regionen ist allerdings nicht allein der Anteil von Bevölkerungsgruppen, die besonders empfänglich für Rechtsextremismus sind. So beeinflusst das Gefühl von "relativer Deprivation" nachweislich, in welchem Umfang prinzipiell anfällige Gruppen auch

tatsächlich rechtsextreme Einstellungen entwickeln. Für Gewerkschafter in Ost-Berlin und im EVR hatten wir beispielsweise nur 18 Prozent bzw. 11 Prozent Wirtschaftspessimisten ermittelt und festgestellt, dass diese vergleichsweise wenigen Pessimisten doppelt so oft rechtsextrem eingestellt sind, wie die größere Anzahl von Pessimisten in West-Berlin und im ÄER. Dieser Umstand (und unser Fallzahlenmangel) erschwert die Benennung von Ursachen für die disparate Verteilung von gewerkschaftlichem Rechtsextremismus in der Region. Erschwerend kommt hinzu, dass wir mit unserem Fragenprogramm "relative Deprivation" nicht messen sondern ihr Vorhandensein nur auf Grund von Verteilungen vermuten können.

Bilanz:

Trotz des bescheidenen Inventars unseres Fragenprogramms haben wir hinreichende empirische Belege dafür gefunden, dass Gewerkschaften hinsichtlich ihrer grundlegenden Zielsetzungen Wertegemeinschaften darstellen, die sich klar von den durchschnittlichen Wertorientierungen der Bevölkerung unterscheiden. Insofern kann die allgemeine Spiegelbildthese als widerlegt gelten. An die langfristigen Grundüberzeugungen von Gewerkschaftern, insbesondere an etatistische und soziale Dispositionen, können allerdings unter bestimmten Umständen rechtsextreme Einstellungen andocken, offenbar vor allem dann, wenn große Unzufriedenheit herrscht und die Voraussetzungen für "relative Deprivation" gegeben sind. Während der Einfluss von "relativer Deprivation" auch bei der Bevölkerung greift, scheinen sich Gewerkschaftsmitglieder - wenigstens doch teilweise - von der Bevölkerung durch die Objekte zu unterscheiden, auf die sich Rechtsextremismus begünstigende Unzufriedenheit konzentriert.

Dass Unzufriedenheit unter Gewerkschaftern mit ihrem speziellen Werteprofil korrespondiert, darf vermutet werden, konnte von uns aber nicht nachgewiesen werden. Jedenfalls ist nicht auszuschließen, dass ein besonderer gewerkschaftlicher Rechtsextremismus mit teilweise auch eigenständigen Ursachen existiert. Diese speziellen Ursachen könnten in der Struktur der Gewerkschaften, in ihrer Politik und im institutionellen Selbstverständnis der Mitglieder liegen (Urheberthese). Als realistischer erscheint uns vorerst die Annahme, dass sich für Gewerkschaftsmitglieder typische Einstellungen und Werthaltungen auf der Grundlage besonderer Unzufriedenheiten mit rechtsextremen Einstellungen verbinden. Dies würde bedeuten, dass für den gewerkschaftlichen Rechtsextremismus eher die An-

ziehungsthese zutrifft. Hier macht sich das Handicap unserer Untersuchung bemerkbar, die industrielle Beziehungen und Probleme der Arbeitswelt unberücksichtigt lässt.

Unsere Analysen haben die eingangs vorgetragene Vermutung bestätigt, dass sich die Ausgangsthesen nicht notwendigerweise widersprechen. Wir haben Beispiele für die Immunisierungsthese, für die Anziehungsthese und für die Spiegelbildthese gefunden und den empirisch bestätigten Gehalt der Modernisierungsverliererthese in die Anziehungsthese integriert. Dass wir nur wenige Gruppen identifizieren konnten, auf die die Immunisierungsthese zutrifft, lasten wir dem genannten Handicap und den geringen Fallzahlen in unserem Datensatz an, die es nicht erlauben, Gewerkschaftsmitglieder nach Branchen, Tätigkeitsmerkmalen, Funktionen innerhalb der Gewerkschaften usw. zu unterscheiden. Dies hat nichts mit Wunschdenken zu tun, sondern folgt - unter Berücksichtigung des im Vergleich zur Bevölkerung nur geringfügig höheren gewerkschaftlichen Rechtsextremismuspotenzials - aus der Logik der Thesen: Wenn einige Mitgliedergruppen besonders anfällig für Rechtsextremismus sind, ihm womöglich sogar anziehen, müssen andere vergleichsweise immun dagegen sein.

Bei allen Ausgangsthesen hat es sich als Problem für die empirischen Analysen erwiesen, dass sie unpräzise formuliert sind und keinerlei greifbare Forschungserfahrungen mit gewerkschaftlichem Rechtsextremismus zur Verfügung stehen. Daraus folgt, dass jeder Untersuchungsschritt und jede Operationalisierung speziell entwickelt und gegebenenfalls im Laufe der Forschungen revidiert und dann das gesamte Analyseprogramm wiederholt werden musste. Eine Schlüsselstellung nimmt dabei die Fassung der Spiegelbildthese ein. Wir haben gezeigt, dass ihre Gültigkeit, so wie wir sie operationalisiert haben, weithin von der Allgemeinheit der Untersuchungskategorien abhängt: Je allgemeiner die Untersuchungskategorien, desto höher die Wahrscheinlichkeit der Spiegelbildthese. Und wenn die Wahrscheinlichkeit der Spiegelbildthese steigt, sinkt die der Immunisierungsthese und der Anziehungsthese. Die Wurzel des Übels beruht unserer Meinung nach nicht in der hier gewählten Operationalisierung der Thesen, sondern darin, dass keinerlei Vorgaben für die Gestaltung maßgeblicher Untersuchungskategorien existieren. Stünde eine Typologie für Gewerkschaftsmitglieder, für gewerkschaftliche Wertorientierungen oder für Unzufriedenheit von Gewerkschaftern zur Verfügung, müssten wir nicht mit der Gestaltung von Untersuchungskategorien experimentieren.

Eine Schwäche der Überlegungen zum gewerkschaftlichen Rechtsextremismus scheint uns darin zu bestehen (das schlägt sich auch in den Ausgangsthesen nieder), dass ihnen als Folie zumeist die (Veränderung der) Stimmung in der Bevölkerung herhalten muss. Von der Anfälligkeit der Bevölkerung für Rechtsextremismus darf jedoch nicht umstandslos auf die Anfälligkeit von Gewerkschaftsmitgliedern geschlossen werden. Geht man davon aus, dass Gewerkschaften wegen ihres Selbstverständnisses einen Sonderfall darstellen, dann sollte sich die Forschung auf die speziellen Ursachen für Rechtsextremismus bei diesem Sonderfall konzentrieren (was Vergleiche mit der Bevölkerung keineswegs ausschließt). Und wenn das Erkenntnisinteresse der Forschung auf gewerkschaftliche Praxis zielt, dann lautet die Leitfrage zwangsläufig: Welche Mitgliedergruppen sind besonders anfällig für bzw. immun gegen Rechtsextremismus? Zur Realisierung von Gegenmaßnahmen bedarf es schließlich nicht nur der Zielgruppen sondern auch der Akteure, die die entwickelten Maßnahmen umsetzen. Kurz: Wer ist Adressat, wer Träger welcher Gegenmaßnahmen?

Anhang

Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1998

Inhalt

1. Vorbemerkung	116
2. Zur allgemeinen Spiegelbildthese	118
3. Rechtsextreme und andere rechtsgerichtete Einstellungen.....	119
4. "Links-demokratische Mentalität" und Rechtsextremismus.....	122
5. Schlussfolgerungen	128
Angaben zur Datenbasis.....	140

1. Vorbemerkung

Die Berlin-Brandenburg-Studie hat einige empirische Evidenz für die These zu Tage gefördert, dass ein **besonderer gewerkschaftlicher Rechtsextremismus** mit teilweise auch eigenständigen Ursachen existiert. Vermutlich verbinden sich dabei für Gewerkschaftsmitglieder typische Einstellungen und Werthaltungen auf der Grundlage besonderer Unzufriedenheiten mit rechtsextremen Einstellungen (siehe oben S. 112). Dies widerspricht der verbreiteten Auffassung, dass Gewerkschafter ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen (**allgemeine Spiegelbildthese**) und hinsichtlich der Ursachen und der Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen (und rechtsextremem Wahlverhalten) dem gesellschaftlichen Mainstream in der Bundesrepublik folgen (**spezielle Spiegelbildthese**).

Tatsächlich sind erhebliche Zweifel an der Gültigkeit der allgemeinen Spiegelbildthese angebracht: Es gibt viele Hinweise darauf, dass sich die politischen Einstellungen und Wertorientierungen von Gewerkschaftsmitgliedern teilweise erheblich von denen der Bevölkerung unterscheiden. In der Berlin-Brandenburg-Studie konnten wir zeigen, dass Gewerkschaftsmitglieder sehr viel stärker für soziale Gerechtigkeit eintreten als der Bevölkerungsdurchschnitt (siehe oben S. 57ff.). Und in einer früheren Untersuchung hatten wir herausgefunden, dass Gewerkschaftsmitglieder im Vergleich zu (nicht beitragsberechtigten) Nicht-Mitgliedern besonders reformorientiert sind⁴⁶ und sich besonders um soziale Sicherung und materiellen Wohlstand sorgen⁴⁷. Wenn die allgemeine Spiegelbildthese nicht zutrifft, ist erklärungsbedürftig, warum Gewerkschaften ausgerechnet beim Rechtsextremismus ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen sollten (**spezielle Spiegelbildthese**), zumal die besondere Mentalität von Gewerkschaftsmitgliedern – jedenfalls lange Zeit – den durchaus begründeten Ruf hatte, weithin immun gegen Rechtsextremismus zu sein (**Immunitätsthese**).

Wenn die allgemeine Spiegelbildthese nicht gilt, dann erscheint die Annahme plausibler, dass gewerkschaftliches Denken und Handeln teilweise Anknüpfungspunkte für rechtsex-

46 Richard Stöss/Reinhart Schneider/Menno Smid, Sozialer Wandel und Einheitsgewerkschaft, Frankfurt a. Main/New York: Campus 1989, S. 74 (Forschungsprojekt: Wandel des politischen Bewusstseins von Arbeitnehmern).

47 Walter Bertl/Reinhard Rudat/Reinhart Schneider, Arbeitnehmerbewusstsein im Wandel. Folgerungen für Gesellschaft und Gewerkschaft, Frankfurt a. Main/New York: Campus 1989, S. 130, 138 (Forschungsprojekt: Wandel des politischen Bewusstseins von Arbeitnehmern).

treame Dispositionen bietet (**Anziehungsthese**), unter Umständen sogar zur Entstehung bzw. Verbreitung von Rechtsextremismus beiträgt (**Urheberthese**), teilweise aber auch rechtsextreme Anfechtungen abwehrt. Immunisierungsthese, Anziehungsthese, Urheberthese und auch Spiegelbildthese könnten nebeneinander bestehen und jeweils auf spezielle Aspekte des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus zutreffen.

Die Behauptung, dass ein besonderer gewerkschaftlicher Rechtsextremismus besteht, ist allerdings empirisch nicht hinreichend nachgewiesen (nicht einmal für Berlin-Brandenburg), lässt sich gegenwärtig aber auch nicht widerlegen. Der dringliche Forschungsbedarf zum Thema Gewerkschaften und Rechtsextremismus ergibt sich aus der Tatsache, dass die (allgemeine und spezielle) Spiegelbildthese, die Immunisierungs-, Anziehungs- und Urheberthese noch niemals einzeln oder gar im Zusammenhang empirisch für die Bundesrepublik insgesamt überprüft worden sind. Da Gewerkschaften Terra incognita der Rechtsextremismusforschung sind, ist die Behauptung reine Spekulation, dass sich ihre Ergebnisse umstandslos auf Gewerkschaftsmitglieder übertragen lassen.

Folgt man der These von einem besonderen gewerkschaftlichen Rechtsextremismus, dann stellen sich zunächst zwei Fragen:

- Existiert ein spezielles gewerkschaftliches "belief system" (Überzeugungssystem) und worin bestehen seine besonderen Merkmale?
- Inwieweit wehrt dieses gewerkschaftliche "belief system" Rechtsextremismus ab, inwieweit leistet es ihm Vorschub?

Im Folgenden werden wir vor allem diesen beiden Fragen auf der Grundlage einer bundesweiten Repräsentativbefragung aus dem Jahr 1998 (Deutsche Nationale Wahlstudie 1998) nachgehen⁴⁸. Was für die Berlin-Brandenburg-Studie zutrifft, gilt auch für diese Erhebung: Gewerkschaften und Rechtsextremismus sind nicht Gegenstand des Untersuchungskonzepts. Daher mangelt es auch hier an Erhebungsinstrumenten, die tiefere Einsichten in den gewerkschaftlichen Rechtsextremismus (wenn es ihn denn gibt) vermitteln könnten. Da beide Erhebungen auf unterschiedlichen Befragungsgruppen, Befragungszeitpunkten und Fragenprogrammen basieren, ist es nicht möglich, die Ergebnisse der

48 Angaben zur Datenbasis S. 140f.

Berlin-Brandenburg-Studie für das Bundesgebiet zu replizieren. Beide Projekte bedienen sich auch verschiedener Rechtsextremismus-Skalen. Folglich sind auch die Rechtsextremismuspotenziale nicht vergleichbar.

Dennoch lassen sich die beiden oben genannten Leitfragen mit dem Datensatz von 1998 überprüfen. Da sich diese Leitfragen aus den Ergebnissen der Berlin-Brandenburg-Studie ergeben, könnte es sogar vorteilhaft sein, wenn sie für die Bundesebene mit anderen Instrumenten überprüft werden.

2. Zur allgemeinen Spiegelbildthese

Auch diese bundesweite Befragung bestätigt, dass die allgemeine Spiegelbildthese nicht für die Ebene der Einstellungen und Wertorientierungen gilt: Gewerkschafter unterscheiden sich in ihrer Mentalität teilweise deutlich von Nicht-Mitgliedern:

- Gewerkschafter sind "politischer" als Unorganisierte: Sie schreiben sich eine **höhere politische Kompetenz** zu (im Westen⁴⁹ mehr als im Osten) und bekunden ein **stärkeres politisches Interesse** (Tabelle 43⁵⁰).
- Gewerkschafter sind "linker" als Nicht-Mitglieder: Sie stufen sich **deutlich linker** ein als Unorganisierte (im Osten mehr als im Westen), **befürworten (traditionellen) Sozialismus** stärker als Unorganisierte (dies gilt nur für den Westen, wobei das Befürwortungsniveau im Osten allerdings generell wesentlich höher liegt als im Westen) (Tabelle 43) und sie präferieren deutlich häufiger **linke Parteien** (Tabelle 45).

Die stärksten Abweichungen der Mitglieder gegenüber den Nicht-Mitgliedern im Einstellungsbereich zeigen sich bei sehr starkem politischem Interesse (West: +63%; Ost: +83%) und bei der linken Selbsteinstufung (West: +73%; Ost: +64%).

Bemerkenswert ist freilich, dass sich Gewerkschafter gegenüber Unorganisierten **nicht durch besonders starke demokratische Orientierungen ausweisen**. Im Gegenteil: In Ost und West verzeichnen sie sogar etwas geringere Werte als Nicht-Mitglieder!

49 Alte Bundesländer sowie West-Berlin.

50 Die Tabellen befinden sich der besseren Lesbarkeit des Texts wegen am Ende des Manuskripts.

Dennoch: Die hohe subjektive politische Kompetenz, das starke politische Interesse und die betont linke Grundhaltung sollten eigentlich gute Voraussetzungen für (relative) Immunität gegenüber Rechtsextremismus sein. Ein Blick auf die Verteilung der rechtsgerichteten Einstellungspotenziale in der Bundesrepublik insgesamt (Tabelle 46) zeigt, dass die Organisierten zwar etwas weniger anfällig für rechtsextreme Einstellungen sind als Unorganisierte, aber der geringe Unterschied (12% zu 14%) ist kaum geeignet, die Immunisierungsthese pauschal zu stützen.

3. Rechtsextreme und andere rechtsgerichtete Einstellungen

Maßgebliche Komponente des rechtsextremen Einstellungsmusters ist Ethnozentrismus⁵¹, aber gerade darin unterscheiden sich Mitglieder und Nicht-Mitglieder nicht (43% zu 44%), ebenso wenig hinsichtlich pronazistischer Einstellungen (12% zu 13%). Der einzige Unterschied liegt im Autoritarismus: Unorganisierte sind anderthalb Mal so häufig autoritär eingestellt wie Organisierte (16% zu 10%)⁵². (Damit ist auch die auf autoritäre Strukturen und Rituale der Gewerkschaften gegründete Urheberthese in Frage gestellt.)

Dass in Ostdeutschland 16 Prozent und in Westdeutschland nur 13 Prozent aller Befragten über ein rechtsextremes Weltbild verfügen (Tabelle 47), beruht wiederum nicht auf einer unterschiedlichen Verteilung von ethnozentrischen Orientierungen (jeweils 44%), sondern vor allem darauf, dass "Ossis" knapp drei Mal so autoritär disponiert sind wie "Wessis" (31% zu 12%). Letztere sind zwar pronazistischer eingestellt als ihre Landsleute im Osten (14% zu 9%), aber diese Differenz ist kaum geeignet, den Autoritarismuvorsprung des Ostens zu kompensieren.

Im West-Ost-Vergleich (Tabelle 48) stellt sich heraus, dass Gewerkschafter nur im Westen seltener rechtsextrem eingestellt sind als die übrigen Befragten (11% zu 14%)⁵³. Das be-

51 Nationalismus + Fremdenfeindlichkeit + Antisemitismus.

52 Ob dieser Befund im Widerspruch zu dem konstatierten Demokratiedefizit von Gewerkschaftsmitgliedern steht, kann nicht überprüft werden.

53 Nach meinem Operationalisierungskonzept (siehe oben S. 27) trifft die Immunisierungsthese auf West-Berliner Gewerkschafter allerdings nicht zu.- In der Berlin-Brandenburg-Analyse (siehe oben S. 34) haben sich die Gewerkschaftsmitglieder in West-Berlin (20%) als genauso anfällig für Rechtsextremismus erwiesen wie die in Brandenburg (21%), während die Gewerkschafter in Ost-Berlin nur ein rechtsextremes Einstellungspotenzial von 10 Prozent aufweisen. Im Berlin-nahen Engeren Verflechtungsraum (EVR) Brandenburgs sind 26 Prozent der Gewerkschafter rechtsextrem eingestellt im Äußeren Entwick-

ruht offenbar vor allem darauf, dass Gewerkschafter dort weniger autoritäre Neigungen erkennen lassen als Unorganisierte. Im Osten beträgt das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei Organisierten 19 Prozent, bei Unorganisierten aber nur 15 Prozent und damit gerade einmal ein Prozentpunkt mehr als bei den Unorganisierten im Westen. Ursächlich dafür ist nicht etwa, dass eine der in Tabelle 48 genannten Komponenten des rechtsextremen Einstellungsmusters bei Organisierten im Osten stärker vorhanden ist als bei den übrigen Befragten. Organisierte und Unorganisierte im Osten weisen fast identische Anteile beim Ethnozentrismus, Autoritarismus und Pronazismus auf. Gewerkschafter stimmen den Statements allerdings oft stärker zu als Nicht-Mitglieder, was dazu führt, dass sie bei der Rechtsextremismus-Skala häufiger den "cutting point" (siehe oben S. 22f.) überwinden als Nicht-Mitglieder.

Jedenfalls sind für das größere rechtsextreme Einstellungspotenzial im Osten eher die Gewerkschaftsmitglieder als die Nicht-Mitglieder verantwortlich.

Ein hervorstechendes Merkmal des West-Ost-Unterschieds bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern ist also nicht etwa der allenthalben enorme Ethnozentrismus, sondern der Autoritarismus. Ost-Gewerkschafter sind vier Mal so oft autoritär eingestellt wie West-Gewerkschafter. Und da sich die Organisierten im Osten diesbezüglich nicht von den Unorganisierten unterscheiden, trifft die auf autoritäre Strukturen und Rituale der Gewerkschaften gegründete Urheberthese auch auf den Osten nicht zu. Im Westen liegt das Autoritarismuspotenzial der Gewerkschaftsmitglieder dagegen deutlich unter dem der Nicht-Mitglieder, was *eine* Ursache für ihre vergleichsweise geringe Anfälligkeit für Rechtsextremismus sein dürfte.

Vergleicht man die Sympathien für rechtsextreme *Parteien* mit den rechtsextremen Einstellungspotenzialen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitglieder in Deutschland (Tabelle 46) und bei den Befragten in West- und Ostdeutschland (Tabelle 47), dann ergeben sich keine aufregenden Unterschiede. Beim Ost-West-Vergleich von Mitgliedern und

lungsraum (ÄER) nur 19 Prozent. Im Vergleich zur jeweiligen Bevölkerung sind die Organisierten in West-Berlin und im EVR rechtsextremer (20% zu 10% bzw. 26% zu 21%) eingestellt als die Nicht-Organisierten. Umgekehrt verhält es sich in Ost-Berlin und im ÄER (10% zu 12% bzw. 19% zu 22%). Dieses Resultat weicht deutlich vom Bundestrend ab. Das könnte der besonderen Situation der Region geschuldet sein, weil sie eine Nahtstelle der Vereinigung darstellt und daher (auch im Sinne von "relativer Deprivation") extrem problembelastet ist und weil hier die Grenzen zwischen West und Ost eher verschwimmen. (Die Daten beider Untersuchungen sind - wie erwähnt - nicht vergleichbar, weil sie auf verschiedenen Rechtsextremismus-Skalen beruhen.)

Nicht-Mitgliedern (Tabelle 48) zeigen die Gewerkschafter in Ostdeutschland allerdings genauso viel Sympathien für rechtsextreme Parteien wie die Unorganisierten, obwohl sie häufiger rechtsextrem eingestellt sind als diese. Parteisympathie und erst recht Wahlabsicht dürfen folglich nicht umstandslos mit rechtsextremen Einstellungen gleich gesetzt werden.

Erstes Fazit:

- Obwohl Gewerkschafter "linker" und "politischer" sind als Unorganisierte, sind sie nicht (relativ) immun gegen Rechtsextremismus.
- Das durchgängig starke ethnozentrische Klima in West und Ost prägt die Mentalität von Organisierten und Unorganisierten gleichermaßen. Auf dieser hohen Aggregatensebene spiegeln die Gewerkschaften die Bevölkerungstimmung exakt wider.
- Der eigentliche Unterschied zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in der Bundesrepublik insgesamt besteht darin, dass Mitglieder seltener autoritär eingestellt sind als Nicht-Mitglieder. Dies dürfte dazu beitragen, dass ihre Neigung zum Rechtsextremismus etwas geringer ist als die der Unorganisierten.
- Im Ost-West-Vergleich gilt dies allerdings nur für den Westen (der den Osten nach Bevölkerungsstärke dominiert). In Ostdeutschland sind Gewerkschafter genauso autoritär eingestellt wie gewerkschaftlich nicht organisierte Personen.

Klärungsbedürftig ist vor allem die Frage, warum die Immunisierungsthese trotz der besonderen Mentalität von Gewerkschaftsmitgliedern, die Rechtsextremismus eigentlich abwehren sollte, generell⁵⁴ unzutreffend ist. Grundsätzlicher gefragt: **Bildet ein "linkes",**

54 Die Daten gestatten es nicht, bei den folgenden Analysen zwischen aktiven und passiven Mitgliedern zu unterscheiden. Die Annahme, dass Gewerkschaftsfunktionäre weniger anfällig für rechtsgerichtete Einstellungen sind als Mitglieder ohne Amt, wäre allerdings verfehlt:

	N-Mit	Mit ohne Amt	Mit mit Amt
Rechtsextremes Einstellungspotenzial	14	12	14
Ethnozentrisches Einstellungspotenzial	44	42	52
Autoritäres Einstellungspotenzial	16	11	10
Pronazistisches Einstellungspotenzial	13	12	10
Starke Symp. f. rechtsextreme Parteien	16	14	5

demokratisches und "politisches" Bewusstsein (bei Gewerkschaftern) tatsächlich eine Barriere gegen rechtsgerichtete⁵⁵ Einstellungen?

4. "Links-demokratische Mentalität" und Rechtsextremismus

Bei der Prüfung dieser Leitfrage werden wir uns auf folgende Einstellungen bzw. Merkmale stützen:

- sehr starkes bzw. starkes politisches Interesse (besonders typisch für Gewerkschaftsmitglieder),
- starke demokratische Orientierungen (untypisch für Gewerkschaftsmitglieder),
- hohe subjektive politische Kompetenz (typisch für Gewerkschaftsmitglieder),
- Selbsteinstufung als links (bzw. mitte-links⁵⁶) (besonders typisch für Gewerkschaftsmitglieder),
- starke Befürwortung von (traditionellem) Sozialismus (typisch für Gewerkschaftsmitglieder im Westen),
- starke Befürwortung von Staatsinterventionismus (teilweise typisch für Gewerkschaftsmitglieder).

Wenn diese sechs Einstellungsmerkmale gegeben sind, werden wir künftig vereinfacht von einer "**links-demokratischen Mentalität**" sprechen.

Eine erste Inspektion der Daten in Tabelle 44 zeigt bereits, dass bestimmte politische Einstellungen die Anfälligkeit für Rechtsextremismus eindämmen, andere seiner Verbreitung Vorschub leisten. Wenn die Operationalisierungen der Berlin-Brandenburg-Studie (siehe oben S. 25ff.) herangezogen werden, ergibt sich folgendes Bild: **Hohe subjektive politische Kompetenz, starkes politisches Interesse, mittlere bis starke demokratische Orientierungen, ein linkes Selbstverständnis und starke Befürwortung von Staatsinterventionismus immunisieren Gewerkschaftsmitglieder in der Bundesrepublik gegen Rechtsextremismus. Die Anziehungsthese gilt für Gewerkschafter mit einem rechten Selbstverständnis und für Mitglieder, die sich als schwache Befürworter**

55 Sammelbegriff für Rechtsextremismus, Ethnozentrismus, Autoritarismus, Pronazismus und starke Sympathien für rechtsextreme Parteien.

56 Die Selbsteinstufung als mitte-links ist zwar nicht besonders typisch für Gewerkschaftsmitglieder, muss aber wegen teilweise geringer Fallzahlen mit herangezogen werden.

von (traditionellem) Sozialismus erweisen. In den restlichen Fällen trifft die Spiegelbildthese zu oder ist keine Zuordnung möglich.

Damit haben wir noch keine Antwort auf unsere Leitfrage, sondern nur Hinweise darauf gefunden, dass bestimmte Mentalitäten zu Eindämmung bzw. Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen beitragen können. Dies zeigt auch unsere Berlin-Brandenburg-Studie und bestätigt wiederum die Behauptung, dass sich unsere Ausgangsthesen gegenseitig nicht ausschließen. Wir werden nun einen Schritt weiter gehen und die Rechtsextremismus begünstigenden bzw. eindämmenden Effekte genauer analysieren.

In den Tabellen 49 bis 54 sind die rechtsgerichteten Einstellungspotenziale von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern aufgeführt, die durch eine "links-demokratische Mentalität" geprägt sind. Wenn diese Mentalität tatsächlich als Barriere gegen Rechtsextremismus wirkt, sollten die rechtsgerichteten Einstellungspotenziale bei den Befragten mit den genannten sechs Einstellungsmerkmalen deutlich unter ihrer durchschnittlichen Verbreitung liegen. Politisch stark interessierte Gewerkschaftsmitglieder sollten also weniger anfällig für Rechtsextremismus, Ethnozentrismus, Autoritarismus, Pronazismus und für Sympathien für rechtsextreme Parteien sein als der Durchschnitt der Gewerkschaftsmitglieder. Die Bedeutung der Daten in den Tabellen 49 bis 54 erschließt sich also erst aus dem Vergleich mit den in Tabelle 48 berichteten Durchschnittswerten. Die folgenden Tabellen 55 bis 59 enthalten daher die prozentualen Abweichungen von den Durchschnittswerten, nun allerdings gruppiert nach den rechtsgerichteten Einstellungen. So wird erkennbar, ob die Ausbreitung von Rechtsextremismus, von Ethnozentrismus usw. eher durch starkes politisches Interesse oder eher durch starke demokratische Orientierungen oder eher durch hohe subjektive politische Kompetenz usw. eingedämmt oder eben auch befördert wird.

Tabelle 55 bilanziert die Wirkungen der sechs "links-demokratischen" Merkmale auf rechtsextreme Einstellungen. Bei West-Gewerkschaftern vermindert beispielsweise starkes politisches Interesse das rechtsextreme Einstellungspotenzial um 55 Prozent (gemessen am durchschnittlichen Einstellungspotenzial aller Gewerkschafter in Westdeutschland). Starke Befürwortung von (traditionellem) Sozialismus erhöht dagegen das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei dieser Gruppe um 73 Prozent. Die Befunde im Überblick:

- Starkes politisches Interesse mindert die Anfälligkeit für Rechtsextremismus, im Westen mehr als im Osten, bei Gewerkschaftern mehr als bei Nicht-Mitgliedern.
- Auch betont demokratische Orientierungen dämmen Rechtsextremismus ein, bei Mitgliedern in West und Ost und bei Nicht-Mitgliedern im Westen in erheblichem Ausmaß, bei Unorganisierten im Osten jedoch nur geringfügig.
- Hohe subjektive politische Kompetenz behindert ebenfalls die Ausbreitung von Rechtsextremismus, mit Ausnahme allerdings von Gewerkschaftern im Osten. Bei ihnen begünstigt sie sogar rechtsextreme Neigungen. Im Westen wirkt sie bei Organisierten stärker gegen Rechtsextremismus als bei Unorganisierten.
- Ein linkes Selbstverständnis dämmt Rechtsextremismus generell ein. Dies gilt im Westen eher für Nicht-Mitglieder, im Osten eher für Mitglieder.
- Starke Befürwortung von (traditionellem) Sozialismus übt dagegen eine (im Westen enorme) Anziehungskraft auf Rechtsextremismus aus, Bei Nicht-Mitgliedern mehr als bei Mitgliedern.
- Starke Befürwortung von Staatsinterventionismus mindert Rechtsextremismus in nennenswertem Umfang nur bei West-Gewerkschaftern, bei Nicht-Mitgliedern im Osten begünstigt sie sogar die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen.

Tabelle 56 enthält die entsprechenden Angaben für Ethnozentrismus, Tabelle 57 für Autoritarismus, Tabelle 58 für Pronazismus und Tabelle 59 für starke Sympathien für rechtsextreme Parteien.

Insgesamt wirkt sich also die "links-demokratische Mentalität" keineswegs durchgängig als Barriere gegen die Aneignung eines rechtsextremen Weltbilds aus. Einige Ausprägungen dieser Mentalität stützen sogar die Anziehungsthese bzw. schwächen die Abwehrkräfte gegen Rechtsextremismus.

Der unübersichtliche Datenwust bedarf der Komplexitätsreduktion. Für Mitglieder und Nicht-Mitglieder in West und Ost lassen sich für jede Spalte in den Tabellen 49 bis 54 und 55 bis 59 durchschnittliche Prozentwerte ermitteln⁵⁷, die Auskunft darüber geben, in wel-

57 Die Prozentwerte in jeder Spalte werden addiert und die Summe wird durch die Anzahl der Spaltenwerte geteilt.

chem Ausmaß eine "links-demokratische Mentalität" die Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen befördern (positiver Wert) bzw. eindämmen (negativer Wert). Wir wollen in diesem Zusammenhang von einem **Eindämmungseffekt** sprechen. Bei der Ermittlung von Eindämmungseffekten eröffnen sich prinzipiell zwei Möglichkeiten:

- Erstens kann der Eindämmungseffekt der "links-demokratischen Mentalität" für jede einzelne rechtsgerichtete Einstellung (Rechtsextremismus, Ethnozentrismus, Autoritarismus, Pronazismus und starke Sympathien für rechtsextreme Parteien) berechnet werden (Tabelle 60).
- Zweitens kann der Eindämmungseffekt jedes einzelnen Bestandteils der "links-demokratischen Mentalität" für alle rechtsgerichteten Einstellungen zusammen ermittelt werden (Tabelle 61).

Tabelle 60 zeigt folgendes:

- Eine "links-demokratische Mentalität" dämmt das *rechtsextreme Einstellungspotenzial* vor allem bei Gewerkschaftsmitgliedern ein, in West und Ost zu jeweils einem Fünftel. Der Eindämmungseffekt bei Nicht-Mitgliedern ist mit 7 Prozent im Westen und 5 Prozent im Osten vergleichsweise gering.
- Auch die Verbreitung von *ethozentrischen Einstellungen* wird durch die "links-demokratische Mentalität" behindert (bei West-Gewerkschaftern allerdings nur geringfügig). Bedenkt man allerdings, dass Ethnozentrismus durchweg enorm verbreitet ist (Tabelle 48), dann muss der Eindämmungseffekt als winzig beurteilt werden. Anders ausgedrückt: Ethnozentrismus wird selbst durch "linke", "politische" und demokratische Orientierungen nicht gestoppt.
- *Autoritäre Einstellungen* werden im Westen (bei Organisierten und Unorganisierten) durch die "links-demokratische Mentalität" sogar gefördert. Dies gilt nicht für den (so wieso hoch autoritären) Osten (Tabelle 48).
- Einen gewissen Eindämmungseffekt übt die "links-demokratische Mentalität" auf *pro-nazistische Einstellungen* aus. Ausnahme: Ost-Gewerkschafter.
- Auch Sympathien für rechtsextreme Parteien werden durch eine "links-demokratische Mentalität" etwas eingedämmt (bei West-Gewerkschaftern besonders wenig).

Tabelle 61 berichtet den Eindämmungseffekt jedes einzelnen Bestandteils der "linksdemokratischen Mentalität" für die rechtsgerichteten Einstellungen insgesamt:

- *Starkes politisches Interesse* dämmt vor allem im Westen, bei Organisierten mehr als bei Unorganisierten, rechtsgerichtete Einstellungen ein. Im Osten ist die Wirkung sehr gering.
- *Starke demokratische Orientierungen* erzielen einen hohen Eindämmungseffekt, im Westen noch etwas mehr als im Osten.
- *Hohe subjektive politische Kompetenz* wirkt besonders im Westen der Empfänglichkeit für rechtsgerichtete Einstellungen entgegen, im Osten ist die Wirkung bei Gewerkschaftern sehr gering.
- Mit einem *"linken" Selbstverständnis* verbindet sich durchgängig ein hoher Eindämmungseffekt, im Westen mehr als im Osten, bei Mitgliedern mehr als bei Nicht-Mitgliedern.
- *Starke Befürwortung des (traditionellen) Sozialismus* begünstigt die Ausbreitung von rechtsgerichteten Einstellungen, extrem stark im Westen (bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern).
- Auch *starke Befürwortung von Staatsinterventionismus* leistet der Verbreitung von rechtsgerichteten Einstellungen etwas Vorschub, mehr im Osten als im Westen.

Zweites Fazit:

- Rechtsextreme Einstellungen werden bei Gewerkschaftsmitgliedern durch eine "linksdemokratische Mentalität" wesentlich stärker eingedämmt als bei Nicht-Mitgliedern. Durchgängig wirksam sind dabei starke demokratische Orientierungen und ein linkes Selbstverständnis. Während bei Gewerkschaftsmitgliedern ein linkes Selbstverständnis häufiger zu beobachten ist als bei Nicht-Mitgliedern, zählt eine betont demokratische Orientierung nicht zum typischen Gewerkschaftsbewusstsein. Ihr linkes Selbstverständnis immunisiert die Gewerkschaftsmitglieder in gewissem Umfang gegen Rechtsextremismus, hinsichtlich der Rechtsextremismus eindämmenden demokratischen Einstellungen sind sie allerdings defizitär ausgestattet.

- Der Vergleich zwischen West- und Ost-Gewerkschaftern trägt zur Erklärung bei, warum die Kollegen im Westen weniger rechtsextrem eingestellt sind als die im Osten: Bei beiden dämmen starke demokratische Orientierungen und eine linke Selbsteinstufung die Anfälligkeit für Rechtsextremismus ein. Im Westen entfalten starkes politisches Interesse und hohe subjektive politische Kompetenz *zusätzliche* Eindämmungseffekte, bei Mitgliedern noch stärker als bei Nicht-Mitgliedern.
- Insgesamt begrenzen betont "politische" und demokratische Orientierungen rechtsextreme (rechtsgerichtete) Einstellungen eher als "linke" Positionen. Das gilt zwar nicht für ein linkes Selbstverständnis. Aber die starke Befürwortung von Staatsinterventionismus und (vor allem) die starke Befürwortung von Sozialismus behindern die Ausbreitung von Rechtsextremismus nicht nur nicht, sie begünstigen sie sogar (besonders im Westen).
- Eingangs hatten wir dargestellt, dass sich Gewerkschaftsmitglieder gegenüber Nicht-Mitgliedern vor allem durch ein starkes politisches Interesse und durch ein linkes Selbstverständnis auszeichnen. Letzteres vermindert die Anfälligkeit für Rechtsextremismus bei den Ost-Gewerkschaftern um 37 Prozent, bei den West-Gewerkschaftern um 21 Prozent (gegenüber dem jeweiligen Durchschnittswert für alle Gewerkschafter in Ost bzw. West). Starkes politisches Interesse reduziert das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei West-Gewerkschaftern um 39 Prozent, bei Ost-Gewerkschaftern aber nur um 7 Prozent. Die beiden Hauptmerkmale des gewerkschaftlichen Bewusstseins (in dieser Untersuchung) entfalten ihre volle Wirkung gegen Rechtsextremismus also nur im Westen.
- Hinsichtlich der starken Befürwortung von Sozialismus und Staatsinterventionismus unterscheiden sich Gewerkschaftsmitglieder zwar nicht immer gravierend von Nicht-Mitgliedern (vor allem nicht im Osten), aber der Anteil der taffen Sozialisten bzw. Staatsinterventionisten ist unter Gewerkschaftsmitgliedern gerade im Osten sehr hoch. Und beides, starke Befürwortung von Sozialismus und von Staatsinterventionismus, leistet der Ausbreitung von rechtsextremen Einstellungen Vorschub.

Rechtsextremismus wird teilweise durch Einstellungen gemindert, die zu den typischen Merkmalen von Gewerkschaftsmitgliedern zählen, teilweise aber auch durch Einstellungen, die in den Gewerkschaften nicht sonderlich weit verbreitet sind (vor allem demokratische Einstellungen).

Einstellungen, die zu den typischen Merkmalen von Gewerkschaftsmitgliedern zählen, können aber auch die Verbreitung von Rechtsextremismus begünstigen. Dies gilt entsprechend für Einstellungen, die zwar nicht immer gewerkschaftstypisch, aber in den Gewerkschaften weit verbreitet sind. In dem dieser Analyse zugrunde liegenden Datensatz handelt es sich dabei um altlinke, etatistische Sichtweisen. Wenn wir aus unserem Datensatz alle stark sozialistisch eingestellten Personen herausnehmen, dann vermindert sich das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei Gewerkschaftsmitgliedern in der Bundesrepublik von vorher 12 Prozent (Tabelle 46) auf nunmehr 9 Prozent, was eine Reduktion um immerhin ein Viertel ausmacht, während das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei Nicht-Mitgliedern unverändert bei 14 Prozent bleibt.

Umgekehrt: Wenn sich ein linkes Selbstverständnis mit demokratischem Bewusstsein und politischem Engagement verbinden, hat der Rechtsextremismus kaum Entfaltungschancen. Dies gilt freilich für Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder gleichermaßen. Dass die Abwehrkräfte gegen Rechtsextremismus bei Gewerkschaftern nicht stärker ausgeprägt sind als bei Nicht-Mitgliedern, beruht offenbar auf der unzureichenden Verankerung von demokratischen Prinzipien in den Gewerkschaften.

5. Schlussfolgerungen

- Die Untersuchung hat weitere empirische Belege für die Existenz eines besonderen gewerkschaftlichen "belief systems" und eines besonderen gewerkschaftlichen Rechtsextremismus erbracht. Dieses gewerkschaftliche "belief system" muss aber noch genau ergründet werden, um die allgemeine Spiegelbildthese überzeugend zu widerlegen.
- Die Gretchenfrage lautet dann: Welche Komponenten dieses gewerkschaftlichen "belief systems" sind für Rechtsextremismus anschlussfähig, welche wirken eher immunisierend?
- Die Anziehungsthese muss weiter ausgearbeitet werden. Offenbar können rechtsextreme Einstellungen unter bestimmten Voraussetzungen an altlinke, etatistische Überzeugungen andocken. Da es sich bei der altlink-etatistischen Mentalität aus der Perspektive der Gewerkschaften um eine Primäreinstellung handelt, trifft die Bezeichnung

"andocken" allemal zu. Fraglich ist, ob es sich tatsächlich um einen "Anziehungs"-vorgang handelt und wie sich dies empirisch ermitteln lässt. Der Andockvorgang scheint dann möglich zu sein, wenn demokratische Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern schwach ausgeprägt sind und daher nicht als effektive Sperre wirken (können).

- Dass die gewerkschaftliche Persönlichkeit wegen ihrer linken Primäreinstellungen besonders anfällig für Rechtsextremismus ist, kann wohl definitiv ausgeschlossen werden. Denn dazu ist ihre Ausstattung mit demokratisch-partizipativen Eigenschaften (gerade auch im Sinne von Involvement) doch zu gut. Sie ist allerdings nicht üppig genug, um als verlässliche Barriere gegen Rechtsextremismus zu wirken.
- Völlig ungeklärt ist, warum die Verbreitung von ethnozentrischen Einstellungen (die immerhin den Löwenanteil am rechtsextremen Einstellungsmuster von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern ausmachen) nicht durch eine "links-demokratische Mentalität" eingedämmt wird. Wodurch werden ethnozentrische Einstellungen abgemildert? Oder gehört Ethnozentrismus mittlerweile zum selbstverständlichen Inventar des politischen Bewusstseins in der Bundesrepublik?

Tabelle 43: Ausgewählte politische Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998 (%)					
		West		Ost	
		Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
Subjektive politische Kompetenz	Gering	21	34	34	42
	Mittel	29	27	27	26
	Hoch	50	39	39	32
Politische Apathie	Gering	46	40	29	31
	Mittel	32	34	41	36
	Hoch	22	26	30	33
Politisches Interesse	Sehr stark	13	8	11	6
	Ziemlich stark	26	20	27	21
	Mittelmäßig	46	45	42	42
	Weniger stark	12	18	17	23
	Überhaupt nicht	3	9	3	8
Demokratische Orientierungen	Gering	28	32	35	36
	Mittel	43	37	44	41
	Hoch	29	31	21	23
Links-Rechts-Selbsteinstufung	Links	26	15	36	22
	Mitte-Links	32	31	39	39
	Mitte	23	26	14	23
	Mitte Rechts	15	19	9	11
	Rechts	4	9	*2	5
Befürwortung von (traditionellem) Sozialismus	Kein	39	45	3	10
	Schwach	40	38	24	22
	Stark	21	17	73	68
Befürwortung von Staatsinterventionismus	Gering	43	50	27	29
	Mittel	23	20	27	23
	Hoch	34	30	46	48

* Geringe Fallzahlen

Fett: Abweichungen Mit gegenüber N-Mit > +20%

Tabelle 44: Das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei ausgewählten politischen Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in der Bundesrepublik 1998 (%)			
		Mitglieder	Nicht-Mitglieder
Subjektive politische Kompetenz	Gering	16	17
	Mittel	13	16
	Hoch	8	10
Politische Apathie	Gering	14	13
	Mittel	12	15
	Hoch	10	15
Politisches Interesse	Sehr stark	6	9
	Ziemlich stark		
	Mittelmäßig	17	16
	Weniger stark	14	16
	Überhaupt nicht		
Demokratische Orientierungen	Gering	22	21
	Mittel	8	13
	Hoch	6	8
Links-Rechts-Selbsteinstufung	Links	8	10
	Mitte-Links	12	11
	Mitte	*5	10
	Mitte Rechts	14	19
	Rechts	77	36
Befürwortung von (traditionellem) Sozialismus	Kein	*2	10
	Schwach	15	11
	Stark	20	24
Befürwortung von Staatsinterventionismus	Gering	12	15
	Mittel	13	11
	Hoch	9	14
Alle Befragten		12	14

* Geringe Fallzahlen.

Tabelle 45: Wahlabsicht von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in West- und Ostdeutschland 1998 (%)				
	West		Ost	
	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
CDU/CSU	20	31	13	21
SPD	46	32	32	30
FDP	*1	4	-	3
B90/G	10	8	6	3
PDS	*1	1	24	13
DVU/NPD/REP	*1	2	*2	4
Sonstige Parteien	*1	1	-	2
Unentschiedene	17	18	22	20
Nichtwähler	3	3	*1	4

* Geringe Fallzahlen

Tabelle 46: Rechtsgerichtete Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in der Bundesrepublik 1998 (%)		
	Mitglieder	Nicht-Mitglieder
Rechtsextremes Einstellungspotenzial	12	14
Ethnozentrisches Einstellungspotenzial	43	44
Autoritäres Einstellungspotenzial	10	16
Pronazistisches Einstellungspotenzial	12	13
Starke Sympathie für rechtsextreme Parteien	13	16

Tabelle 47: Rechtsgerichtete Einstellungen in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998 (%)		
	Westdeutschland	Ostdeutschland
Rechtsextremes Einstellungspotenzial	13	16
Ethnozentrisches Einstellungspotenzial	44	44
Autoritäres Einstellungspotenzial	12	31
Pronazistisches Einstellungspotenzial	14	9
Starke Sympathie für rechtsextreme Parteien	15	17

Tabelle 48: Rechtsgerichtete Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998 (%)				
	West		Ost	
	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
Rechtsextremes Einstellungspotenzial	11	14	19	15
Ethnozentrisches Einstellungspotenzial	42	45	45	44
Autoritäres Einstellungspotenzial	7	12	28	31
Pronazistisches Einstellungspotenzial	13	14	9	9
Starke Sympathie für rechtsextreme Parteien	12	15	17	17

Tabelle 49: Der Anteil von rechtsgerichteten Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern mit sehr starkem bzw. starkem politischem Interesse in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998 (%)

	West		Ost	
	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
Rechtsextremes Einstellungspotenzial	5	9	12	12
Ethnozentrisches Einstellungspotenzial	32	37	36	38
Autoritäres Einstellungspotenzial	4	10	22	30
Pronazistisches Einstellungspotenzial	7	8	13	9
Starke Sympathie für rechtsextreme Parteien	9	10	17	16

Lesebeispiel: In Westdeutschland sind 5 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder und 9 Prozent der Nicht-Mitglieder mit jeweils sehr starkem oder starkem politischen Interesse rechtsextrem eingestellt.

Tabelle 50: Der Anteil von rechtsgerichteten Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern, die stark demokratisch orientiert sind, in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998 (%)

	West		Ost	
	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
Rechtsextremes Einstellungspotenzial	6	7	8	14
Ethnozentrisches Einstellungspotenzial	40	35	29	29
Autoritäres Einstellungspotenzial	*5	9	20	25
Pronazistisches Einstellungspotenzial	10	9	*8	6
Starke Sympathie für rechtsextreme Parteien	6	8	*17	11

Tabelle 51: Der Anteil von rechtsgerichteten Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern, die sich eine hohe subjektive politische Kompetenz zuschreiben, in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998 (%)

	West		Ost	
	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
Rechtsextremes Einstellungspotenzial	7	10	22	12
Ethnozentrisches Einstellungspotenzial	32	36	33	32
Autoritäres Einstellungspotenzial	6	9	31	28
Pronazistisches Einstellungspotenzial	9	10	*9	9
Starke Sympathie für rechtsextreme Parteien	7	12	11	15

* Geringe Fallzahlen

Tabelle 52: Der Anteil von rechtsgerichteten Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern, die sich als "links" oder "mitte-links" einstufen, in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998 (%)

	West		Ost	
	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
Rechtsextrems Einstellungspotenzial	9	10	12	12
Ethnozentrisches Einstellungspotenzial	33	35	37	39
Autoritäres Einstellungspotenzial	6	11	23	30
Pronazistisches Einstellungspotenzial	11	10	*2	6
Starke Sympathie für rechtsextreme Parteien	8	11	11	10

* Geringe Fallzahlen

Tabelle 53: Der Anteil von rechtsgerichteten Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern, die starke Befürworter von (traditionellem) Sozialismus sind, in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998 (%)

	West		Ost	
	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
Rechtsextrems Einstellungspotenzial	19	30	20	18
Ethnozentrisches Einstellungspotenzial	52	47	44	48
Autoritäres Einstellungspotenzial	19	28	28	38
Pronazistisches Einstellungspotenzial	19	30	10	11
Starke Sympathie für rechtsextreme Parteien	26	25	17	19

Tabelle 54: Der Anteil von rechtsgerichteten Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern, die starke Befürworter von Staatsinterventionismus sind, in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998 (%)

	West		Ost	
	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
Rechtsextrems Einstellungspotenzial	7	12	18	18
Ethnozentrisches Einstellungspotenzial	54	45	53	46
Autoritäres Einstellungspotenzial	7	14	23	34
Pronazistisches Einstellungspotenzial	16	12	13	11
Starke Sympathie für rechtsextreme Parteien	13	16	18	20

Tabelle 55: Das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei ausgewählten Gruppen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998: Prozentuale Abweichungen vom durchschnittlichen rechtsextremen Einstellungspotenzial von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern				
Gruppenmerkmale	West		Ost	
	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
Sehr starkes bzw. starkes politisches Interesse	-55	-36	-37	-20
Starke demokratische Orientierungen	-45	-50	-58	-7
Hohe subjektive politische Kompetenz	-36	-29	+16	-20
Selbsteinstufung Links bzw. Mitte-Links	-18	-29	-37	-20
Starke Befürwortung von (trad.) Sozialismus	+73	+114	+5	+20
Starke Befürwort. von Staatsinterventionismus	-36	-14	-5	+20

Lesebeispiel: Im Westen beträgt das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei Gewerkschaftsmitgliedern mit sehr starkem bzw. starkem politischem Interesse 5 Prozent (Tabelle 49). Bei allen Gewerkschaftsmitgliedern im Westen macht es 11 Prozent aus (Tabelle 48). Das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei Gewerkschaftsmitgliedern mit sehr starkem bzw. starkem politischem Interesse im Westen liegt also um 6 Prozentpunkte oder um - wie in dieser Tabelle ausgewiesen - 55 Prozent unter dem entsprechenden Durchschnittswert. Gewerkschaftsmitglieder mit sehr starkem bzw. starkem politischem Interesse sind also im Westen nur halb so anfällig für Rechtsextremismus wie der Durchschnitt aller dortigen Gewerkschaftsmitglieder.

Tabelle 56: Das ethnozentrische Einstellungspotenzial bei ausgewählten Gruppen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998: Prozentuale Abweichungen vom durchschnittlichen rechtsextremen Einstellungspotenzial von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern				
Gruppenmerkmale	West		Ost	
	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
Sehr starkes bzw. starkes politisches Interesse	-24	-18	-20	-14
Starke demokratische Orientierungen	-5	-22	-36	-34
Hohe subjektive politische Kompetenz	-24	-20	-27	-27
Selbsteinstufung Links bzw. Mitte-Links	-26	-22	-18	-11
Starke Befürwortung von (trad.) Sozialismus	+24	+4	-2	+9
Starke Befürwort. von Staatsinterventionismus	+29	0	+18	+5

Lesebeispiel: Entsprechend Tabelle 55.

Tabelle 57: Das autoritäre Einstellungspotenzial bei ausgewählten Gruppen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998: Prozentuale Abweichungen vom durchschnittlichen rechtsextremen Einstellungspotenzial von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern				
Gruppenmerkmale	West		Ost	
	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
Sehr starkes bzw. starkes politisches Interesse	-43	-17	-21	-3
Starke demokratische Orientierungen	*-29	-25	-29	-19
Hohe subjektive politische Kompetenz	-14	-25	+11	-10
Selbsteinstufung Links bzw. Mitte-Links	-14	-8	-18	-3
Starke Befürwortung von (trad.) Sozialismus	+171	+133	0	+23
Starke Befürwort. von Staatsinterventionismus	0	+17	-18	+10

Lesebeispiel: Entsprechend Tabelle 55.

* Geringe Fallzahlen.

Tabelle 58: Das pronazistische Einstellungspotenzial bei ausgewählten Gruppen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998: Prozentuale Abweichungen vom durchschnittlichen rechtsextremen Einstellungspotenzial von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern				
Gruppenmerkmale	West		Ost	
	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
Sehr starkes bzw. starkes politisches Interesse	-46	-43	+44	0
Starke demokratische Orientierungen	-23	-36	*-11	-33
Hohe subjektive politische Kompetenz	-31	-29	*0	0
Selbsteinstufung Links bzw. Mitte-Links	-15	-29	*-78	-33
Starke Befürwortung von (trad.) Sozialismus	+46	+114	+11	+22
Starke Befürwort. von Staatsinterventionismus	+23	-14	+44	+22

Lesebeispiel: Entsprechend Tabelle 55.

* Geringe Fallzahlen.

Tabelle 59: Starke Sympathie für rechtsextreme Parteien bei ausgewählten Gruppen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998: Prozentuale Abweichungen vom durchschnittlichen rechtsextremen Einstellungspotenzial von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern				
Gruppenmerkmale	West		Ost	
	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
Sehr starkes bzw. starkes politisches Interesse	-25	-33	0	-6
Starke demokratische Orientierungen	-50	-47	*0	-35
Hohe subjektive politische Kompetenz	-42	-20	-35	-12
Selbsteinstufung Links bzw. Mitte-Links	-33	-27	-35	-41
Starke Befürwortung von (trad.) Sozialismus	+117	+67	0	+12
Starke Befürwort. von Staatsinterventionismus	+8	+7	+6	+18

Lesebeispiel: Entsprechend Tabelle 55.

* Geringe Fallzahlen.

Tabelle 60: Der Eindämmungseffekt der "links-demokratischen Mentalität"^{a)} hinsichtlich einzelner rechtsgerichteter Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998 (%)				
Rechtsgerichtete Einstellungen	West		Ost	
	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
Rechtsextreme Einstellungen	-20	-7	-19	-5
Ethnozentrische Einstellungen	-4	-13	-14	-12
Autoritäre Einstellungen	+12	+13	-13	0
Pronazistische Einstellungen	-8	-6	+2	-4
Starke Sympathie für rechtsextreme Parteien	-4	-9	-11	-11

a) Starkes politisches Interesse, starke demokratische Orientierungen, hohe subjektive politische Kompetenz, Selbsteinstufung als links bzw. mitte-links, starke Befürwortung von (traditionellem) Sozialismus und starke Befürwortung von Staatsinterventionismus

Lesebeispiel: Bei westdeutschen Gewerkschaftsmitgliedern mit einer "links-demokratischen Mentalität" ist das rechtsextreme Einstellungspotenzial um 20 Prozent geringer als beim Durchschnitt aller Gewerkschaftsmitglieder im Westen. Der Eindämmungseffekt macht also 20 Prozent aus. (Negative Werte bedeuten, dass ein Eindämmungseffekt vorhanden ist.)

Tabelle 61: Der Eindämmungseffekt von einzelnen Bestandteilen der links-demokratischen Mentalität hinsichtlich der rechtsgerichteten Einstellungen^{a)} insgesamt bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Westdeutschland und Ostdeutschland 1998 (%)				
Bestandteile der "links-demokratischen Mentalität"	West		Ost	
	Mit	N-Mit	Mit	N-Mit
Sehr starkes bzw. starkes politisches Interesse	-39	-29	-7	-9
Starke demokratische Orientierungen	-30	-36	-27	-26
Hohe subjektive politische Kompetenz	-29	-25	-7	-14
Selbsteinstufung Links bzw. Mitte-Links	-21	-23	-37	-22
Starke Befürwortung von (trad.) Sozialismus	+86	+86	+3	+17
Starke Befürwort. von Staatsinterventionismus	+5	-1	+9	+15

a) Rechtsextremismus, Ethnozentrismus, Autoritarismus, Pronazismus und starke Sympathien für rechtsextreme Parteien.

Lesebeispiel: Bei Gewerkschaftsmitgliedern in Westdeutschland bewirkt starkes politisches Interesse, dass die rechtsgerichteten Einstellungen zusammen genommen um insgesamt 39 Prozent unter dem entsprechenden Durchschnittswert für alle Gewerkschaftsmitglieder im Westen liegen. Der Eindämmungseffekt beträgt also 39 Prozent. (Negative Werte bedeuten, dass ein Eindämmungseffekt vorhanden ist.)

Angaben zur Datenbasis

DFG-Projekt "Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland 1994 und 1998" (Deutsche Nationale Wahlstudie 1998).

Primärforscher: Jürgen Falter, Oscar W. Gabriel, Hans Rattinger, Karl Schmitt.

Repräsentativbefragung von deutschen Staatsbürgern über 16 Jahre, 26.8.-26.9. und 8.10.-21.11. 1998; N=3337 (West: 2230; Ost: 1107); ZA-Nr. 3066.

Datenerhebung: IPSOS.

Literatur:

Falter, Jürgen/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich 2000.

Neller, Katja/Oscar W. Gabriel, Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland: Die Deutsche Nationale Wahlstudie 1998, in: Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr (Hrsg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklungen, Befunde, Perspektiven, Daten, Wiesbaden 2000, S. 542-563.

Neller, Katja, Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland 1994 und 1998, in: ZA-Informationen 47, November 2000, S. 29-35.

Sekundärforscher: Richard Stöss.

Die hier zugrunde liegenden Daten umfassen die wahlberechtigte Bevölkerung (N=3306; West: 2211, Ost: 1095). Der Datensatz enthält 441 Gewerkschaftsmitglieder. Gewichtung nach den Vorgaben der Primärforscher.

Die Statements der Indizes "Ethnozentrismus" (ETHNO) "Autoritarismus" (AUTO) und "Pronazismus" (PRONAZ) sowie der Rechtsextremismus-Skala (REX):

- Ich bin stolz ein Deutscher zu sein (ETHNO).
- Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben (ETHNO, REX).
- Gruppen- und Verbandsinteressen sollten sich bedingungslos dem Allgemeinwohl unterordnen (AUTO).
- Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform (AUTO, REX).
- Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten (PRONAZ).
- Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen (PRONAZ, REX).
- Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet (ETHNO, REX).
- Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen (ETHNO).
- Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß (ETHNO).
- Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns (ETHNO, REX).
- Anschläge auf Asylbewerberheime kann ich gut verstehen (REX).

Die Statements des Index "Subjektive politische Kompetenz":

- Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht (umgepolt).
- Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
- Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.

Die Statements des Index "Politische Apathie":

- Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken (umgepolt).
- Leute wie ich haben keinen Einfluss auf die Regierung.
- Die Bundestagsabgeordneten bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung (umgepolt).
- Die Bürger haben kaum Möglichkeiten, auf die Politik Einfluss zu nehmen.

Die Statements des Index "Demokratische Orientierungen":

- Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.
- Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.
- In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen.

Die Statements des Index "Befürwortung von (traditionellem) Sozialismus":

- Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
- Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.
- Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde.

Der Index "Befürwortung von Staatsinterventionismus":

Der Staat sollte auf keinen/jeden Fall verantwortlich sein für...

- Einen Arbeitsplatz für jeden bereitstellen, der arbeiten will.
- Unterstützung der Industrie bei der Entwicklung von neuen Produkten und Technologien.
- Die Gleichstellung von Frauen fördern.

Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum

- Nr. 1: Richard Stöss/Oskar Niedermayer: Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998, Berlin 1998, 29 S. (nur im Internet verfügbar: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm#Rechtsextremismus>)
- Nr. 2: Richard Stöss/Gero Neugebauer: Die SPD und die Bundestagswahl 1998. Ursachen und Risiken eines historischen Wahlsiegs unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Ostdeutschland, Berlin 1998, 74 S.
- Nr. 3: Nils Diederich/Ingeborg Haag/Georg Cadel: Industrie- und Handelskammern in den neuen Bundesländern – Die Bedeutung von Regulations- und Interessenvermittlungsinstitutionen im Prozess der Neustrukturierung der Wirtschaft, Berlin, Februar 1999, 328 S.
- Nr. 4: Richard Stöss: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000. Mit einem Anhang: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1998, Berlin, April 2001, 141 S.
- Nr. 5: Richard Stöss: Zur Vernetzung der extremen Rechten in Europa. Referat auf dem DVPW-Kongress 2000 in Halle im Rahmen der Sektion "Politische Soziologie" am 4. Oktober 2000, Berlin, April 2001, 34 S. (nur im Internet verfügbar: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm#Vernetzung>)